

Migranten sind aktiv

Zum gesellschaftlichen Engagement von
Migrantinnen und Migranten

Fachtagung am 11. Juni 2002 in Bonn

Dokumentation

Berlin und Bonn, Dezember 2003

Herausgeber:

Beauftragte der Bundesregierung
für Migration, Flüchtlinge und Integration
11018 Berlin

Bestellungen unter:

Rochusstraße 8–10
53123 Bonn
Telefax (0228) 930-4934

Vervielfältigungen sind – auch auszugsweise –
unter Angabe der Quelle erwünscht.

Druck:

Bonner Universitäts-Buchdruckerei

ISBN 3-937619-05-4

Inhalt

Seite

Vorwort

Marieluise Beck , Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration	5
Renate Schmidt , Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	5

I. Begrüßung und Einführung

Peter Haupt , Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	7
Bernd Geiß , Referatsleiter im Arbeitsstab der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung	12

II. Freiwilliges Engagement von Migrantinnen und Migranten – Rechercheergebnisse

Freiwilliges Engagement und Selbstorganisationen von Migranten im Kontext wissenschaftlicher Diskussionen Susanne Huth , Institut für Soziale Infrastruktur (ISIS)	14
Freiwilliges Engagement von Migrantinnen und Migranten in bestimmten Sozialräumen Jörg Reiner Hoppe , Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge	23

III. Anforderungen an die Politik

Freiwilliges Engagement und Selbsthilfepotential von Familien ausländischer Herkunft und Migrantenselbstorganisationen – Anforderungen an die Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik Prof. Dr. Stefan Gaitanides	36
--	----

IV. Migrantenselbsthilfeinitiativen und -selbstorganisationen stellen sich vor

Bund der Spanischen Elternvereine in der Bundesrepublik Deutschland e.V. Vincente Riesgo Alonso	53
Föderation Türkischer Elternvereine in Deutschland e.V. (FÖTED) Dr. Ertekin Özcan	60

V. Best Practice-Beispiele stellen sich vor	Seite
Qantara – Ausbildung von bleibeberechtigten Flüchtlingen zu Mediatorinnen und Mediatoren im Jugendhilfe- und Schulbereich Ursula Müller Alarcón	72
Verein Diên Hồng – Gemeinsam unter einem Dach e.V., Rostock Phuong Kollat	77
Jugendliche Russlanddeutsche auf dem Weg zur Selbsthilfe Albina Nazareus , Verband der Deutschen Jugend aus Russland e.V.	85

VI. Zusammenfassung der Podiumsdiskussion

Hermann Scheib , Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., Frankfurt am Main	90
Teilnehmer der Podiumsdiskussion	
Udo Kollenberg , Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	90
Dr. Martin Schenkel , Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“	90
Dr. José Otero , Landeszentrum für Zuwanderung Nordrhein-Westfalen	90
Dr. Wolfgang Richter , Ausländerbeauftragter der Hansestadt Rostock	90
Dr. Nadeem Elyas , Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland e.V.	90
José Povedano , Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband e.V. . .	90
Moderation	
H.-Georg Weigel , Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.	90

Vorwort

Das Jahr 2001 wurde von der Europäischen Union zum Internationalen Jahr der Freiwilligen ernannt. In ganz Europa wurde in diesem Zusammenhang die Bedeutung des Freiwilligenengagements für ein lebendiges Miteinander, für die gesellschaftliche Integration, für Vertrauen und Zusammenarbeit diskutiert. In Deutschland hat die *Enquête-Kommission Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements* in ihrem im Juni 2002 vorgelegten Bericht Vorschläge zur Förderung des Freiwilligenengagements gemacht. Dazu gehört u.a. die Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für Engagement in Organisationen und Einrichtungen, die Unterstützung von Netzwerken und die Verbesserung von Schutz und Nachteilsausgleich für Engagierte.

Eine Auseinandersetzung mit den Orten und Formen des gesellschaftlichen Engagements in Deutschland erfordert auch ein genaues Hinsehen auf die freiwilligen sozialen Aktivitäten von Migrantinnen und Migranten. Sie wurden lange Zeit als Gäste in Deutschland wahrgenommen und nicht als *aktive* Mitglieder unserer Gesellschaft. Ein flüchtiger Blick auf die Landschaft ehrenamtlicher Aktivitäten scheint die geringe Beteiligung von Migrantinnen und Migranten zu bestätigen: In vielen Feldern, etwa bei der Freiwilligen Feuerwehr, beim Roten Kreuz, dem Technischen Hilfswerk und selbst bei den Wohlfahrtsverbänden – sind Migrantinnen und Migranten eher selten anzutreffen. Das kann auch objektive Hinderungsgründe haben, denn Personen mit ausländischem Pass ist ein Mitwirken z.B. bei der Feuerwehr nicht möglich.

Doch der Schein trügt: Migrantinnen und Migranten engagieren sich nicht weniger als Deutsche, sondern *anders*. Ihr Engagement reicht von Familien- und Nachbarschaftshilfe bis hin zu organisierter Selbsthilfe und Vereinsaktivitäten. Die Formen und Orte freiwilligen Engagements sind bei Migrantinnen und Migranten andere als bei Deutschen. Ein genaues Hinsehen lohnt sich.

Deswegen haben das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und das Amt der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung im Juni 2002 in Bonn gemeinsam eine Fachtagung organisiert, auf der Vertreter von Migrantenorganisationen, Sozialwissenschaftler und Politiker das freiwillige Engagement von Migrantinnen und Migranten in den Mittelpunkt der Diskussion und Auseinandersetzung gestellt haben. Die vielfältigen und spezifischen Formen, Orte und Motivationen des freiwilligen Engagements von Migrantinnen und Migranten – die sich im Zuge der Einwanderungsgeschichte und der Position von Migrantinnen und Migranten in unserer Gesellschaft von den sozialen Aktivitäten der einheimischen Deutschen unterscheiden – wurden auf der Fachtagung deutlich herausgearbeitet.

Der Fachtagung ging ein Rechercheauftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend voraus, der in zwei Teile untergliedert war: in eine Analyse der Literatur zum Thema des freiwilligen Engagements und der Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten (durchgeführt

vom Institut für Soziale Infrastruktur, Frankfurt am Main) sowie eine Feldforschung, die beispielhaft das Engagement von Migrantinnen und Migranten in ausgewählten Sozialräumen darstellt (durchgeführt vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge, Frankfurt am Main). Die Zusammenfassungen der Rechercheergebnisse ebenso wie alle weiteren auf der Fachtagung gehaltenen Vorträge sind in der vorliegenden Broschüre dokumentiert.

Besonderer Dank gilt Herrn Hermann Scheib vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Frankfurt am Main, für seine tatkräftige Mithilfe bei der Tagungsorganisation und der Realisierung der vorliegenden Dokumentation.

Wir hoffen, dass die Dokumentation der Tagung über ihren Informationswert hinaus dazu beiträgt, dass die Rolle von Migrantinnen und Migranten als *aktive, engagierte Bürgerinnen und Bürger* unserer Gesellschaft sichtbarer wird. Wir wünschen Ihnen viel Freude und weitere Erkenntnisse bei der Lektüre.



Marieluise Beck
Integrationsbeauftragte der
Bundesregierung



Renate Schmidt
Bundesministerin für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend

I. Begrüßung und Einführung

Peter Haupt, Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

In Deutschland wird immer wieder und teilweise auch sehr heftig und kontrovers über Migration diskutiert: über die Bedeutung von Zuwanderung für den Arbeitsmarkt und die Sicherung der Renten, leider auch über Ausländerfeindlichkeit und Gewalt gegen Ausländer. Freiwilliges Engagement spielt in diesen Diskussionen bislang kaum eine Rolle. Gleichzeitig läuft auch die Debatte um freiwilliges oder bürgerschaftliches Engagement, die durch das Internationale Jahr der Freiwilligen 2001 und durch die Arbeit der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages deutlich an Schwung gewonnen hat, an den Migrantinnen und Migranten noch weitgehend vorbei.

Vielleicht liegt das daran, dass wir Migrantinnen und Migranten zwar als Zielgruppe von Betreuungs- und Integrationsmaßnahmen wahrnehmen, aber nicht als eigenständige Akteure, als freiwillig Aktive. Migrant zu sein, heißt benachteiligt und hilfsbedürftig zu sein – so sehen es häufig auch und gerade diejenigen, die es gut meinen.

Wir haben in Deutschland eine lange Tradition des freiwilligen Engagements für Migrantinnen und Migranten. Seit der Zeit der ersten Gastarbeiter gibt es Angebote der Kirchen, der Gewerkschaften und der Wohlfahrtsverbände, die den Zugewanderten helfen, in der neuen Umgebung Fuß zu fassen, Probleme zu lösen und Kontakte zu finden. Gleichzeitig setzt sich eine Reihe von Organisationen und Initiativen für Asylsuchende und Flüchtlinge ein. Auch wenn es im Vergleich etwa mit den Sportvereinen nicht viele Menschen sind, die sich in diesem Feld engagieren – das soziale und politische Engagement für Migrantinnen und Migranten gehört zur Landschaft des freiwilligen Engagements in Deutschland.

Unsere Aufmerksamkeit gilt heute aber dem freiwilligen Engagement von Migrantinnen und Migranten. Es ist ja der Kerngedanke der Selbsthilfe, aus der Rolle des „Klienten“, des Begünstigten von Hilfsmaßnahmen herauszukommen, die eigene Lebenssituation selbst in die Hand zu nehmen und zu verbessern.

Migrantinnen und Migranten engagieren sich in vielfältiger Weise. Sie haben eine Fülle von informellen und formellen Strukturen geschaffen, die fast ausschließlich vom freiwilligen Einsatz und Engagement ihrer Mitglieder leben. Allerdings sieht ihr Engagement vielfach anders aus als sonst im Freiwilligenektor und steht daher noch zu häufig im Schatten, wird zu häufig übersehen.

Diesen Bereich der Zivilgesellschaft in Deutschland wollen wir heute genauer in den Blick nehmen. Wir haben damit angefangen, indem wir im Internationalen Jahr der Freiwilligen eine Arbeitsgruppe „Bürgerinnen und Bürger – Internationale Aspekte“ eingerichtet haben. Diese Arbeitsgruppe hat das The-

ma „Migrantinnen und Migranten“ im Laufe des Jahres immer mehr entdeckt und ins Zentrum ihrer Arbeit gestellt. Dann hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eine Recherche in Auftrag gegeben, um zunächst einmal den Erkenntnisstand zum freiwilligen Engagement von Migrantinnen und Migranten zu sichten. Die Recherche wurde vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Frankfurt/Main und vom Institut für Soziale Infrastruktur, Frankfurt/Main durchgeführt; sie liegt uns mittlerweile vor und bietet eine gute Grundlage für die heutigen Diskussionen.

Bürgerschaftliches, freiwilliges Engagement ist mehr als Ehrenamt und mehr als eine Freizeitbeschäftigung unter anderen. Es schafft Beziehungen des Vertrauens, der Zusammenarbeit, der Solidarität und der Verantwortung, die für den Zusammenhalt einer modernen Gesellschaft unverzichtbar sind. Und damit rückt freiwilliges Engagement ganz nah an einen Schlüsselbegriff der Zuwanderungsdebatte: Integration. Man kann sagen: Integration braucht bürgerschaftliches Engagement. Und umgekehrt: Bürgerschaftliches Engagement braucht – und befördert – Integration.

Die Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ des Bundesministeriums des Inneren hat mit dem Titel ihres Berichts „Zuwanderung gestalten – Integration fördern“ den engen Zusammenhang zwischen Migration und Integration betont. Zuwanderung braucht ein Gesamtkonzept: Es geht nicht nur um den Arbeitsmarkt, nicht nur um humanitäre Verpflichtungen. Indem wir die Tatsache anerkennen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, müssen wir uns der Integration als gesamtgesellschaftlicher Herausforderung stellen.

Das bedeutet auch, dass Integration etwas anderes ist als Anpassung. Richtig ist, dass wir klar formulieren müssen, was wir unter Integration verstehen und welche Anforderungen an die Zuwandernden damit verbunden sind. Integration ist aber ein zweiseitiger Prozess: Er verlangt auch von uns, von der Zuwanderungsgesellschaft einiges: Toleranz, Akzeptanz, Respekt, ein aktives Zugehen auf die Migrantinnen und Migranten. In diesem Prozess werden sich beide Seiten verändern – eine Chance, die viele als Bedrohung empfinden.

Bürgerschaftliches Engagement, so meine These, verstärkt die Chancen der Integration und hilft, Zuwanderung nicht als Bedrohung zu erleben. Nehmen Sie die Sportvereine: Dort finden sich Menschen verschiedener Herkunft auf der Basis eines gemeinsamen Interesses zusammen, der Austausch der Kulturen findet im alltäglichen Miteinander statt. Oder nehmen Sie eine Veranstaltung wie den „Karneval der Kulturen“ in Berlin, wo ein großer Umzug und ein buntes Straßenfest einmal im Jahr die Vielfalt der Kulturen in ihrer ganzen Lebendigkeit präsentiert – getragen vom freiwilligen Engagement der unterschiedlichsten Vereine und Initiativen.

Alltäglicher Austausch und freiwillige Zusammenarbeit sind die Basis für Vertrauen und Integration. Wo Menschen einander vertrauen, finden Vorurteile, Angst und Gewalt einen schlechten Nährboden. Bürgerschaftliches Engagement, davon bin ich überzeugt, ist nicht nur ein Mittel zur Integration,

sondern auch eine Präventivmaßnahme gegen Ausländerfeindlichkeit und rechtsextreme Gewalt.

All dies gilt auch für Aussiedlerinnen und Aussiedler. Obgleich sie mit deutschem Pass hierher kommen, ist ihnen die deutsche Gesellschaft meist nicht weniger fremd als den Zuwanderern aus anderen Ländern. Freiwilliges Engagement zu fördern, ist auch in der Aussiedlerpolitik eine wichtige Integrationsaufgabe – zum Beispiel in den Programmen des Aussiedlerbeauftragten. Dass es nach dem Krieg unter anfangs schwierigen wirtschaftlichen Umständen gelungen ist, binnen weniger Jahre die vielen Heimatvertriebenen zu integrieren, können wir im Übrigen getrost als migrationspolitische Erfolgsgeschichte verbuchen: Die Bundesrepublik Deutschland hat sich als Zuwanderungsgesellschaft bereits einmal bewährt.

Der „Karneval der Kulturen“ ist ein schönes Bild multikultureller Vielfalt, aber Sie wissen so gut wie ich, dass freiwilliges Engagement von Migrantinnen und Migranten alles andere als ein bunter Karneval der Möglichkeiten ist. Eine Sachverständige, die es aus eigener Erfahrung weiß, hat bürgerschaftliches Engagement einmal als „überlebensnotwendig“ bezeichnet. Ich glaube nicht, dass sie übertrieben hat, und wir würden unser Thema verfehlen, wenn wir diesen Aspekt nicht beleuchten.

Überlebensnotwendig ist vor allem gegenseitige Hilfe: Migrantinnen und Migranten stehen gerade anfangs vor Problemen, die wir uns als „Einheimische“ kaum vorstellen können: Sprachbarrieren und Kompetenzanforderungen in allen möglichen Bereichen – von der Steuererklärung bis zur Einschulung der Kinder – lassen sich ohne Unterstützung kaum bewältigen. Mit unserem Begriff von freiwilligem Engagement müssen wir an dieser Stelle ansetzen: Weit entfernt von Ehrenamt und organisierter Wohltätigkeit geht es um Menschen, die anderen Menschen bei der schieren Bewältigung der Existenz helfen – in Familie und Verwandtschaft, Verein und Netzwerk. Selbsthilfe und gegenseitige Hilfe sind der Ausgangspunkt bürgerschaftlichen Engagements – in der Migration noch stärker als sonst.

In der Forschung zu freiwilligem Engagement von Migrantinnen und Migranten wird oft zwischen „herkunftshomogenem“ und „herkunftsheterogenem“ Engagement unterschieden. Soll heißen: Viele Migranten engagieren sich mit und für Menschen der eigenen Herkunft, der eigenen Kultur. Sie bilden eine „Zivilgesellschaft in der Zivilgesellschaft“, die gerade Neuankömmlingen Halt und Unterstützung bietet. Hier spielen auch religiöse Einrichtungen eine ganz wichtige Rolle, sie bieten Kinderbetreuung, Sprachkurse und Hilfe bei Behördengängen an. Oft werden solche Formen des Engagements misstrauisch betrachtet: Sondern sich Migrantinnen und Migranten ab? Bilden sie eine Gesellschaft neben der Zivilgesellschaft? Entstehen hier vielleicht sogar ganz unzivile, undemokratische Formen des Engagements?

Auch wenn diese Gefahr nicht in jedem Fall zu leugnen ist: Die Fähigkeit zur Selbstorganisation ist eine unabdingbare Voraussetzung, um in der Zivilgesellschaft anzukommen und zurechtzukommen. In diesem Licht sind die

Netzwerke der jeweiligen ethnischen oder kulturellen Gruppen zunächst einmal positiv zu bewerten: Sie sind eine Form der Selbsthilfe, der „Selbst-Ermächtigung“, die die Grundlage für den nächsten Integrationschritt bildet.

An den Engagementformen jüngerer Migrantinnen und Migranten sieht man dann auch, wie dieser Schritt gelingt. Junge Leute finden sich häufiger in sogenannten „herkunftsheterogenen“ Organisationen, in denen sich Angehörige unterschiedlicher Kulturen engagieren – ein ganz starkes Anzeichen für Integration.

Brücken zwischen Herkunftskultur und deutscher Zivilgesellschaft werden aber nicht nur von Individuen gebaut, die sich für das eine oder andere Engagement entscheiden. Damit Integration gelingt, brauchen wir auch eine Öffnung von Institutionen und Strukturen, und zwar in zweierlei Weise: Zum einen müssen sich die Organisationen des Engagements für Angehörige anderer Herkunft öffnen. Ich habe den Sport als positives Beispiel schon genannt – viele ehrenamtliche Übungsleiter kann man, glaube ich, getrost als „Integrationsleiter“ bezeichnen. Zum anderen brauchen wir eine Öffnung lokaler Engagementnetzwerke für die Organisationen von Migrantinnen und Migranten. Auch hierfür gibt es positive Beispiele, etwa wenn ein Moscheeverein bei der Stadtteilentwicklung eine tragende Rolle einnimmt. Freiwilligenagenturen oder staatliche Programme wie „Soziale Stadt“ können solche Öffnungen, solche Brücken zwischen homogenen und heterogenen Engagements gezielt fördern.

Unsere Recherche hat gezeigt, dass im Feld des freiwilligen Engagements von Migrantinnen und Migranten noch große Forschungslücken bestehen. Dennoch zeichnen sich aus meiner Sicht drei besonders wichtige Felder ab.

Der erste Bereich ist die Familie. Informelle Netzwerke setzen häufig in Familie und Verwandtschaft an. Familienhilfe und Familienselbsthilfe sind von bürgerschaftlichem Engagement nicht zu trennen. Damit besteht aber auch die Gefahr der Überforderung: Das idyllische Bild traditioneller, intakter Großfamilien im Migrantenmilieu ist nicht selten trügerisch; es verführt auch dazu, die Familien allein zu lassen, wo sie Unterstützung brauchen, und die Menschen allein zu lassen, die in ihren Familien nicht die Art von Unterstützung finden, die sie brauchen.

Denn längst finden sich Probleme, die Familien in Deutschland zu schaffen machen, auch in Migrantenfamilien: zum Beispiel die Vereinbarkeit von Familie, Kinderbetreuung, Erwerbsarbeit und Engagement oder die Unterstützung älterer, pflegebedürftiger Familienmitglieder. Solidarität und gegenseitige Hilfe in der Familie kann man auch bei Migrantinnen und Migranten nicht einfach so voraussetzen: Sie müssen gestärkt und unterstützt werden.

Ein zweiter wichtiger Bereich sind die Vereine. Eine lebendige – und verglichen mit anderen Bereichen auch recht gut erforschte – Vereinskultur stellt, zumindest für die Männer, einen „Dorfplatz“ des Engagements dar, eine lokale Öffentlichkeit, in der Kontakte gefunden werden und Unterstützung vermittelt wird. Wie deutsche Vereine haben aber auch die Migrantenorganisationen mit typischen Schwierigkeiten zu kämpfen. Gerade jüngere Leute

fühlen sich von Ämtern, Hierarchien und langfristigen Verpflichtungen immer weniger angesprochen; Nachwuchsmangel ist die mitunter existenzbedrohende Folge. Wie die Vereine von Migrantinnen und Migranten mit dieser Situation umgehen, welche Antworten sie finden, wissen wir kaum.

Zur nachhaltigen Förderung bürgerschaftlichen Engagements ist es aber wichtig, auch Migrantenorganisationen an der in Deutschland immer stärker anlaufenden Diskussion um die Anforderungen an eine engagementfreundliche Organisationsentwicklung zu beteiligen. Beteiligung ist auch das Stichwort für den dritten wichtigen Bereich. Beteiligungsrechte und Beteiligungsmöglichkeiten sind entscheidende Voraussetzungen für die Integration in die Zivilgesellschaft. Zwischen Bürgerrechten und bürgerschaftlichem Engagement besteht ein enger und notwendiger Zusammenhang: Wer in der Zivilgesellschaft Verantwortung übernehmen soll, muss auch mitgestalten, mitbestimmen, mitentscheiden können. Die deutsche Staatsbürgerschaft, deren Erwerb wir in dieser Legislaturperiode erheblich erleichtert haben, ist eine wichtige Voraussetzung für diese Teilhabe. Aber die Zivilgesellschaft besteht nicht nur aus Menschen mit deutschem Pass: Wir müssen auch Partizipationsmöglichkeiten für ausländische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger schaffen, wenn es – zum Beispiel auf kommunaler Ebene – um ihre Anliegen und Interessen geht.

Die Beteiligung an politischen Angelegenheiten kann auch bei der Wahl eines repräsentativen Ausländerbeirats nicht stehen bleiben. Die Engagementforschung lehrt uns, dass Beteiligung dann am besten funktioniert und am besten angenommen wird, wenn sie an konkreten Projekten und Entscheidungen ansetzt und greifbare Ergebnisse hervorbringt, die dann auch mit einer gewissen Verbindlichkeit umgesetzt werden. Diese Anforderungen gelten besonders für das Engagement eher beteiligungsferner Bevölkerungsgruppen.

Fazit: Wir müssen uns etwas einfallen lassen, um politisches Engagement, bürgerschaftliche Interessenvertretung von Migrantinnen und Migranten zu ermöglichen und zu aktivieren – gerade auf kommunaler Ebene gibt es da eine Reihe guter Möglichkeiten und Beispiele.

Freiwilliges Engagement von Migrantinnen und Migranten ist ein unverzichtbarer Bestandteil einer modernen, zukunftsfähigen Zivilgesellschaft und ein unverzichtbarer Baustein von Integration. Es ist zugleich ein offenes Feld.

Wir wissen wenig, zu wenig über die Motive der Engagierten, über die Rahmenbedingungen in ihren Organisationen, über die Entwicklung des Engagements über längere Zeiträume hinweg. Wir wissen auch zu wenig, was engagierte Migrantinnen und Migranten brauchen, welche Unterstützung wir als Staat, als Ministerium leisten können, um ihr Engagement zu fördern.

Der Staat muss sich *für* Migrantinnen und Migranten einsetzen, er muss aber auch und vor allem die Selbstorganisation und das Engagement *von* Migrantinnen und Migranten nachhaltig fördern.

In dieser Richtung wünsche ich mir viele Anregungen und uns allen eine interessante Tagung.

Bernd Geiß, Referatsleiter im Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen

Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung hat sehr gerne bei der Vorbereitung der Fachtagung „Freiwilliges Engagement und Selbsthilfe von Migrantinnen und Migranten“ mitgearbeitet. Sie freut sich über das besondere Engagement des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in dieser Sache.

Durch das „Internationale Jahr der Freiwilligen 2001“ ist in der Öffentlichkeit deutlicher geworden, was sonst häufig verborgen oder nur wenig sichtbar war, wie stark nämlich die Gesellschaft, die Institutionen und die im Ehrenamt tätigen Personen selbst von den vielfältigen Formen und Möglichkeiten des freiwilligen Engagements profitieren können. Dies gilt selbstverständlich ebenfalls für Migrantinnen und Migranten und für die Institutionen, in denen sie sich engagieren. Es lohnt sich, diesen Bereich genauer zu betrachten und auch dezidiert herauszuarbeiten, worin Gemeinsamkeiten und Unterschiede des Engagements von Migrantinnen und Migranten liegen gegenüber den Formen ehrenamtlicher Tätigkeit von einheimischen Deutschen.

Von deutschen Institutionen, die in hohem Maße mit freiwilligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern arbeiten, wird gelegentlich beklagt, dass in ihren Institutionen nur sehr wenige Migrantinnen und Migranten mitarbeiten. Es wäre sicherlich nicht richtig, daraus lediglich zu folgern, dass sich Zuwanderer wesentlich weniger gerne ehrenamtlich betätigen würden. Eine Beobachtung der Beauftragten ist, dass sich Zuwanderer oft *anders* engagieren.

Betrachtet man die Strukturen und Themen der Verbändelandschaft und der Selbsthilfeorganisationen von Migrantinnen und Migranten, dann fällt auf – und dies kann nicht überraschen –, dass sich im Bereich des freiwilligen Engagements der Zuwanderer ein Stück Migrationsgeschichte in Deutschland widerspiegelt.

Eine erste Phase könnte man die der **Heimatorientierung** nennen. Es ist die Zeit der Gastarbeiterpolitik, der Rotationsvorstellungen und der Rückkehrwünsche. Die ersten Migrantenvereine, vornehmlich Arbeitervereine, waren national und ethnisch orientiert. Ebenfalls – vor allen von Türken – wurden Vereine mit dem Ziel gegründet, für im Herkunftsland geplante Firmen, so genannte Arbeitnehmergeellschaften, Anteile zu verkaufen.

Eine nächste Phase könnte man die der **Orientierung an der deutschen Gesellschaft** nennen. Typisch für diese Phase sind Gründungen von Ausländerbeiräten oder -ausschüssen, deutsch-ausländischen Gesellschaften, Kulturvereinen, Theatervereinen, Sportvereinen und Elternvereinen. Wichtige Forderungen waren die politische Partizipation sowie die allgemeine rechtliche, wirtschaftliche, kulturelle, religiöse und soziale Gleichstellung.

Eine weitere, dritte Phase könnte man mit dem Begriff **Perspektive in Deutschland** kennzeichnen. Gemeint ist hier die **Integration in die Gesell-**

schaft. Bei dieser Bezeichnung schwingt auch die politische Forderung mit, dass Integration das gemeinsame Ziel von Einheimischen und Zugewanderten sein sollte.

Das freiwillige Engagement von einzelnen Migrantinnen und Migranten sowie von nationalen, ethnischen und anderen Vereinen kann wichtige **zivilgesellschaftliche Elemente** enthalten. Es kann wie ein Motor der Integration wirken und dabei den interkulturellen Dialog fördern.

Ich möchte nicht falsch verstanden werden, wenn ich zum einen die große Bedeutung des freiwilligen Engagements herausstelle, zum anderen aber auch betone, dass dieses allein für eine erfolgreiche Integration noch nicht ausreicht, sondern dass verstärkt öffentliche Hilfe zur Selbsthilfe erforderlich ist und die Politik dafür eintreten und weiter daran arbeiten muss, dass Diskriminierung beseitigt, Gleichstellung erreicht und Integration verstärkt gefördert wird. Mit dem vom Deutschen Bundestag verabschiedeten **Zuwanderungsgesetz** und der geplanten **Antidiskriminierungsgesetzgebung** ist die richtige Richtung gewiesen.

Auch die späte Erkenntnis, dass die erfolgte Zuwanderung unumkehrbar ist, und das Bekenntnis, dass Deutschland damit ein Zuwanderungsland geworden ist, sind wichtige Voraussetzungen für ein erfolgreiches freiwilliges Engagement und für ein Gelingen der Integration.

Heute findet hier eine Fachtagung statt, bei der Erfahrungen aus Wissenschaft und Praxis präsentiert und diskutiert werden sollen. Migrantenvvertretungen sollen als Experten in eigener Sache Entwicklungsmöglichkeiten und Unterstützungsbedarf skizzieren sowie Empfehlungen an Politik, Verwaltung und Verbände formulieren.

Dies ist ein sehr anspruchsvolles und wichtiges Programm.

Ich wünsche dafür viel Erfolg und einen guten Verlauf der Fachtagung.

II. Freiwilliges Engagement von Migrantinnen und Migranten – Rechercheergebnisse

Susanne Huth, Institut für Soziale Infrastruktur, ISIS, Frankfurt am Main

Freiwilliges Engagement und Selbstorganisationen von Migranten im Kontext wissenschaftlicher Diskussionen

Susanne Huth recherchierte wissenschaftliche Literatur und Forschungsprojekte, die sich mit dem freiwilligen Engagement von Migrantinnen und Migranten der unterschiedlichen Einwanderergenerationen sowie von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern beschäftigen. Ihr Recherchebericht dokumentiert die Schwerpunkte und Inhalte wie auch die Lücken der Forschung im Themenfeld des Freiwilligenengagements von Migrantinnen und Migranten.

Unter dem Begriff freiwilliges Engagement wurden in Anlehnung an die Definition des Freiwilligen-Surveys „Ehrenamt, Freiwilligenarbeit, Selbsthilfe und vielfältige Formen bürgerschaftlichen Engagements“¹ verstanden. Diese Begriffe verdeutlichen eine Unterscheidung dahingehend, ob es sich um

- (Freiwilligen-)Arbeit,
- soziales und politisches Engagement,
- (Ehren-)Ämter und Funktionen oder
- Selbsthilfe

handelt. Die Recherche ergab 32 deutschsprachige Forschungsprojekte und 49 Veröffentlichungen, die sich im weitesten Sinne mit dem Thema des freiwilligen Engagements von Migrantinnen und Migranten beschäftigen.

Die Forschungsprojekte wurden anhand verschiedener Gesichtspunkte analysiert. Von Interesse waren dabei neben dem Forschungsgegenstand die zugrunde liegenden Integrations- und Engagementbegriffe, die Aktivitätsbereiche des Engagements, der Praxisbezug der Untersuchungen und potentieller Unterstützungsbedarf für das freiwillige Engagement.

Ich nehme Bezug auf die Punkte

- Migrantenselbstorganisationen als Forschungsgegenstand,
- ihre Integrationsfunktionen,
- mögliche Partizipationsformen von Migrantinnen und Migranten,
- zugrunde liegende Engagementbegriffe,

¹ Rosenblatt, Bernhard von (2000): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Band 1: Gesamtbericht, Schriftenreihe des BMFSFJ, Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer, S. 16.

- potentieller Unterstützungsbedarf und
- freiwilliges Engagement von Migrantinnen und Migranten in der Sozialen und Familienarbeit.

Forschungsgegenstand: Bestandsaufnahmen von Migrantenselbstorganisationen

Im Mittelpunkt der Forschung stehen vor allem Migrantenselbstorganisationen, aber auch das Selbsthilfepotential in Familien, Verwandtschaftsnetzwerken und in der Nachbarschaft. Das Engagement von Migrantinnen und Migranten in der Freiwilligenarbeit der Träger der Freien Wohlfahrtspflege dagegen bleibt weitgehend im Verborgenen.

Vereinzelt finden sich bereits Veröffentlichungen zu Migrantenselbstorganisationen in den achtziger Jahren.² Ende der achtziger Jahre wurde die Untersuchung **Türkische Immigrantensorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland**³ durchgeführt, die die Entwicklung politischer Organisationen und politischer Orientierung unter türkischen Arbeitsmigrantinnen und -migranten analysierte. Vor allem in den Projekten im Zentrum für Türkeistudien in Essen und an der Universität Münster sind Migrantenselbstorganisationen seit Mitte der neunziger Jahre Forschungsgegenstand. Darunter waren beispielsweise eine **Studie über islamische Organisationen in Hessen**⁴ und eine Erhebung über **Moscheevereine in Essen**⁵. Schließlich wurde eine umfassende **Bestandsaufnahme der Zahl und Strukturen von Vereinen und Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen** im Auftrag des Landesministeriums für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport durchgeführt, die Organisationen und ihre Vereinstypen, Arbeitsgebiete, Zielgruppen und Angebotsstrukturen erfasste.⁶

Die Migrantenselbstorganisationen werden dabei in herkunftshomogene und herkunftsheterogene unterschieden. Mitglieder einer herkunftshomogenen Organisation kommen nach dieser Definition aus einem einzigen Land, einer einzigen Region oder Stadt oder einer bestimmten religiösen oder ethnischen

2 Vgl. Kolb, Holger/Lamontain, Jan Chr. (2000): Selbstorganisationen, soziale Netzwerke und soziales Kapital. Eine Auswahlbibliographie, in: Thränhardt, Dietrich/Hunger, Uwe (Hg.): Einwanderer-Netzwerke und ihre Integrationsqualität in Deutschland und Israel, Studien zu Migration und Minderheiten, Band 11, Münster/Hamburg/London: Lit Verlag, S. 265-292.

3 Özcan, Ertekin (1992): Türkische Immigrantensorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland: die Entwicklung politischer Organisationen und politischer Orientierung unter türkischen Arbeitsimmigranten in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin West, 2., unveränd. Aufl., Berlin: Hitit.

4 Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Jugend, Familie und Gesundheit – Büro für Einwanderer, Flüchtlinge und ausländische Arbeitnehmer (Hg.) (1995): Studie über islamische Organisationen der türkischen, marokkanischen, tunesischen und bosnischen Minderheiten in Hessen.

5 Der Ausländerbeirat der Stadt Essen (Hg.) (1995): Moscheevereine in Essen, Essen.

6 Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport (Hg.) (1999): Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten in NRW. Wissenschaftliche Bestandsaufnahme, Düsseldorf.

Gruppe.⁷ Darüber hinaus ist es sinnvoll zu unterscheiden zwischen Vereinigungen, die sich am Herkunftsland, und solchen, die sich an der Aufnahmegesellschaft orientieren. Die ermittelten Organisationen – eingetragene Vereine, Selbsthilfegruppen und Dachverbände – sind auf den Gebieten Kultur, Begegnung, Integration, Beratung, Bildung, Betreuung, Sport, Politik, Gesundheit, Religion tätig.

Auch in den anderen Studien sind Vereine und Verbände Gegenstand der Untersuchungen. Dabei kann es sich um Schrebergartenvereine, religiöse, kulturelle, politische oder anderweitig aktive Vereine handeln. Das Engagement von Migrantinnen und Migranten in Verbänden und Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege ist bisher kaum untersucht. Auch lose Initiativen ohne Rechtsstatus werden kaum in Studien einbezogen. Dazu ist eine genaue Kenntnis des Feldes nötig, da sie nicht in Vereinsregistern oder Telefonbüchern erfasst werden.

Nachdem nun Migrantenselbstorganisationen und ihre Bestandsaufnahme als Forschungsgegenstand deutlich wurden, betrachte ich im Folgenden ihre Integrationsfunktionen.

Integrationsfunktionen der Migrantenselbstorganisationen

Bei den Forschungen über Migrantenselbstorganisationen stehen vor allem ihre Integrationsfunktionen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und ihr desintegratives Potential im Vordergrund.⁸

In den Studien werden verschiedene Arten von Integration durch Migrantenselbstorganisationen oder freiwilliges Engagement von Migranten untersucht – politisch-rechtliche Integration, Bildungs-, Arbeitsmarkt- oder andere soziale Integration, beispielsweise auf dem Wohnungsmarkt, im Gesundheitsbereich oder im Stadtteil.

So werden die Organisationsdichte verschiedener Einwanderergruppen verglichen und die Integrationsziele insbesondere nach eher assimilativen und eher segregierend-pluralistischen Optionen unterschieden. Neuere Veröffentlichungen beziehen sich auf die gesellschaftlichen Integrationsfunktionen von Migrantenselbstorganisationen und die Bildung von sozialem Kapital. Hier werden beispielsweise die „Erfolgsunterschiede“ im Bildungs- und Be-

7 a.a.O., S. 2.

8 Stadt Lünen – Ausländerbeauftragte (Hg.) (1999): Endbericht zur Untersuchung „Rahmenbedingungen und Handlungsstrategien zur Verbesserung des Integrationspotentials muslimischer Selbstorganisationen auf kommunaler Ebene“, erstellt im Auftrag der Stadt Lünen durch das Zentrum für Türkeistudien, Essen.

Das integrative bzw. desintegrative Potential türkischer Selbstorganisationen unter besonderer Berücksichtigung ethnisch verdichteter Stadtteile, Arbeitspapier, Zentrum für Türkeistudien, Institut an der Universität GH Essen, www.uni-essen.de/zft/deutsch.html.

Thränhardt, Dietrich/Hunger, Uwe (Hg.) (2000): Einwanderer-Netzwerke und ihre Integrationsqualität in Deutschland und Israel, Münster: Lit Verlag.

rufsbereich zwischen Spanierinnen und Spaniern, Griechinnen und Griechen, Italienerinnen und Italienern, ehemaligen Jugoslawinnen und Jugoslawen und Türkinnen und Türken auf die Qualität ihrer Selbstorganisationen zurückgeführt.⁹ Betont wird auch die grenzauflösende Brückenfunktion, die die Selbstorganisationen zwischen den Migrantinnen und Migranten und der deutschen Gesellschaft inne haben.

Die politisch-rechtliche Integration von Migrantinnen und Migranten beziehungsweise die Integrationsfunktion von Migrantenselbstorganisationen wird auch in weiteren Studien thematisiert. Dazu zählen Untersuchungen über **Ausländervereine**¹⁰, die **Jugend in Deutschland**¹¹, **Ausländerbeiräte**¹², die **Partizipation von Zuwanderern in Köln**¹³ und **Mannheim**¹⁴ und über **multikulturelle Demokratie in Berlin**¹⁵. Dabei geht es um Einbürgerung, bürgerrechtliche Rechte, politische Interessenvertretung und verschiedene Formen bürgerlicher Partizipation.

Insgesamt lässt sich an den hier recherchierten Forschungen sehen, dass in der wissenschaftlichen Debatte das integrative und desintegrative Potential von Selbstorganisationen auf starkes Forschungsinteresse stößt. Dabei werden sie in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion kontrovers beurteilt: Dem Vorwurf der Herausbildung und Verfestigung einer Parallelgesellschaft steht die Betonung ihrer Vermittlerrolle und Dienstleistungsfunktionen¹⁶ gegenüber. Jungk plädiert daher für eine Aufgabe der Diskussion um Integration und Segregation zugunsten „der Frage nach Potential und Auswirkungen bürgerlichen Engagements in Selbstorganisationen (...)“

-
- 9 Thränhardt, Dietrich (2000): Einwandererkulturen und soziales Kapital. Eine komparative Analyse, in: Thränhardt, Dietrich/Hunger, Uwe (Hg.): Einwanderer-Netzwerke und ihre Integrationsqualität in Deutschland und Israel. Studien zu Migration und Minderheiten, Band 11, Münster/ Hamburg/London: Lit Verlag, S. 15-51.
 - 10 Fijalkowski, Jürgen/Gillmeister, Helmut (1997): Ausländervereine – ein Forschungsbericht. Über die Funktion von Eigenorganisationen für die Integration heterogener Zuwanderer in eine Aufnahmegesellschaft – am Beispiel Berlins, Reihe: Völkervielfalt und Minderheitenrechte in Europa, Band 5, Berlin: Hitit.
 - 11 Jugendwerk der Deutschen Shell (Hg.) (2000): Jugend 2000. Die 13. Shell Jugendstudie, Opladen: Leske + Budrich.
 - 12 Hoffmann, Lutz (1997): Vom Gastarbeiterparlament zur Interessenvertretung ethnischer Minderheiten. Die Entwicklung der kommunalen Ausländerbeiräte im Kontext der bundesdeutschen Migrationsgeschichte, Wiesbaden: Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen; Osnabrück: Arbeitsgemeinschaft Kommunale Ausländervertretungen Niedersachsen.
 - 13 Bukow, Wolf-Dietrich/Grilec, Michaela/Schmidt, Martina/Soja, Eva-Maria/Zimmermann, Michael (1999): UNESCO – MOST Programme. MPMC Projekt Stadt Köln, www.uni-koeln.de/ew-fak/FiSt/main.html.
 - 14 Diehl, Claudia (2001): Die Partizipationsmuster türkischer Migranten in Deutschland: Ergebnisse einer Gemeindestudie, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, Jg. 21, H. 1, S. 29-35.
 - 15 Die Qualität der multikulturellen Demokratie in Amsterdam und Berlin, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, www.wz-berlin.de/poem/.
 - 16 Hadeed, Anwar (2001): Großes Potential. Selbstorganisationen in der Migration, in: Betrifft Mehrheiten – Minderheiten, 4/2001, online-Ausgabe, www.bmm.niedersachsen.de.

die als Pressure-Group zum Abbau sozialer und ökonomischer, sich ethnisch ausprägender Ungleichheit“¹⁷ beitragen können.

Die Frage nach der Partizipation

Neben der Integration steht die Frage nach der Partizipation von Migrantinnen und Migranten bei einigen Untersuchungen im Vordergrund. Sie gehen über die Betrachtung der Selbstorganisationen insofern hinaus, als dass beispielsweise neben einer Vereinsbefragung zur Erfassung des Angebotsspektrums auch Migrantinnen und Migranten selbst nach ihrer Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen befragt werden.¹⁸ Ergebnisse zeigen Unterschiede in der Partizipation hinsichtlich der Geschlechter und der Generationen. So sind Frauen und die zweite Generation deutlich seltener Mitglieder in Migrantenvereinen, und in der zweiten Generation steigt der Anteil in „deutschen“ Organisationen.¹⁹

Hier möchte ich noch kurz auf drei Studien näher eingehen und ihre zugrunde liegenden Partizipationsbegriffe erläutern:

Das Projekt **Qualität der multikulturellen Demokratie in Amsterdam und Berlin**²⁰ führt bis zum Jahre 2004 einen Vergleich der zivilgesellschaftlichen Integration und politischen Partizipation ausgewählter Minderheitengruppen durch. In Berlin sind dies Türkinnen und Türken, Italienerinnen und Italiener, Jüdinnen und Juden und russischstämmige Aussiedlerinnen und Aussiedler.

Die Forschung über **Integration im Schrebergarten**²¹ dokumentiert, in welchem Ausmaß Migrantinnen und Migranten (ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Aussiedlerinnen und Aussiedler und Asylberechtigte sowie deren Familien) Anteil am öffentlichen Leben – hier im Schrebergarten – haben. Es geht dabei auch um die Teilnahme und Teilhabe am Vereinsleben.

Die Expertise von Diehl/Urbahn (1999) im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung²² stellt soziale und politische Partizipationsformen von Zuwanderinnen

17 Jungk, Sabine (2000): Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten – Instanzen gelingender politischer Partizipation, in: iza – Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, 3 + 4/2000.

18 Dritte Welle der Quasi-Panel-Mehrthemen-Befragung der türkischen Wohnbevölkerung in Nordrhein-Westfalen, Zentrum für Türkeistudien, Institut an der Universität GH Essen; Jugendwerk der Deutschen Shell (Hg.) (2000); Bibouche, Seddik/Held, Josef (2002).

19 Diehl, Claudia (2001): Die Partizipationsmuster türkischer Migranten in Deutschland: Ergebnisse einer Gemeindestudie, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, 21 (1), S. 29-35.

20 Die Qualität der multikulturellen Demokratie in Amsterdam und Berlin, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, www.wz-berlin.de/poem/.

21 Integration im Schrebergarten? Migranten-Familien in Gartenkolonien in Hannover, Evangelische Fachhochschule Hannover, Institut für praxisbezogene Forschung, www.efh-hannover.de/forschung/index.html.

22 Diehl, Claudia/Urbahn, Julia (1999): Die soziale und politische Partizipation von Zuwanderern in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeits- und Sozialpolitik.

und Zuwanderern anhand der Auswertung vorhandener repräsentativer Daten des **Sozio-ökonomischen Panels (Soep)**²³ dar. Sie analysieren dabei Ursachen, Formen und Folgen der Partizipation von Zuwanderern in Vereinen, Verbänden und Organisationen. Dabei stellen sich beispielsweise Fragen danach, welche Partizipationsformen Zuwanderern offen stehen und wovon es abhängt, ob Migrantinnen und Migranten sich einem deutschen oder einem herkunftshomogenen Verein anschließen. Sie berücksichtigen dabei politische und nichtpolitische (hier soziale) Partizipation.

Der Engagementbegriff

Neben diesen verschiedenen Partizipationsformen werden in den Studien auch unterschiedliche Engagementbegriffe deutlich. Dabei finden sich die Begriffe Mitgliedschaft, Partizipation, Ehrenamt und Engagement. Die Mitgliedschaft von Migrantinnen und Migranten in Vereinen oder Organisationen wird nahezu in allen recherchierten Studien thematisiert, einige erheben selbst repräsentative Daten zur Mitgliedschaft in Organisationen. Es wird jedoch keine Unterscheidung dahingehend getroffen, ob es sich um eine (passive) Mitgliedschaft oder um ein aktives Engagement in den Vereinen und Organisationen handelt.

Häufig wird – wie bereits ausgeführt – die „Partizipation“ von Migrantinnen und Migranten thematisiert. Hierunter können sowohl die (passive oder aktive) Mitgliedschaft in Vereinen als auch beispielsweise das Interesse an kommunaler, Landes- oder Bundespolitik, die Teilhabe an den Geschehnissen im Stadtteil oder Einbürgerungswünsche verstanden werden. Daneben wird auch zwischen sozialer oder politischer Partizipation unterschieden.

Der Begriff des „Ehrenamts“ taucht insofern in einigen Studien zu Migranten-selbstorganisationen auf, indem bemerkt wird, dass ihre Arbeit nur durch den Einsatz ehrenamtlicher Mitarbeiter aufrechterhalten werden kann, da viele Selbstorganisationen über geringe finanzielle Mittel und selten über hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Migranten oder ABM-Kräfte verfügen. Diesem Aspekt wird vor allem in der **wissenschaftlichen Bestandsaufnahme von Selbstorganisationen in NRW**²⁴ Rechnung getragen.

Der Engagementbegriff in der IG Metall-Jugendstudie **Neue Orientierungen und Engagementformen bei Jugendlichen**²⁵ bedeutet eine aktive Beteiligung in Vereinen, Parteien, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, im Umwelt- oder Menschenrechtsbereich, in schulischen Arbeitsgemeinschaften oder Jugendeinrichtungen. Im Themenbereich „Soziale Einbindung, Beziehungen zwischen Gruppen“ werden auch die Einbindung in Organisationen und die Mitgliedschaft in Vereinen untersucht.

Über die nun vorgestellten Analysen zu Integrationsfunktionen, Partizipationsformen und Engagementbegriffen hinaus war es in der Recherche von

23 Nähere Informationen zum Soep finden sich unter www.diw.de/deutsch/sop/index.html.

24 Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport (Hg.) (1999).

25 Bibouche, Seddik/Held, Josef (2002).

Interesse, welcher potentielle Unterstützungsbedarf im Bereich des freiwilligen Engagements von Migrantinnen und Migranten in den Untersuchungen formuliert wurde.

Unterstützungsbedarf

Auf Unterstützungsbedarf der Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten wird vor allem wieder in der **Bestandsaufnahme aus Nordrhein-Westfalen**²⁶ und anderen Studien des Zentrums für Türkeistudien hingewiesen. Dieser liegt vor allem in der räumlichen und finanziellen Ausstattung und dem Bedarf an hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder ABM-Kräften, um eine kontinuierliche Arbeit gewährleisten zu können.

Oftmals hängt das Engagement an wenigen aktiven Mitgliedern oder einzelnen Vorständen, die für die Fortführung der Vereinsarbeit verantwortlich sind. Fallen diese Personen aus unterschiedlichen Gründen aus, ist das Fortbestehen des gesamten Vereins gefährdet.

Migrantenselbstorganisationen sind bisher weitgehend von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen, und ihre Leistungen werden nur schwach wahrgenommen. Die personell und finanziell schwache Ausstattung und die mangelnde Vernetzung auf kommunaler und Landesebene sind dabei eine Ursache ihrer Schwäche.²⁷

Soziale und Familienarbeit

Neben der sozialwissenschaftlichen Forschung über Migrantenselbstorganisationen bildet sich im Bereich der Sozialen Arbeit ein zweiter Forschungsschwerpunkt heraus, denn Migrantenselbstorganisationen übernehmen zunehmend – neben dem Bildungs-, Kultur- und Berufsbereich – auch Aufgaben im sozialen, Familien- und Gesundheitsbereich. Viele Migrantenselbstorganisationen sehen sich auch hier großen Problemen bei der Finanzierung gegenüber. Zudem leiden sie unter dem Vorwurf der Abschottung und der Verhinderung von Integration und negativen Kompetenzzuschreibungen: Sie seien nicht innovativ, und ihnen fehle es an Know-how. Hinzu kommt, dass viele Organisationen an einer Überalterung leiden und ihnen die Anpassung an bestehende Strukturen schwer fällt.

Der Beitrag von Migrantenselbstorganisationen beispielsweise zur Stützung von Familien lässt sich nur schwer einschätzen. Sie übernehmen wichtige Funktionen in den Bereichen Kommunikation, Selbsthilfe und Solidarität, Handlungskompetenz, Traditionspflege und auch soziale Kontrolle.²⁸

26 Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport (Hg.) (1999).

27 Hadeed, Anwar (2001).

28 Gaitanides, Stefan (2000): Arbeit mit Migrantenfamilien – Aktivitäten der Wohlfahrtsverbände und Selbsthilfeorganisationen, in: Sachverständigenkommission 6. Familienbericht (Hg.): Familien ausländischer Herkunft in Deutschland: Lebensalltag, Materialien zum 6. Familienbericht, Band II, Opladen: Leske und Budrich, S. 129 f.

Für die weitere Forschung über Migrantenselbstorganisationen im Bereich der Sozialen Arbeit ergeben sich die Fragen nach

- den segregativen und integrativen Funktionen von Selbstorganisationen,
- der Verbesserung der kommunalpolitischen Integration,
- der Vernetzung mit sozialarbeiterischen und pädagogischen Diensten,
- den Kriterien der Finanzförderung,
- der Fortbildung und Qualifizierung,
- der Lösung des Nachwuchsproblems sowie
- der Minderung von Zugangsbarrieren für Migrantinnen und Migranten zu „deutschen“ Freiwilligeninitiativen.²⁹

Ich möchte nun die bisherigen Ausführungen noch einmal kurz zusammenfassen.

Zusammenfassung

Die Ergebnisse der Literatur- und Forschungsrecherche zeigen eine große Bandbreite der – wenigen – wissenschaftlichen Beschäftigung mit Migrantenselbstorganisationen, die vor allem deren Entwicklung, Zielgruppen, Arbeitsbereiche, Integrationspotentiale und Funktionen analysiert. Der Aspekt des freiwilligen Engagements von Migrantinnen und Migranten wird dabei kaum berücksichtigt.

Die hier analysierten Studien haben verschiedene räumliche Bezüge und untersuchen unterschiedliche Migrantengruppen. Dabei handelt es sich beispielsweise um die türkischstämmige Wohnbevölkerung in Hamburg, Ausländerinnen und Ausländer in bestimmten Städten oder einem Bundesland oder die Haupteinwanderungsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland. Einige Projekte beziehen nur solche Personen in die Untersuchung ein, die auch eine ausländische Staatsbürgerschaft haben. Die **Mehrthemen-Befragung**³⁰ in Hamburg dagegen wählte die Grundgesamtheit ihrer Untersuchung anhand typischer türkischer Namen aus, um auch eingebürgerte Türkinnen und Türken einzubeziehen. Wieder andere Studien führen die Datenerhebung nur in deutscher Sprache durch, sodass Migrantinnen und Migranten ohne ausreichende Sprachkenntnisse nicht einbezogen werden.

Aussiedlerinnen und Aussiedler werden in einige Studien einbezogen und finden Erwähnung in einer Veröffentlichung über polnische Selbstorganisatio-

29 Gaitanides, Stefan (2001): „Freiwilliges Engagement und Selbsthilfe von Migrantinnen und Migranten – Potenziale und Anforderungen“, Vortrag beim Internationalen Erfahrungsaustausch „Integration von Familien ausländischer Herkunft“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 11. und 12. Dezember 2001 in Berlin.

30 Dritte Welle der Quasi-Panel-Mehrthemen-Befragung der türkischen Wohnbevölkerung in Nordrhein-Westfalen, Zentrum für Türkeistudien, Institut an der Universität GH Essen.

nen.³¹ Aussiedler-Netzwerke und ihre Funktionen analog zu Selbsthilfeaktivitäten und Selbstorganisationen anderer Einwanderergruppen zu betrachten, fällt ungleich schwerer, da sie als Deutsche beispielsweise in den amtlichen Statistiken nicht gesondert erfasst werden.³²

Unabhängig von Migrantenselbstorganisationen findet freiwilliges Engagement von Migrantinnen und Migranten, beispielsweise in der Ausländerarbeit der Kommunen und Wohlfahrtsverbände, bisher kaum wissenschaftliche Beachtung. Gerade in den Wohlfahrtsverbänden ist freiwilliges Engagement ein wichtiger Grundstein – in welchem Ausmaß Migrantinnen und Migranten hier tätig sind, ist bisher nicht erforscht.

Wünschenswert sind weitere wissenschaftliche Forschungen über das freiwillige Engagement von Migrantinnen und Migranten in Deutschland, die neben der quantitativen Erfassung des Engagements und seiner Rahmenbedingungen auch die subjektive Perspektive der Migrantinnen und Migranten – Formen ihres Engagements, Ursachen und Motive für ihr Engagement und Barrieren gegenüber der Aufnahme einer freiwilligen Tätigkeit – analysieren, um hier beispielsweise Unterstützungs-, Finanzierungs- und Kooperationsmöglichkeiten zu ermitteln.

31 Sopart, Dominik (2000): Polnische Selbstorganisation in der Bundesrepublik Deutschland – Reinkarnation mit Geburtswehen, in: Thränhardt, Dietrich/Hunger, Uwe (Hg.): Einwanderer-Netzwerke und ihre Integrationsqualität in Deutschland und Israel, Studien zu Migration und Minderheiten, Band 11, Münster/Hamburg/London: Lit Verlag, S. 175-218.

32 Vgl. Thränhardt, Dietrich (2000): Aussiedler-Netzwerke, Netzwerke für Aussiedler, in: Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen (Hg.): Netzwerke für Integration, Dokumentation der Fachtagung „Netzwerke für Integration“, Infodienst Deutsche Aussiedler, 106/2000, S. 12-30.

Jörg Reiner Hoppe, Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Frankfurt am Main

Freiwilliges Engagement von Migrantinnen und Migranten in bestimmten Sozialräumen

Jörg Reiner Hoppe führte eine Beobachtungsstudie über die Aktivitäten von freiwilligem Engagement von Migrantinnen und Migranten in drei Sozialräumen unterschiedlicher Größe und Struktur durch. Die Rechercheergebnisse zeigen Formen des Engagements im Kontext verschiedenartiger Sozialräume auf.

In drei Sozialräumen unterschiedlicher Größe und Struktur wurden in der Praxis Erfahrungen und Perspektiven von Migrantinnen und Migranten im Hinblick auf Formen des freiwilligen Engagements erhoben, und zwar in einem **großstädtischen Raum**, in einem **ländlichen Raum** und in einer **mittleren Kreisstadt**.

Über einzelne Mitglieder einer Arbeitsgruppe wurden Kontakte zu den drei ausgewählten Regionen in drei unterschiedlichen Bundesländern hergestellt. Damit wurden sehr kurzfristig Verbindungen zu Gruppen von Migrantinnen und Migranten möglich. Diese Personen waren in ihrer vermittelnden Funktion wichtig, um auch vertiefte Gespräche führen zu können, die subjektive Motivation und Erfahrungen berühren.

Bei den Gruppen im großstädtischen Raum in Frankfurt am Main wurde der Schwerpunkt auf ältere Migrantinnen und Migranten gelegt. Die Besuche wurden mit der Fachkraft beim Sozialdezernat, die für ältere Migrantinnen und Migranten wie auch für das freiwillige Engagement zuständig ist, vorbereitet und gemeinsam durchgeführt. Es wurden insgesamt elf Einrichtungen für ältere Migrantinnen und Migranten besucht und durchschnittlich 2 ½-stündige Gespräche mit Migrantinnen und Migranten und/oder den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geführt.

Im Rhein-Lahn-Kreis wurde der Schwerpunkt auf die Lebenssituation von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und auf Netzwerke und Ausländerbeiräte gelegt.

In Reutlingen wurde Kontakt zu der Ausländerbeiratsvorsitzenden aufgenommen. Eine Ethnologin der Universität Tübingen hat für das Sozialamt eine Studie über die Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten verfasst. Ihre Kenntnisse, die sie durch neue Befragungen und Aufarbeitung ihres Materiales unter der Perspektive des freiwilligen Engagements aufgearbeitet hat, flossen in die Recherche ein. In Reutlingen fanden zusätzlich zwei Gespräche mit Migrantinnen und Migranten und Vertreterinnen und Vertretern der Wohlfahrtsverbände, im Wesentlichen über die Lebenssituation von Muslimen, türkischen Migrantinnen und Migranten sowie die muslimische Gemeinde, statt.

Ergänzend wurden Gespräche mit einzelnen Migrantinnen und Migranten geführt und mit Mitarbeiterinnen und Migranten, die mit Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern in Frankfurt am Main arbeiten. Die Gespräche geben ein subjektiv geprägtes Ergebnis in Richtung auf eine Fallstudie vor Ort und zum Teil emotional gefärbte Einschätzungen wieder. Diese sind bedeutsam, weil Emotionen in starkem Maße die Wahrnehmung, Interessen und Handlungen, und somit die Erfahrungen der Migrantinnen und Migranten, bestimmen. Die Recherche ist damit eher auf der Ebene einer psychologischen Studie angelegt. Das Interesse und die Perspektive des Recherchierenden und der anderen Beteiligten sind von der Möglichkeit der Partizipation, Gleichberechtigung und der autonomen Handlungsfähigkeit der Migrantinnen und Migranten bestimmt. Ausgangs- und Zielpunkt ist die Überzeugung, dass sich freiwilliges Engagement nur in einem Klima von Akzeptanz und Anerkennung an Orten entwickeln kann, wo faktische Gleichberechtigung und aktive gesellschaftliche Teilhabe gegeben sind.

Lebenssituation als Ausgangspunkt

Hintergrund und Ausgangspunkt der Recherche zum freiwilligen Engagement ist die Lebenssituation der Migrantinnen und Migranten. Es steht die Perspektive der Betroffenen über ihre Lebenslage im Vordergrund und weniger objektive wissenschaftliche Erkenntnisse. Die Lebenssituation als Ausgangspunkt ist auch deshalb von Bedeutung, weil alle Möglichkeiten von Handlungsvollzügen mit von dem sozialräumlichen Kontext bestimmt sind. In der Lebenswelt, der Alltagsorientierung sowie in sozialräumlichen Konzepten liegen die Möglichkeiten zum freiwilligen Engagement, aber auch deren Hemmnisse.

Die Lebenssituation ist aber darüber hinaus von anderen, zum Teil objektiven Faktoren bestimmt, die mittelbaren Einfluss auf das freiwillige Engagement haben können. Wie Kreise um den Mittelpunkt des freiwilligen Engagements lassen sich hier als äußerstem Kreis gesellschaftliche und rechtliche Faktoren nennen und der gesellschaftliche Grad der Anerkennung von Migrantinnen und Migranten.

In einem engeren Kreis sind die Erfahrungen aus dem Bereich der Arbeit und Wirtschaft und den sozialen Sicherungssystemen enthalten.

Der kommunale Raum, in dem die Migrantinnen und Migranten tagtäglich ihre Erfahrungen machen (Kindertagesstätten, Schulen und die Bereiche von Freizeitgestaltung), spielt eine große Rolle, und als letzter Kreis ist der Bereich der unmittelbaren Nachbarschaft und der Familien für das freiwillige Engagement und die Selbsthilfe von zentraler Wichtigkeit.

Aus diesen Bereichen wirken Einflüsse auf die Migrantinnen und Migranten, auf ihre Einstellungen, Handlungen und auch ihr freiwilliges Engagement. Sie sind aber nicht als kausale Wirkungen zu verstehen, denn jeder Einzelne hat die Möglichkeit, verschiedene Reaktionen zu zeigen und wechselseitig auf die Faktoren einzuwirken.

Tätigkeitsfelder von freiwilligem und ehrenamtlichem Engagement und Selbsthilfe

In den folgenden vier Handlungsfeldern wurde recherchiert:

- Familien und Nachbarschaft
- Vereine und Selbstorganisationen
- Einrichtungen von Wohlfahrtsverbänden und Kommunen
- Ausländerbeiräte und Bereiche der Politik

Familien und Nachbarschaft

Über diesen Bereich und das darin liegende Potential gibt es aufgrund methodischer Probleme (Verständigung, Vertrautheit) kaum Untersuchungsergebnisse. Alle Experten und Betroffenen betonen aber, dass es hier viel Engagement und Selbsthilfe gibt. Auch die Recherche ist hier an ihre Grenzen gestoßen.

Selbsthilfe ist ein wesentlicher Faktor, um sich in der ersten Zeit der Migration bei der Bewältigung des alltäglichen Lebens zurechtzufinden. Die Weitergabe von ersten Informationen ist existenziell wichtig, über wohlgesinnte Sachbearbeiter, günstige Einkaufsgelegenheiten. Hilfeleistungen werden für Fragen des Wohnens, bei Kontakten mit Behörden und Bildungseinrichtungen und für alle Fragen des täglichen Lebens erbracht. Ältere Migrantinnen und Migranten in Mehrgenerationsfamilien bieten ihren Kindern und Enkelkindern Hilfeleistungen an. Ältere übernehmen häufig die Tagesbetreuung der Kinder im Kindergartenalter. Auch bei den Anforderungen als Miteigentümer preiswerter Eigentumswohnungen ergeben sich sehr viele Aufgaben. Gegenseitige Unterstützung und Hilfeleistungen finden bei der Überprüfung von Abrechnungen und bei Entscheidungen statt.

Der starke Zusammenhalt innerhalb der Familien resultiert zum Teil aus dem Erleben, in dieser Gesellschaft nicht immer willkommen und tendenziell sogar bedroht zu sein. Misstrauen hat sich insbesondere bei einigen Migrantinnen und Migranten aus dem türkischen Bereich gegenüber Deutschen herausgebildet.

In den Gesprächen wurden familiäre Probleme deutlich. Aufgrund meiner Erfahrungen hat es den Anschein, dass Familienbilder und -ideologien das tatsächliche Bild der Familien verklären und ein Teil der Aussagen, die über Familien von Migrantinnen und Migranten gemacht werden, von eigenen Wünschen bestimmt sind.

Ein geringes Bildungsniveau einiger Gruppen von Migrantinnen und Migranten bewirkt, dass sie sich in der Regel sehr stark auf die eigene Wohnsituation verwiesen sehen. Viele von ihnen können die Angebote der Institutionen des Aufnahmelandes aufgrund ihrer Bildungsdefizite und anderer Faktoren, auch die Möglichkeiten zum freiwilligen Engagement, nicht nutzen. Die Leiterin eines solchen Treffpunktes mit Migrationshintergrund sieht es als Herausfor-

derung an, diese Frauen unterschiedlicher Nationalität aus dem Kreis der drei „H“, von „Hausarbeit, HL (eine Einkaufsmarktkette in Hessen) und Fernsehen zu Hause“, herauszuholen und ihnen neue Perspektiven zu eröffnen. Sie will diese Frauen einerseits an sinnvolle Beschäftigung, Spracherwerb und kulturelle Angebote heranführen und andererseits innerfamiliären Spannungen und Konflikten vorbeugen. Sie bietet kulturelle und soziale Angebote an, weil die der deutschen Institutionen in der Regel nur in sehr beschränkter Weise angenommen werden.

Engagement in Vereinen und Selbstorganisationen

In Untersuchungen über Migrantenorganisationen wird immer wieder festgestellt, dass sie nur durch außerordentlich hohes Engagement aller Beteiligten gebildet und aufrechterhalten werden können. Vereine haben viele Funktionen: kulturelle, soziale, ökonomische und identitätserhaltende und die Repräsentation nach außen. Lebenshilfe wird praktisch geleistet.

In der Anfangszeit stellten die Vereine für alleinlebende Migrantinnen und Migranten eine Art „Familienersatz“ dar. „Sobald die das Haus verließen, waren sie im Verein.“ Die Vereine beziehungsweise die Vereinslokale bildeten so den Ausgangspunkt und Kern für die Entstehung und Festigung von sozialen Netzwerken. All diese Aufgaben werden in freiwilligem Engagement übernommen.

„Ohne das freiwillige Engagement der Migranten der ersten Generation und der Rolle der Vereine als Ansprechpartner und Weitervermittler von Informationen und Kontakten wäre es für die sozialen Einrichtungen der öffentlichen und privaten Fürsorge weit schwieriger gewesen, ihren Aufgaben nachzukommen.“

Das Interesse an der Vereinstätigkeit geht stetig zurück und wird von den Leitenden der Vereine mit dem „Rückzug ins Private“ erklärt. Darin drückt sich auch die Angleichung an die Lebensverhältnisse der deutschen Bevölkerung aus, die mit den Begriffen „Individualisierung/Pluralisierung“ verkürzt beschrieben werden.

Für viele jüngere Migrantinnen und Migranten gibt es auch Alternativen zu den Treffen im Verein. Für sie haben Vereine keinen so hohen Stellenwert wie für die Älteren aus der Gründergeneration. Sie sind in der Regel auch nicht bereit, den gleichen hohen Zeitaufwand wie die Vätergeneration aufzubringen. Sie engagieren sich, wie es auch im Freiwilligen-Survey beschrieben wird, kurzfristiger und fragen danach, was für einen Nutzen sie persönlich davon tragen.

Engagementbereich: Kultur und Weltanschauung

An vorderer Stelle stehen in den Vereinen Tätigkeiten, die als Vermittlung der eigenen Kulturgüter und der Weltanschauung anzusehen sind. Dazu gehören die Pflege der Heimatsprache, Gebräuche und Kulturgüter. Sprachkurse

werden in den unterschiedlichsten Formen von Freiwilligen durchgeführt. Dies geschieht in der Regel durch die Aktivierung der eigenen Ressourcen.

Der Kroatische Kulturverein hat sich beispielsweise zum Ziel gesetzt, einmal jährlich ein großes Konzert mit international bekannten kroatischen Künstlern durchzuführen. Verstärkt wird nach Traditionen der Heimatländer gefragt, so im Fall einer professionellen Altenpflegerin, die in der Türkei herausfand, dass durch die frühe Pensionierung von Männern und Frauen ein hohes Potential und Engagement im Sozialbereich bestehen.

Der Erhalt der eigenen Religion spielt bei muslimischen Gruppierungen eine zentrale Rolle. Folglich ist hier das Engagement auch mit am größten. In Reutlingen engagieren sich die Muslime in Richtung auf einen interreligiösen Dialog und setzen sich für Aufklärung und Informationen ein. Sie öffnen ihre Moschee an Tagen der offenen Tür und laden Kindergruppen der Volkshochschule in die Moschee ein. Nach dem 11. September 2001 erkannten sie, dass ein Aufeinanderzugehen für ein friedliches Zusammenleben zwingend notwendig ist, da sie als Muslime in Deutschland „keine Touristen sind“ und hier als Muslime leben, anerkannt sein und auch bleiben wollen.

Engagementbereich: Soziales

Für den Erhalt von sozialen Kontakten werden viele Formen von Tätigkeiten im Vereinsleben geplant und durchgeführt. Die Vereinshäuser stehen während der Woche ihren Mitgliedern zur Verfügung. Sie haben den Charakter von Gaststätten, in denen es zu geringen Kosten Speisen und Getränke zu kaufen gibt. Für diese Tätigkeiten – das Einkaufen, Verwalten, Zubereiten und den Verkauf – stellen sich Freiwillige zur Verfügung. „Du hilfst und Dir wird geholfen“ ist das Motto. Die restriktive Ausländergesetzgebung, die Sprachschwierigkeiten, der enorme bürokratische Apparat sowie die Übergriffe von Rechtsradikalen, so eine Migrantin, alles das zwingt, die Hilfe anderer in Anspruch zu nehmen, die ähnliche Situationen kennen. In sozialen Zusammenhängen würde man bei Krankheit, Kinderbetreuung, Behördengängen, Übersetzungen usw. für den anderen da sein.

Engagementbereich: Beratung und Bildung

In vielen Vereinen werden die Mitglieder in unterschiedlichen Formen in Fragen des Lebens beraten. Der Beratungsbedarf nimmt immer mehr zu, je mehr sich für einige Gruppierungen unter den Migrantinnen und Migranten die Lebenslage verschlechtert oder neue Probleme, wie zum Beispiel das Alter, hinzukommen. In den Gesprächen mit älteren Migrantinnen und Migranten blieb das Gespräch häufig bei dem Thema der Versorgung wegen des hohen Interesses im Alter stehen. Da viele hier ihren Lebensabend verbringen werden, brauchen sie gezielt Unterstützung und Informationen. Häufig stehen sie deutschen Beratungsinstitutionen skeptisch gegenüber oder haben keine genauen Informationen. Sie nehmen Beratung eher an, wenn sie über die eigenen Vereine und die Gemeinde läuft.

Frauen, zum Teil ohne Berufsausbildung und mit geringer sozialer Absicherung, haben auch aufgrund der Einkommenssituation der Familien einen erhöhten Qualifizierungs- und Bildungsbedarf. Die „Kosmopolitischen Frauen“ stellen sich der Aufgabe und bieten von Alphabetisierungskursen bis zu PC-Kursen für diese Frauen ein reichhaltiges Angebot in multikultureller Form an. Diese Vereinigung ist wie viele andere für Migrantinnen ein geeigneter Ort, an dem niedrigschwellige Angebote gemacht werden oder auf andere hingewiesen wird. Bei diesen Gruppen zeigt sich ein sehr hoher und nicht befriedigter Bedarf, der aber an die Grenzen des freiwilligen Engagements und der Vereine heranreicht.

Die Vereine können als Brückenköpfe für Beratungsangebote deutscher Institutionen betrachtet werden.

Engagementbereich: Leitung, Organisation und Finanzen

Migrantenvereine leben vielfach immer noch von den „Hochengagierten“, wie sie im Freiwilligen-Survey (2001) bezeichnet werden. Sie erübrigen den größten Teil ihrer Freizeit für die Arbeit in dem Verein, manchmal sogar zu Lasten ihrer Beziehungen. Sie befürchten, dass Vereine in ihrer Existenz gefährdet sind, wenn sie ihre Tätigkeit einstellen.

Hinzu kommt das zunehmende Problem der Finanzierung. Es wird immer schwerer, an die unterschiedlichen Finanzierungsmittel von Kommunen, der EU und von Sponsoren heranzukommen. Die Beantragung erfordere hohen Aufwand und lange Wartezeiten. Eine Erhöhung von Mitgliederbeiträgen sei nicht möglich. Zu den Aufgaben der Leitung gehören auch die Beschaffung und Ausgestaltung von Räumen. Dies ist bei den verlangten Mieten selbst in Städten fernab der Ballungszentren ein Problem. In schlechtem Zustand befindliche Räume werden angemietet, Sponsoren und Materialien werden gesucht, und die Räume werden in Eigeninitiative ausgestaltet und renoviert.

Moscheevereine haben mit viel Eigeninitiative große Gebäudekomplexe errichtet. Sie erhalten keinerlei Zuschüsse von deutscher Seite. Daran wird das hohe Engagement der Gemeindemitglieder deutlich. In Kommunen wird vielfach gegen den Widerstand der Kommunen unter Ausschöpfung aller rechtlichen Mittel der Bau von Moscheen erstritten; zusätzliches Engagement ist gefragt.

Engagement in Treffpunkten der Wohlfahrtsverbände und Kommunen

Nach dem Freiwilligen-Survey verfügen Ältere im „dritten Lebensalter“ über ein hohes Potential für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe. Die Gruppierungen für Menschen im „dritten Lebensalter“ sind unter dem „Dach“ der Wohlfahrtsorganisationen angesiedelt oder befinden sich als eingetragene Vereine in freier Trägerschaft. Die Treffen von älteren Migrantinnen und Migranten finden häufig dreimal in der Woche statt und sind sehr besucht. Die Teilnehmer reisen aus dem ganzen Stadtgebiet an, einige kommen sogar von außerhalb und nehmen somit lange Fahrtzeiten auf sich. Geburtstage und

Feste werden gemeinsam gefeiert. Die Gruppen mit einem Stamm von etwa 30 bis 50 Personen sind ethnisch sehr homogen, haben einen hohen inneren Zusammenhalt und große Vertrautheit. Sie gehören zu den Arbeitsmigrantinnen und -migranten der ersten Generation. Die Einkommenssituation der Mitglieder ist in der Regel nicht ausreichend, viele leben auf Sozialhilfeniveau oder erhalten ergänzende Sozialhilfe.

Unter diesen Gruppen befindet sich eine Reihe von alleinlebenden Frauen. Die Kinder sind vielfach schon ausgezogen. In der ursprünglichen Heimat sind sie mittlerweile Fremde geworden. Das „Drama“ von einigen besteht darin, dass sie ihr ganzes Ersparnis und häufig auch noch eigene Arbeitsleistungen im Urlaub in den Bau eines Hauses im Herkunftsland hineingesteckt haben. Aber ihre Rückkehrabsichten haben sich auch wegen der besseren Gesundheitsversorgung in Deutschland geändert. Obwohl sie der ersten Generation der Arbeitsmigrantinnen und -migranten angehören, sprechen viele sehr schlecht Deutsch. Einige führen das darauf zurück, dass sie sich nach der Arbeitsphase jetzt fast nur noch in der Lebenswelt der eigenen Nationalität bewegen. Wie groß aber die Verbindung zu ihrer zweiten Heimat ist, zeigt sich darin, dass sie auch hier beerdigt werden wollen. Die Gruppen werden mit einer Ausnahme von Angehörigen der eigenen Nationalität geleitet.

Durch die Dominanz einer Sprache und einer Kultur hat es sich nach Angaben der Gruppen als schwierig erwiesen, andere Nationalitäten zu integrieren. Obgleich die Treffpunkte neben oder sogar in Einrichtungen der Altenhilfe liegen, die von Deutschen besucht werden, gibt es hier die größten Abgrenzungen und Konflikte. Integrationsprozesse finden in den Gruppierungen durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus sehr unterschiedlichen Regionen statt. Die Kontakte zu der Gruppierung sind in der Regel die einzigen zu einer Gruppe. In den Treffpunkten spiegeln sich zum Teil tradierte Geschlechterrollen wider. Bei drei der Gruppierungen waren es überwiegend Frauen, bei den türkischen waren es nur Frauen, die sich treffen.

Freiwilliges Engagement und Funktion der Gruppen

Sicherheit, Schutz und Akzeptanz erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dort unter Gleichgesinnten. Dies ist insbesondere für ältere Menschen wichtig, wenn man sich die immer wieder aufgebauchten Nachrichten über die Sicherheit in den Städten vergegenwärtigt. Die Gruppentreffen haben eine große Bedeutung für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die in den Nachbarschaften unter Deutschen eher isoliert sind. Bei der „Missione catholica“ besteht darüber hinaus ein Besucherdienst von freiwilligen älteren italienischen Migrantinnen und Migranten im dritten Lebensalter, die von einer professionellen Fachkraft angeleitet werden. Durch die erfolgreiche Kooperation erhalten die Migrantinnen und Migranten Anleitung, Unterstützung und können ihre Erfahrungen reflektieren. Falls weiterer Hilfebedarf besteht, wird dieser organisiert.

Bei der **Bewältigung des Alltags** durch den gegenseitigen Austausch und die Vermittlung von Informationen haben die Gruppentreffen eine präventive

Funktion vor allem durch das Aussprechen von Problemen, die belastend sind. Hier erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Zuwendung durch Anteilnahme und konkrete Unterstützungsleistungen im alltäglichen Leben über Hilfe zur Selbsthilfe.

Die **Mobilität** in geistiger, sozialer und körperlicher Hinsicht wird gefordert und bleibt länger erhalten. Menschen, deren physische und psychische Kreise im Alter enger werden, erhalten hier vielfältige Anregungen, „tun etwas für sich und andere“. Es werden Anforderungen an sie gestellt, und die Treffen geben ihrem Alltag eine Struktur und ihrem Tag einen Sinn.

Die eigene **Identität** als Grundlage psychosozialer Stabilität wird durch die Treffen der älteren Migrantinnen und Migranten unter ihresgleichen gefördert. Denn Identität ist gerade bei älteren Menschen mit der Zugehörigkeit zu einer Nationalität verbunden. Aufgrund psychischer Alterungsprozesse gewinnen die Wurzeln der eigenen Geschichte wieder an Bedeutung.

Freiwilliges Engagement und Professionalität

Die Beschreibung der Aktivitäten des „Internationalen Frauenzentrums“, der „Kosmopolitischen Frauen“ und eines Gewerkschaftsmitgliedes zeigen auf, wie stark das Engagement der Gruppierungen von einzelnen Personen abhängig ist. Diese Biographien zeigen, dass freiwilliges Engagement bei den Angehörigen höherer Bildungsschichten häufiger vorkommt und dass sich aus freiwilligem Engagement für ein Anliegen berufliches Engagement und Berufstätigkeit entwickeln können. Bei ihnen durchzieht das freiwillige Engagement mit den dahinter stehenden und gelebten Werten ihre Biographie und ihre Berufstätigkeit wie ein roter Faden. Es wird deutlich, dass das freiwillige Engagement seine Wurzeln in der Familie und den dort erfahrenen Werten hat.

Ehrenamtliches Engagement in Ausländerbeiräten und in Bereichen der Politik

Die im Rahmen der Recherche erhaltenen Informationen über das Engagement in Ausländerbeiräten führten zu einem insgesamt wenig erfreulichen Ergebnis. Die rechtliche Stellung und damit auch die Einwirkungsmöglichkeiten der Beiräte werden als sehr einschränkend erlebt. Vielfach haben sie kein Anhörungsrecht und kaum Einflussmöglichkeiten. Die Migrantinnen und Migranten haben den Eindruck, dass eine wirkliche politische Vertretung nicht gewollt ist. Sie fordern deshalb eine rechtliche Aufwertung, weil alle kommunalen Fragen auch immer Migrantinnen und Migranten betreffen.

Migrantinnen und Migranten beteiligen sich in hohem Maß im Rahmen der Gewerkschaftsorganisationen und ihrer Aktionen. In Reutlingen und in anderen Städten sind Migrantinnen und Migranten in großem Umfang in Gewerkschaften organisiert und nehmen an deren Veranstaltungen und Aktionen teil. Auch Aktionen gegen den Rassismus, häufig mitverantwortet von den Gewerkschaften, sind Bereiche ihres Engagements.

Trotz der einschränkenden Bedingungen gibt es sehr positive Beispiele von lang anhaltendem und erfolgreichem politischem Engagement. Ein ehemaliger „Gastarbeiter“ hat als Gewerkschaftler in seiner 35-jährigen Berufstätigkeit eine beispielhafte Karriere innerhalb der Gewerkschaft vollzogen. Er gelangte bis in den Vorstand einer großen Gewerkschaft und ist heute immer noch im politischen Bereich auf Bundesebene aktiv. Sein Engagement resultierte aus dem Motiv der Gleichberechtigung und Gleichstellung der ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sein Ausspruch: „Wir sind nicht behindert, nicht alt und auch keine Kinder, wir wollen selber mitreden!“ drückt die Zielrichtung seiner Handlungen aus.

Dass es immer noch so wenige sind, begründet eine Migrantin damit, dass es nicht der Traum von Migrantinnen und Migranten sei, sich freiwillig in ihren Stadtteilen zu betätigen. Die Fragen, die sie brennender interessieren, betreffen ihre Rechte, den Aufenthalt, den Arbeitsplatz und die Restfamilie in ihrer Heimat. Das bürgerschaftliche Engagement sei an die Bürgerschaftsrechte geknüpft. Diese hätten Migrantinnen und Migranten nicht, und somit wäre auch keine Chance da, Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen.

Motive zum freiwilligen Engagement

Im Freiwilligen-Survey werden die Motive in der folgenden Rangreihe dargestellt:

- Spaß haben (definiert als Steigerung der Lebensfreude und Lebensqualität)
- Auf sympathische Menschen treffen
- Anderen Menschen helfen
- Etwas für das Gemeinwohl tun
- Kenntnisse und Fähigkeiten erwerben und anwenden
- Eigene Verantwortung und Entscheidungsspielräume entwickeln
- Anerkennung finden
- Eigene Interessen vertreten
- Eigene Probleme lösen
- Beruflichen Nutzen haben

Bei der deutschen Bevölkerung werden die Erwartungen im Hinblick auf „**Spaß haben**“ und „**auf sympathische Menschen treffen**“ am ehesten erfüllt. In den Bereichen „**Kenntnisse und Fähigkeiten erwerben und anwenden**“, „**Verantwortung und Entscheidungsspielräume entwickeln**“, „**etwas für das Gemeinwohl tun**“ und „**anderen Menschen helfen**“ zeigen sich nach dem Freiwilligen-Survey Defizite.

Bei den Treffpunkten der Menschen im dritten Lebensalter spielen für die Migrantinnen und Migranten die beiden ersten Kategorien, „**Spaß haben**“ und „**auf sympathische Menschen treffen**“, eine große Rolle. Ältere Migrantinnen und Migranten, die ihr Leben lang gearbeitet haben, wünschen

sich Lebensfreude und Lebensqualität. Sie haben es geschafft, sich eine kleine, meist bescheidene Existenz aufzubauen, und möchten in der überwiegenden Mehrheit ihr Leben genießen. Auch die Treffen in den Vereinen haben vielfach dieses Motiv als Grundlage. Man ist unter Gleichgesinnten, die im wahrsten Sinne des Wortes „die gleiche Sprache sprechen“.

Bei den ausländischen Vereinen liegt das Motiv „**eigene Probleme lösen**“ mit an vorderer Stelle – bei deutschen Freiwilligen steht es an vorletzter Stelle. Diese eigenen Probleme sind ganz handfeste: einen Ort für die eigene Existenz auf der Welt zu finden, Akzeptanz und Anerkennung, Schutz und Sicherheit und die eigene Identität und Würde bewahren zu können. Dafür sind Migrantinnen und Migranten bereit, sich in hohem Maße zu engagieren.

Auch das familiäre und nachbarschaftliche Leben ist von dem Motiv „**eigene Probleme lösen**“ bestimmt: Das ist Selbsthilfe, die tagtäglich geleistet wird. Auch das Motiv „**Anerkennung finden**“ spielt bei Migrantinnen und Migranten eine große Rolle. Die Art der Anerkennung, um die es den Migrantinnen und Migranten geht, ist grundsätzlicher Art: rechtliche Anerkennung, Anerkennung als Mensch mit Aufenthaltsrecht und nicht als Abschiebeobjekt, Anerkennung als Arbeiter mit Vertretungsrechten, Anerkennung als Mensch mit einer bestimmten Religion.

Aber auch die anderen Motive kommen ins Spiel, wie „**anderen Menschen helfen**“. Hilfe für andere ist selbstverständlich und spielt bei Migrantinnen und Migranten eine größere Rolle als in der von Individualismus bestimmten Kultur der hochindustrialisierten Länder. Migrantinnen und Migranten betonen häufig, dass einige der hier gelebten Werte ihnen sehr fremd sind.

Der Erhalt der eigenen **kulturellen Identität** erscheint als ein sehr tragendes Motiv, welches im Freiwilligen-Survey nicht vorkommt. Wollte man Migrantinnen und Migranten ihre kulturelle Identität nehmen, bedeutete dies ihnen ihre Persönlichkeit zu nehmen und den Verlust der eigenen Geschichte. Dieses Motiv, Identität zu bewahren, ist eines der tragendsten, welches gerade dann ins Spiel kommt, wenn sie bedroht ist. Identität ist für viele mit der nationalen und der religiösen Identität verknüpft, weil damit halt- und zielgebende Werte verbunden sind.

Integrationsverständnis und freiwilliges Engagement

Das freiwillige Engagement der Migrantinnen und Migranten wird von deutscher Seite unter dem Aspekt des Bemühens um Angleichung an unsere Kultur und ihre Ausdrucksformen betrachtet. So waren 60 Prozent der Deutschen noch 1996 der Meinung, dass sich die Ausländer stärker an unseren Lebensstil anpassen sollten. Innerhalb der türkischen muslimischen Gemeinde wird deutlich, dass die Repräsentanten Deutschland als ihr Land ansehen, in dem sie bleiben und leben wollen. Die Aussage, „Wir sind doch keine Touristen, wir lernen Deutsch!“, bestätigt diese Tendenz. Auf die Frage, wer sie sind und wie sie sich fühlen, wird geantwortet, dass sie beides sind, Ausländer und Deutsche. Eine junge Frau der zweiten Generation antwortete auf die Frage:

„Je nachdem, wo ich bin, einmal bin und fühle ich mich als Türkin, ein anderes Mal als Deutsche.“ Knapp 40 Prozent der ausländischen Bevölkerung fühlen sich mit beiden Nationalitäten verbunden. Eine Spanierin drückte ihre Auffassung für ihre Landsleute aus: „Ihr Deutschen sollt endlich kapieren, dass wir beides sind, Spanier und Deutsche!“

Die Bereitschaft zum Engagement hängt in besonderer Weise von den Möglichkeiten des politisch Tätigwerden-Könnens, genauer: der aktiven Einflussnahme ab. Wenn sich Freiwillige in diesem Bereich aktiv engagieren und etwas bewegen und erreichen können, ist von einer in einem hohen Ausmaß gelungenen Integration auszugehen.

Viele Muslime und Spätaussiedler fühlen sich nicht von der Aufnahmegesellschaft akzeptiert. Sie werden nicht als Individuen gesehen und akzeptiert, sondern als Angehörige einer Gruppe definiert. Sie werden ausgegrenzt, und sie grenzen als Reaktion sich zum Teil auch selbst aus. Bestenfalls lässt sich hier von einem pluralen Integrationsvorgang sprechen, bei dem die andere Gruppe „in Ruhe gelassen wird“ und es dann nur noch ein Nebeneinanderher-Leben gibt.

Migrantenorganisationen wissen zunehmend von den Mitteln des Rechtsstaates Gebrauch zu machen. Sie setzen Rechtsansprüche durch, die ihnen häufig zu Unrecht verwehrt werden. Das Erstreiten von zustehenden Rechten ist in einem Rechtsstaat auch als Indiz einer zwar nicht optimal verlaufenden, aber doch gelungenen Integration anzusehen, bei der freiwilliges Engagement eine große Rolle spielt.

Resümee: Freiwilliges Engagement von Migrantinnen und Migranten

Das freiwillige Engagement ist von vielen Faktoren auf lokaler, auf Landes- und Bundesebene abhängig. Änderungen auf diesen Ebenen sind langfristig zugunsten der Migrantinnen und Migranten und damit des freiwilligen Engagements anzustreben. Im Sinne des aktivierenden Staates heißt dies „fördern“. Von Migrantinnen und Migranten ist, wie auch von allen anderen Gesellschaftsmitgliedern, zu „fordern“, sich selbst für ihre Belange durch freiwilliges Engagement einzusetzen. Dabei ist zu beachten, dass sie durch die Einwanderungssituation in einer hochindustrialisierten Gesellschaft leben und nicht überfordert werden dürfen.

Die Rechtsstellung aller Migrantinnen und Migranten auf der kommunalen Ebene ist zu verbessern, und auf Bundesebene ist die EU-Antirassismusrichtlinie in Deutschland umzusetzen. Für ihre praktische Arbeit benötigen Ausländerbeiräte Qualifizierung im Hinblick auf Verwaltungsaufbau, -abläufe und Entscheidungsfindung. Auf Bundesebene verlangen die Migrantenorganisationen die versprochene Unterstützung ihrer Arbeit und der Organisation. Der negative Kreislauf von fehlender Beteiligung durch fehlende Mittel für die sie betreffenden Themen ist zu beenden.

Verschiedene Maßnahmen des Bundes, der Länder und Kommunen, wie zum Beispiel das Gemeinschaftsprojekt „Soziale Stadt – Stadtteile mit besonde-

rem Entwicklungsbedarf“, haben gezeigt, dass sich auch für Familien durch Entwicklungsmaßnahmen unter Einbeziehung der Betroffenen sozialstrukturelle Verbesserungen vor Ort erreichen lassen. Die Potentiale für freiwilliges Engagement der Familien und der Nachbarschaften werden erschlossen und Segregation mit ihren Folgekosten verhindert. Diese Maßnahmen sind dann erfolgreich, wenn im Sinne von sozialräumlichen Ansätzen die Migrantinnen und Migranten von Anfang an mit ihrem Engagementpotential in die Arbeit einbezogen werden.

Migrantinnen und Migranten sind auf kommunaler Ebene von Anerkennung und Unterstützung für ihre Aufgaben abhängig. Sie erleben demgegenüber häufig Behinderung oder Missachtung ihres Engagements. Weil sie nicht über die Ressourcen und das „humane Beziehungskapital“ verfügen, benötigen sie Unterstützung für ihre Organisation, Hilfen bei der Raumbeschaffung und eine über die Projektfinanzierung hinausgehende dauerhafte und zeitgerechte Vergabe von Mitteln. Sie sind durch fehlende eigene Ressourcen schnell in ihrer Existenz gefährdet. Sie erwarten, frühzeitig und gleichberechtigt an den sie betreffenden Angelegenheiten beteiligt zu werden. Gerade im Bereich der älteren Migranten können Migrantenorganisationen wichtige Vermittlungs- und Unterstützungsfunktionen wahrnehmen, weil ein Teil ihrer Klientel über sie leicht erreicht werden kann. Außerdem treten dann nicht die kulturspezifischen Differenzen in der Versorgung älterer Migrantinnen und Migranten auf.

Netzwerke auf dem Land sind in einem latent feindlichen Milieu eine Organisationsform, die Ressourcen bündelt, Vereinzelung und Konkurrenzen zwischen den beteiligten Gruppierungen mindert und Synergieeffekte schafft. Die eindeutige Unterstützung durch die politischen Repräsentanten schafft ein Klima, in dem sich die Migrantinnen und Migranten und ihre Organisationen gestärkt fühlen und rassistische Kräfte unterdrückt werden. Sie fördert die Kräfte der Migrantinnen und Migranten und ihrer Organisationen zu freiwilligem und integrativem Engagement.

Auf allen politischen und fachlichen Ebenen ist es erforderlich, nicht über Migrantinnen und Migranten, ihre Lebenssituation und ihr freiwilliges Engagement zu reden, sondern mit ihnen in einen Dialog zu treten und die dafür notwendigen Strukturen zu schaffen. Das Bewusstsein ist notwendig, dass wir als Angehörige des Aufnahmelandes von deren Herkunftsländern nicht nur die kulinarischen Errungenschaften lernen können. Interkulturelles Lernen und interkulturelle Kompetenzen sind eine Voraussetzung für den sozialen Zusammenhalt in der globalisierten Welt.

Die Arbeit mit Migrantinnen und Migranten darf in der Gesellschaft nicht abgespalten und delegiert werden auf einige Organisationen und engagierte Personen und somit von einer Aufgabe entlasten, die alle angeht. Innerhalb der Organisationen dürfen sich nicht die gleichen Prozesse vollziehen, sondern Migrationsarbeit ist als eine Aufgabe für alle Professionellen anzusehen.

Von einigen Vertreterinnen und Vertretern der Verbände wird selbstkritisch diskutiert, dass zum Teil innerhalb der Organisationen Konzepte und Strukturen bestehen, die das freiwillige Engagement im Allgemeinen und das der Migrantinnen und Migranten nicht voll ausschöpfen. Dies verhindert, einerseits mit kreativen Lösungen das Solidaritätspotential der Gesellschaft zu erschließen und andererseits die individuellen Ressourcen der Klienten herauszufordern. Zudem ist vielfach eine Fokussierung auf die Defizite vorzufinden, das Andere und Fremde ist besonders in Gefahr, diskriminiert zu werden.

In dem verstärkt stattfindenden Wettbewerb der Anbieter von Leistungen auf der kommunalen Ebene mit Leistungsbeschreibungen, Leistungsverträgen, Evaluation der Qualität und der Ergebnisse liegt eine Möglichkeit, auch das Engagement und die Partizipation von Migrantinnen und Migranten stärker einzubeziehen. Die Umsetzung der Antirassismusrichtlinie und des Wettbewerbsrechtes der EU birgt jenseits aller kritischen Einwendungen und Befürchtungen die Chance einer stärkeren Partizipation und Stärkung von Migrantinnen und Migranten und ihrer Selbstorganisationen. Neue engagementfreundliche Konzepte und damit ein entsprechendes Selbstverständnis der professionellen Rollen in der sozialen und kulturellen Arbeit sind zu entwickeln und anzuwenden. Dazu sind die Beteiligten zu qualifizieren.

Best Practice-Modelle von freiwilligem Engagement von Migrantinnen und Migranten sind auf allen Ebenen medien-, öffentlichkeits- und werbewirksam vorzustellen.

Forschung ist unter Einbeziehung der Vertreter von Migranten und ihren Selbstorganisationen auch auf Bundesebene verstärkt zu unterstützen.

III. Anforderungen an die Politik

Prof. Dr. Stefan Gaitanides, Fachhochschule für Sozialarbeit, Fachbereich Sozialpädagogik, Frankfurt am Main

Freiwilliges Engagement und Selbsthilfepotential von Familien ausländischer Herkunft und Migrantenselbstorganisationen – Anforderungen an die Politik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene

In meinem Beitrag werde ich drei Bereiche von Selbsthilfe und Freiwilligenaktivitäten erörtern. Ich werde mich

mit den Selbsthilfepotentialen der Familien und des Verwandtschaftssystems beschäftigen

und

mit der Frage der Beteiligung an Gruppen und Initiativen im Bereich gemeinwesenorientierter ehrenamtlicher Hilfsdienste und im posttraditionalen Selbsthilfebereich (damit meine ich: Selbsthilfegruppen im Gesundheitswesen, autonome Frauengruppen, Selbsthilfeinitiativen von Senioren usw.);

schließlich werde ich mich

mit den Migrantenselbstorganisationen befassen – mit den meist monoethnisch zusammengesetzten Kultur- und Elternvereinen, mit den regionalen und religiösen Vereinigungen usw.

Familiäre und verwandtschaftliche Selbsthilfe

Das große Verdienst des Sechsten Familienberichtes ist es, das stereotype, überwiegend negativ wertende Bild von der typischen Migrantenfamilie gründlich in Frage gestellt zu haben. Es ist dies das Stereotyp von den extrem patriarchalen Familienstrukturen und dem daraus abgeleiteten Kulturkonflikt, der auf dem Rücken der nachwachsenden Generationen ausgetragen wurde.

Dieses auf allen Diskursebenen verbreitete Image der Einwandererfamilien blendet ihre enormen Anpassungsleistungen aus und ignoriert ihren Beitrag zur gesellschaftlichen Integration.

Die im Familienbericht ausgewerteten empirischen Untersuchungen weisen auf ein Klima zwischen den Ehepartnern und Generationen, das eher als empathisch und kooperativ, denn als distanziert, machtbetont und sehr konflikthaft bezeichnet werden kann.

Im Gegensatz zur Kulturkonflikthypothese scheinen die wertemäßige Übereinstimmung und die Konsistenz der wechselseitigen Wahrnehmung

zwischen den Generationen eher groß. Dabei findet eine wechselseitige Beeinflussung statt.

Die Kinder sind nicht auf allen Gebieten so „modernisiert“ wie oft unterstellt. So teilen die Kinder den elterlichen Familiensinn und die Bereitschaft zur gegenseitigen Verpflichtung, zur Unterstützung der Eltern im Alter und in Notsituationen. Dies unterscheidet sie von der deutschen Vergleichsgruppe, bei der weder Eltern noch Kinder solche Unterstützungsleistungen erwarten beziehungsweise sich zumuten.

Auf der anderen Seite sind die Eltern nicht so vorgestrig und starr an die kulturellen Traditionen gebunden, wie dies das Klischee unterstellt. Die Generationen vollziehen den sozialen Wandel „im Konvoi“ – wie die Familienforscher sich in einem treffenden Bild ausdrücken (BMFSFJ 2000, 6. Familienbericht, S. 109).

Die in den Untersuchungen zum Familienbericht zu Tage tretende starke Familiensolidarität wurzelt nicht nur in den Traditionen, sie ist auch in der Minderheitensituation begründet.

Für gesellschaftlich wenig angesehene und benachteiligte Gruppen gewinnt die Familie eine besondere Bedeutung als sozialer und psychischer Stützpunkt.

Für diese Hypothese spricht auch der höhere Grad wechselseitiger Empathie im Vergleich zu den im Herkunftsland Türkei untersuchten Familien (Nauck 2000, S. 388).

Durch die Schrumpfung der verwandtschaftlichen und nachbarschaftlichen Netzwerke in der Migrationssituation wächst die wechselseitige Angewiesenheit der Mitglieder der Kernfamilie. Es verdichten und intimisieren sich die familiären Interaktionen, und die Beziehungen orientieren sich auch wegen der Abnahme der sozialen Kontrolle weniger an rigiden Rollenstrukturen.

Interessant ist auch die Feststellung des Familienberichtes, dass die verwandtschaftlichen Netzwerke der Migranten eher geschwisterlich affiliiert sind als patrilinear, da die Großeltern meist im Heimatland geblieben sind, wodurch die auf die Alten fixierte Konkurrenz unter den eingewanderten Geschwistern, Cousinen und Cousins abgemildert wird.

Die Geschwistersolidarität scheint sich auch auf die nachwachsenden Generationen zu übertragen. Mehr als die Hälfte der Jugendlichen nennen Geschwister als enge Bezugspersonen – auch wenn diese schon ausgezogen sind (BMFSFJ 2000, 6. Familienbericht, S. 114).

Zusammenfassend lassen sich die Unterstützungspotentiale der Migrantenfamilien folgendermaßen differenzieren.

- Die Familienmitglieder unterstützen sich materiell in einem hohen Maße wechselseitig:
 - Die Eltern finanzieren die weiterführende Ausbildung maßgeblich – FH-Studenten mit Migrationshintergrund finanzieren ihr Studium zu 48

Prozent durch elterliche Zuwendungen (Deutsche nur zu 26 Prozent). 54 Prozent leben im Haushalt der Eltern (Deutsche: 33 Prozent) (Gaitanides/ Kirchlechner 1996, S. 72).

- Viele Eltern kaufen ihren Kindern in der Studien- beziehungsweise Familiengründungsphase Wohnungen.
- Sie stellen ihre Ersparnisse für Versuche der Kinder, sich selbstständig zu machen, zur Verfügung.
- Die Kinder sind bereit, ihre Eltern im Alter – respektive in Notsituationen – mit hohen Summen zu unterstützen (Nauck 2000, S. 368 f.).
- Die verwandtschaftlichen Netzwerke stellen ein „soziales Kapital“ dar – durch die Vermittlung von Wohn-, Ausbildungs-, Arbeitsgelegenheiten (unter Umständen bundesweit und transnational).
- Kinder sind wichtige Integrationshelfer. Sie vermitteln sprachliches und Orientierungswissen an die sprachunkundigere Elterngeneration. Sie übersetzen bei Ärzten und Behörden.
- Die protektive Zuwendung der Familienmitglieder und die Verlässlichkeit der Familiensolidarität wirken psychosozial stabilisierend.
- Die Familie ist eine wichtige moralische Stütze bei der Bewältigung von Diskriminierungserfahrungen.
- Befriedigt werden auch emotionale Kommunikationsbedürfnisse, die in einer stark individualisierten und funktional differenzierten Gesellschaft zu kurz kommen und deren Befriedigung für die Regeneration der Antriebskräfte fundamental ist.

Es liegt mir fern, hier ein romantisierendes Bild der „heilen Migrantenfamilie“ zu zeichnen.

Als Soziologe verschließe ich die Augen nicht vor den Individualisierungszwängen unserer hochkomplexen, funktional ausdifferenzierten Gesellschaft, die vor den Migrantenfamilien nicht halt machen. Dies zeigt sich unter anderem an der zunehmenden Isolation älterer Migranten und von geschiedenen beziehungsweise alleinerziehenden Frauen.

Und natürlich gibt es auch viele Familien, deren rückwärtsgewandte Problembewältigungsmuster dysfunktionale Auswirkungen auf die Entwicklungschancen der Kinder haben. Aber es ist falsch, den Eindruck zu verallgemeinern, den diese problematischen – oft aus Hilflosigkeit starr an Traditionen festhaltenden – Familien vermitteln. Sie sind es aber in erster Linie, die im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen.

Partizipation an Freiwilligenorganisationen der Mehrheitsgesellschaft

Eine Integration der Migranten in die Freiwilligenarbeit und Selbsthilfeansätze der Mehrheitsgesellschaft scheint bisher nicht stattgefunden zu haben. Hierzu gibt es allerdings keine verlässlichen statistischen Angaben.

Nur drei Prozent der beim Freiwilligen-Survey von 1999 Befragten waren ausländische Staatsangehörige – mit Telefonanschluss und der deutschen Sprache ausreichend mächtig (bei einem Bevölkerungsanteil von neun Prozent). Wohl wegen dieser systematischen Unterrepräsentation wurde die Variable „Befragte mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit“ nicht ausgewertet (BMFSFJ 2000b, Band 3, S. 361, Anm. 1).

- Nur sehr selten finden sich Personen mit Migrationshintergrund in den traditionellen Freiwilligenorganisationen (freiwillige Feuerwehr, Rettungsdienste, Pflege des lokalen Kulturgutes usw.).
- Ebenso selten finden sich Migranten in den Gruppen der neueren Selbsthilfebewegung – den Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich, der Behinderten, der Homosexuellen usw., kaum auch bei den Umweltschutzgruppen (Greenpeace) oder den Menschenrechtsgruppen (amnesty international).
- Relativ stark ist die Teilnahme – vor allem jüngerer Migranten der zweiten Generation – an bestimmten Sportvereinen (Fußball, Kraftsport, Boxen usw.). Allerdings sind sie auch dort im ehrenamtlichen Funktionärskörper unterrepräsentiert. Experten berichten über eine Abwanderung der Jugendlichen in ethnische Sportvereine aufgrund klimatischer Unzufriedenheiten. In der übrigen verbandlichen Jugendarbeit sind Migrantenjugendliche stark unterrepräsentiert, und dies trifft nicht nur für die christlichen Verbände zu (Gaitanides 1999, S. 129 f.).

Zur Beurteilung der starken Unterrepräsentation von Migranten in den Freiwilligenorganisationen der Mehrheitsgesellschaft kann ich wegen der Forschungsdefizite nur Vermutungen äußern beziehungsweise Schlussfolgerungen aus den allgemeinen Erkenntnissen des Freiwilligen-Surveys ziehen:

- Die Kommunikation in vielen traditionellen Freiwilligenorganisationen – wie Feuerwehren, Rettungsdiensten, Vereinen zur Erhaltung des lokalen Kulturgutes – ist durch eine starke Gruppenidentität gekennzeichnet, die mit hohen Konformitätserwartungen und unter Umständen auch mit unterschwelligen ethnisch-kulturellen Zugehörigkeitsdefinitionen verknüpft sein kann. Dadurch wirken diese Gruppierungen besonders auf Einwanderer wie „geschlossene Gesellschaften“.
- Die geringen informellen Kontakte und Freundschaftsbeziehungen zu den Mitgliedern der Mehrheitsgesellschaft blockieren den wichtigsten Rekrutierungspfad für Freiwilligenorganisationen. Die meisten „Neuen“ werden – nach den Ergebnissen des Freiwilligen-Surveys – über persönliche Ansprache der bereits Engagierten in ihrem Bekannten- und Freundeskreis angeworben (BMFSFJ 2000b, Band 1, S. 24).
- Das vergleichsweise geringere, an die Allgemeinheit gewendete Engagement – jenseits von Selbstsorge und der Organisation von Gruppeninteressen – spiegelt aber auch den unterprivilegierten Sozialstatus des überwiegenden Teils der Migranten wider. Wie der Freiwilligen-Survey belegt, steigt das bürgerschaftliche Engagement mit dem Bildungs- und

Beschäftigungsstatus. Ganz besonders hoch ist es bei Angehörigen des öffentlichen Dienstes, bei dem die Migranten extrem unterrepräsentiert sind (3 Prozent). Sozial benachteiligte Schichten sind viel stärker als bessergestellte durch die Bewältigung ihrer Alltagsprobleme absorbiert (BMFSFJ 2000b, Band 1, S. 60 f.). Im Umkehrschluss ist durch die zunehmende Schichtdifferenzierung der eingewanderten Gruppen längerfristig mit einer Zunahme des Freiwilligenengagements zu rechnen. Bei einer jüngeren Untersuchung in Berlin zeigte sich bereits ein bisher noch ungenutztes Potential für die Freiwilligenarbeit bei Migranten mit einem höheren Bildungsgrad (AriC 2001).

- Die modernen Selbsthilfegruppen im Gesundheitswesen zum Beispiel attrahieren vor allem gebildete und stark individualisierte Personen, die keine Scheu haben, ihr Innerstes in einer anonymen Gruppe nach außen zu kehren und in der Gruppe Selbsterfahrungen zu reflektieren. Hier gibt es bei Migranten starke, kulturell und sozial vermittelte Hemmungen, Unsicherheiten und Ängste vor Stigmatisierung (Gaitanides 1992).

Neben den Schwellenängsten gegenüber modernen Selbsthilfegruppen – die übrigens auch deutsche Unterschichten haben – herrscht ein großes Unwissen über die Methodik und die Effektivität des Selbsthilfeansatzes. Die Selbsthilfegruppen gehen dieses Problem des Informationsmangels erst langsam an (vgl. Integration von Migrantenselbstorganisationen in den „Selbsthilfebeirat“ des Münchner Sozialreferates).

Dass kultursensibel vorgehende Ansätze unerwartet schnell Früchte tragen können, zeigt unter anderem das Beispiel einer Behinderten-Selbsthilfeorganisation in Amsterdam, die von Angehörigen aufgebaut wurde und einen Preis für Best Practice im Bereich vorbildlicher interkultureller Projekte bekommen hat (Migranten-Plattform Gehandicapt en Amsterdam und Omstreke).

Auch andere Indikatoren verweisen auf eine wachsende Bereitschaft von Migranten, sich auf posttraditionale Selbsthilfeansätze einzulassen.

Jenseits der traditionellen ethnischen Vereine bilden sich immer häufiger auch kleine Selbsthilfegruppen ohne formalen Organisationsstatus – meist mit multifunktionaler Bedeutung. Sie sind Ausdruck individualisierter, von traditionellen Sozialbeziehungen unabhängiger lebenslagenorientierter Selbsthilfe (selbst-„inszenierte Solidarität“; Rauschenbach 1994).

Diese sind – wie meine Recherchen zum Sechsten Familienbericht ergeben haben – häufig aus der Arbeit der migrantenspezifischen Dienste und interkulturellen Nachbarschaftszentren hervorgegangen und haben sich selbstständig gemacht. Sie nutzen aber oft weiterhin deren Infrastruktur und profitieren von deren Kooperationsangeboten (Gaitanides 1999b).

- Dabei handelt es sich häufig um nachgereiste Ehefrauen, die die angebotenen Integrations- und Sprachkurse nutzen und ihre Handlungsspielräume auch gegenüber der Gattenfamilie erweitern wollen.

- Aber auch die mittelalten bis älteren Frauen suchen nach Entfaltungsmöglichkeiten, nachdem die Kinder „aus dem Größten raus“ sind.
- In den Frauengruppen finden sich auch viele geschiedene Frauen beziehungsweise alleinerziehende Mütter. Die soziale Kontrolle ist bei ihnen oft geringer, vor allem wenn sie vom sozialen Netzwerk der Ehegattenfamilie ausgeschlossen wurden. Sie sind häufig sehr isoliert und eher bereit und interessiert, sich einer Gruppe fremder, aber gleich betroffener Frauen anzuschließen (autonome Frauengruppen, hervorgegangen aus: Elternseminar Stuttgart, To Spiti Berlin, Zeche Ickern/Castrop-Rauxel, Initiativegruppe Interkulturelle Begegnung und Bildung München, Bürgerinitiative St. Georgsplatz Krefeld; Gaitanides 1999b).
- Aus analogen Gründen wächst die Bereitschaft der Seniorinnen und Senioren, sich in Altenclubs zusammenzuschließen, in dem Maße, in dem sich die Familien ihrer Kinder individualisieren. Zudem handelt es sich dabei häufig um „junge Alte“, die wegen großer Arbeitsbelastungen frühzeitig aus dem Arbeitsprozess ausgeschieden sind. Sie sind zwar körperlich vorzeitig verschlissen, aber häufig noch psychisch vital und unternehmungslustig (beispielhaft: Altengruppe des AKA München-Haidhausen; AKA 2000). Dieses Betätigungsbedürfnis nützt auch das Netzwerk für spanische SeniorInnen – ADENTRO, um Animateure für die ehrenamtliche Bildungs- und Freizeitarbeit mit älteren Migranten auszubilden (Deutsches Rotes Kreuz 2000).

Ethnische Selbstorganisationen

Die Freiwilligen- und Selbsthilfeaktivitäten von Migranten konzentrieren sich trotz der angeführten Entwicklungen aber immer noch im Wesentlichen auf die ethnischen Selbstorganisationen – auf Elternvereine, Kulturvereine, landsmannschaftliche Vereine, ethnische Sportvereine, religiöse Gemeinschaften. In jüngster Zeit bilden sich auch verstärkt berufsständische Vereine (ethnische Selbstständigen-, Akademikervereine usw.).

Nach der Repräsentativerhebung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung von 1995 waren 29 Prozent der Griechen, 26 Prozent der Türken und Italiener und 17 Prozent der ehemaligen Jugoslawen in ethnischen Vereinen organisiert (FES/SIGMA 1996, S. 331). Wie zu erwarten, waren die Männer stärker organisiert als die Frauen (38 Prozent Türken, 29 Prozent Griechen, 26 Prozent Italiener, 22 Prozent ehem. Jugoslawen), allerdings wiederum nicht so überdurchschnittlich, wie die Klischeevorstellung von den Migrantinnen und Migranten, die das Haus zu hüten und sich nicht in die außerhäuslichen Angelegenheiten zu mischen hätten, erwarten ließ.

Die bisher aufwendigste und repräsentativste Untersuchung über Migrantenselbstorganisationen, die Befragung in NRW (1997), ergab nachstehende Organisationsraten und Strukturmerkmale (vgl. MASSKS 1999).

Hochgerechneter Anteil der Mitglieder von Migrantenselbstorganisationen (MSO) an der Wohnbevölkerung

europäische	21 %
afrikanische	12 %
lateinamerikanische	11 %
asiatische	10 %
davon aktive Mitglieder:	21 %

höchster Organisationsgrad: 1. Griechen, 2. Italiener, 3. Spanier

Altersstruktur

bis 18 Jahre	10 %
19 bis 40 Jahre	43 %
41 bis 55 Jahre	33 %
56 Jahre und älter	14 %

Frauenanteil

45 % (alle Altersgruppen)

Nach Einschätzung der Autoren der NRW-Studie fördern Migrantenvereine in ihrer überwiegenden Zahl die Formierung von abgeschotteten Parallelgesellschaften eher **nicht** – ganz im Gegensatz zu verbreiteten Klischeevorstellungen. Sie hätten eher eine „grenzauflösende“ Brückenfunktion und entwickelten sich immer mehr von herkunftslandfixierten Vereinen zur Bewahrung der ethnischen Identität zu innovativen und kooperationsbereiten Akteuren einer multikulturellen Zivilgesellschaft (MASSKS 1999, S. 70).

Die Migrantenselbstorganisationen versuchen beides: Sie entwickeln Angebote zur Weitergabe und Entwicklung der ethnischen Kulturen **und** ergreifen gleichzeitig Integrationsinitiativen. Sie bauen Brücken zum Herkunftsland genauso wie zum Aufnahmeland. So fordern beispielsweise der Bund Türkischer Vereine in Berlin und Brandenburg und die „Türkische Gemeinde in Deutschland“ nicht nur eine Verbesserung des muttersprachlichen Unterrichtes und in Berlin den Erhalt des dortigen Schulmodells zweisprachiger Alphabetisierung, sie propagieren gleichzeitig auch eine bessere Zweitsprachenvermittlung im Elementarbereich.

Ja sie gehen sogar so weit, die Kindergartenpflicht zu verlangen, damit die Migrantenkinder eine bessere Chance bekommen, Deutsch zu lernen.

Integration und ethnische Selbstorganisation schließen sich gegenseitig nicht aus. Dieser Meinung sind auch die Autoren einer Untersuchung über die „Ausländervereine in Berlin“:

„So viele Anhaltspunkte es dafür gibt, dass die ethnischen Eigenorganisationen als Schleuse in die Aufnahmegesellschaft funktionieren, so wenig An-

haltspunkte gibt es dafür, dass sie zur Falle werden und auf den Weg einer segregierten Ghettoexistenz führen helfen. Ein Zusammenhang zwischen Resonanz des ethnischen Vereinslebens und ethnischer Segregation ist nicht erkennbar, im Gegenteil: Vereinsnähe geht zusammen mit besserer Sozialvernetzung, höherer Problemlösungsfähigkeit, besserem Zugang zum öffentlich-politischen Leben der Aufnahmegesellschaft.“ (Fijalkowski/Gillmeister 1997, S. 294)

Die Migrantenselbstorganisationen tragen entschieden zur Bewältigung von Integrationsproblemen bei. Darauf verweisen exemplarische Recherchen (Gaitanides 1999) genauso wie die Ergebnisse der Repräsentativbefragung in Nordrhein-Westfalen.

Aktivitäten von Migrantenselbstorganisationen

Migrantenselbstorganisationen in NRW Erhebung 1997, außer nebenstehende		Türkische, kurdische, bosnische, jugoslawische, maghrebische Migranten- selbstorganisationen	
Angebote	in v. H.	Angebote	in v. H.
Kultur	90	Kultur	73
Begegnung	86	Freizeitgestaltung	62
Integration	67	Beratung	62
Beratung	62	Sport	61
Bildung	59	Betreuung	55
Betreuung	52	Religion	52
Sport	41	Bildung	44
Politik	26	Hilfe	44
Gesundheit	23	Gesundheit	21
Religion	21		
Sonstiges	17	Sonstiges	19

Quelle: MASSKS 1999, Tabelle S. 44 und 115

Migrantenselbstorganisationen sind selten spezialisiert. Sie haben meistens einen ganzheitlichen, multifunktionalen Ansatz:

- Durch die Pflege des „kulturellen Kapitals“ der Herkunftsgesellschaft erhalten und vermehren sie die Optionen ihrer Mitglieder in einer sich globalisierenden und interkulturell mischenden Welt.
- Sie stützen die individuelle und kollektive Identität in einer die Identität schwächenden Minderheitensituation.
- Sie bieten eine Chance zur Selbstverwirklichung und Selbstbestätigung, wie zur Entwicklung von sozialen Handlungskompetenzen, die unter den restriktiven Bedingungen des Arbeitslebens der meisten Migranten nicht zur Entfaltung kommen: „Individuen“, so der prominente amerikanische

Kommunitarist Michael Walzer, „sind stärker, zuversichtlicher und gewitzter, wenn sie an einem Gemeinschaftsleben teilnehmen, wenn sie für andere verantwortlich sind“ (Walzer 1998, S. 126 f.).

- Sie fördern die Vernetzung „sozialen Kapitals“, indem sie erfolgreiche und qualifizierte Repräsentanten ihrer Community an sich binden, und nutzen deren Kenntnisse und Verbindungen (vgl. Hadeed 2000, S. 74; 30 Prozent der Mitglieder der untersuchten niedersächsischen ethnischen Vereine waren Akademiker).
- Sie füllen mit ihren ehrenamtlichen Dienstleistungen Versorgungslücken.
- Sie aktivieren die private Selbsthilfe, indem sie kommunikative Gelegenheiten bieten für die Pflege und Entwicklung informeller Netzwerke, die über verwandtschaftliche Beziehungen hinausgehen.
- Sie fördern die präventive Daseinsvorsorge durch Informationsveranstaltungen zu Gesundheits-, Erziehungs-, Bildungs-, Ausbildungsfragen und die Vermittlung an die Sozialen Dienste und Versorgungseinrichtungen.
- Sie sind wichtige Ansprechpartner in Konfliktsituationen für die kommunale Verwaltung und Politik, da sich bei ihnen Opinionleaders versammeln, die einen privilegierten Zugang zur Community-Öffentlichkeit haben.
- Die Migrantenselbstorganisationen entwickeln sich darüber hinaus immer mehr zu Organen der Interessenvertretung und des interkulturellen Dialogs. Sie mischen sich als „Stimme“ der Migranten unter die vielen Stimmen der Zivilgesellschaft, lassen sich in kommunale Gremien (Ausländerbeiräte) wählen und stellen somit ein immer wichtiger werdendes Element der demokratischen Willensbildung dar – mit wachsendem Gewicht, je mehr ihre Stimmenzahl durch den Erwerb der staatsbürgerlichen Rechte zunimmt. Insofern fördern sie die Entwicklung kollektiver Handlungskompetenz (community power). Die Migrantenbevölkerung fühlt zwar ihre Interessen in der Öffentlichkeit nirgendwo gut vertreten, den Selbstorganisationen bringt sie aber das verhältnismäßig meiste Vertrauen in die Vertretung ihrer Interessen entgegen – noch vor den Ausländerbeiräten und den Gewerkschaften (MASSKS 1999; Sauer 2001, S. 69).

Völlig unbemerkt bleibt ein positiver Aspekt der sonst so negativ bewerteten Heimatlandorientierung. Vor allem die Regionalvereine sammeln nicht selten Geld für humanitäre Projekte in ihren Heimatgemeinden. So haben beispielsweise die türkischen Vereine sehr viel Geld für die Erdbebenopfer von 1999 gesammelt. Und ich erinnere mich aus meiner eigenen Tätigkeit im „Griechischen Haus München Westend“ an die Spendensammlung eines Beiratsmitglieds, der seinem Heimatdorf eine Bibliothek und eine Gesundheitsstation mit Spenden einrichten half.

Oft sind die ethnischen Vereine erste Anlaufstelle für mittelständische Unternehmer des Herkunftslandes, die transnational operieren und in Deutschland investieren wollen. Sie können dadurch indirekt zur Mehrung der Arbeitsplätze in Deutschland beitragen (vgl. Projekt IMPULSO der Spanischen Weiter-

bildungsakademie in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk spanischer Vereine – AEF 2001).

Schließlich attrahieren ihre Kulturprogramme und Sprachkurse in der Herkunftssprache auch Deutsche, die – aus welchen Gründen auch immer – ein besonderes Interesse für das Herkunftsland beziehungsweise die Herkunftskultur entwickelt haben (bikulturelle Ehen, Freundschaften, nachhaltige Reiseerlebnisse, Deutsche mit zweitem Wohnsitz im Herkunftsland).

Die starke Herkunftslandorientierung der Migrantenselbstorganisationen in der Vergangenheit muss auch im Zusammenhang mit der bis zum Ende des Jahrtausends durchgehaltenen Doktrin „Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland“ und den hohen Einbürgerungshindernissen gesehen werden.

In Großbritannien sind die meisten Einwanderer – aufgrund früherer Commonwealth-Privilegien – eingebürgert. Ihre Selbstorganisationen sind daher viel stärker als die deutschen Migrantenselbstorganisationen mit den sozialen Integrations- und den politischen Partizipationsproblemen der ethnischen Einwandererminoritäten befasst. Die politischen Teilhaberechte verschaffen ihnen in der Öffentlichkeit mehr Respekt als in Deutschland, wo sich viele Vereinsvertreter über einen eklatanten Mangel an Interesse und ernst gemeinten Partizipationsangeboten beklagen.

Dies lässt sich sehr gut durch eine Untersuchung belegen, deren Autoren Äußerungen von „Sprechern“ der Migrantenselbstorganisationen in der seriösen Presse im Ländervergleich inhaltsanalytisch ausgewertet haben (Koopmans/Statham 1998; vgl. auch Jungk 2001, S. 84).

Es bleibt zu hoffen, dass durch die rechtlich nunmehr verbesserten Einbürgerungsmöglichkeiten und die Anerkennung der Bundesrepublik Deutschland als Einwanderungsland sowie durch die Verabschiedung des Einwanderungsgesetzes die Integrationsneigung der Migrantenselbstorganisationen einen Schub erfahren wird und dass der Selbstorganisationsszene als zukünftigem Mobilisierungsfaktor für Wählerstimmen mehr öffentliche Aufmerksamkeit geschenkt und die Infrastruktur stärker öffentlich gefördert wird.

Von Seiten der Mehrheitsgesellschaft wurden die Migrantenselbstorganisationen in Deutschland jedenfalls bisher eher stiefmütterlich behandelt.

Nach Aussagen befragter Repräsentanten von Migrantenselbstorganisationen wie nach dem Urteil von Experten in der Verwaltung in Niedersachsen werden die Leistungen der Migrantenselbstorganisationen in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Und selten nur würden sie in kommunale Planungsprozesse als gleichberechtigte Gesprächspartner mit einbezogen – mit örtlichen Ausnahmen (vgl. Hadeed 2000, S. 118 f.).

Die finanzielle Förderung ist äußerst dürftig (im Unterschied zu der Migrationsarbeit der Verbände und herkunftsheterogenen, professionalisierten – meist von deutschen Initiativen gegründeten – Vereinen).

Zum Vergleich: *Die Stadt Essen, die für deutsche Verhältnisse eher überdurchschnittlich fördert, gab im Haushaltsjahr 2000 150.000,- DM an Fördermitteln für die insgesamt circa 100 Essener Migrantenvereine aus (Zuschüsse für Veranstaltungen und Raumkosten) (Schweitzer 2001, S. 39).*

Der einkommensschwache Verwaltungsbezirk Islington im Londoner East-End (175.000 Einwohner) unterstützte 1996 ebenfalls circa 100 Organisationen von Einwanderern mit umgerechnet 1,7 Millionen Pfund, wodurch auch die Einstellung von qualifiziertem Personal – zur Verbesserung der Qualität der Angebote und zur Aufrechterhaltung der Organisationskontinuität – ermöglicht wird (eigene Erkundungen beim Chief Officer der lokalen „Race Equality Unit“ Stavrinou anlässlich eines Forschungsaufenthaltes).

Die prekäre Finanzsituation der Selbstorganisationen ergibt sich nicht nur aus dem geringen Umfang der Sondermittel für Migrantenvereine, sie ist auch eine Folge eben dieser Sonderbehandlung. Bisher war ihnen der Zugang zu den – auf mehrere städtische Ressorts verteilten – Etatmitteln meist verschlossen. beziehungsweise konnten diese nicht ausgeschöpft werden mangels Know-how und weil die kommunalpolitische Lobby dafür fehlte.

Um die Förderung der Migrantenorganisationen zu einer Querschnittsaufgabe aller städtischen Ressorts zu machen, um ihnen die Etats für Sport- und Vereinsförderung, den Selbsthilfefond, die Mittel für Soziokulturarbeit und Jugendhilfe usw. zu erschließen, ist die Stadt Essen von der bescheidenen Förderung durch den Sondertopf des Ausländerbeirates abgerückt.

Die Essener Stadtverwaltung hat durch die Gründung eines von der Kommune anerkannten Dachverbandes die formale Möglichkeit geschaffen, dass diese nunmehr überall Projektmittel auf dem für deutsche Vereine üblichen Weg beantragen können. Dies hat außerdem den erwünschten Nebeneffekt, dass sich die Vereinsvertreter nun besser untereinander austauschen und koordinieren müssen. Jetzt kommen sie auch in näheren Kontakt mit den demokratisch gewählten Gremien und der Verwaltung, wodurch – so die Hoffnung – wechselseitige Lernprozesse angestoßen werden (vgl. Schweitzer 2001, S. 40 f.).

Neben der oben erwähnten bisherigen wahltaktischen Unbedeutsamkeit von Vereinen, die über kein Wählerpotential verfügen, und der nichtexistenten politischen Lobby dürften auch stereotype Vorstellungen von der Abschottungsfunktion ethnisch-homogener Vereine und Befürchtungen von deren Unterwanderung durch politische und religiöse Extremisten diese stiefmütterliche Behandlung erklären.

Leider geben einige nationalistische und religiös-extremistische Selbstorganisationen Anlass zur Verbreitung solcher Images. Deshalb sollte man auch Selbstorganisationen nicht unkritisch unterstützen – also Prüfung der Demokratieverträglichkeit nicht nur von deren nach außen gekehrter Fassade, sondern auch der tatsächlichen Aktivitäten.

Die Vernachlässigung der öffentlichen Förderung erschwert die Ausschöpfung der Selbsthilfepotentiale der Vereine. Ohne Semiprofessionalisierung

und die Qualifizierung der ehrenamtlichen Vorstände leidet die Kontinuität der Arbeit und kann die Qualität der Angebote kaum verbessert werden. Ebenso erschwert die Beschränkung auf Ehrenamtliche den Kontakt mit den Netzwerken der sozialen Berufe (Arbeitskreise tagen zur Arbeitszeit) und der öffentlichen Verwaltung. Es fehlt an Infrastrukturen, die das bürgerschaftliche Engagement der Migranten prosperieren lassen.

Einzelne Bundesländer (Berlin, Nordrhein-Westfalen) haben immerhin einen Anfang gemacht und Projektmittel auf Landesebene für ausgesuchte Selbstorganisationen zur Verfügung gestellt (MASSKS 1999; zur Zeit 1,7 Millionen).

Im Auftrag der Landesregierung hat das Landeszentrum für Zuwanderung NRW Schulungen für Multiplikatoren aus Migrantenvereinen durchgeführt. Außerdem wurde eine landesweit operierende Beratungsstelle unter Trägerschaft des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV) eingerichtet, die die Migrantenselbstorganisationen in allen einschlägigen rechtlichen und finanzierungstechnischen Fragen sowie bei der Organisationsentwicklung berät und schult (Fachberatung Migrantinnen- und Migrantenselbsthilfe, DPWV NRW, Bochum). Qualifikationsbedarf besteht vor allem in den Bereichen Finanzierung, Finanzverwaltung, Vereinsrecht, kommunale Strukturen, Öffentlichkeitsarbeit und Methoden der Erwachsenenbildung.

Internationale Erfahrungen – zum Beispiel in Großbritannien – sprechen dafür, dass Qualifizierungsmaßnahmen für die Förderung der Migrantenselbstorganisationen strategisch fast noch wichtiger sind als die Bezuschussung durch Sondertöpfe, weil die Multiplikatoren der Selbstorganisationen dadurch lernen, bisher ungenutzte allgemeine Finanzierungswege für ihre Organisationen gangbar zu machen (Jungk 2001, S. 85).

Einschlägige Fortbildungen für Vereinsvertreter und Ausländerbeiräte werden vereinzelt auch von den Wohlfahrtsverbänden angeboten (vgl. Gaitanides 1999b).

Auf kommunaler Ebene gibt es hier und da vorbildliche Beispiele der Qualifizierung von Multiplikatoren aus den Communities für integrative Initiativen:

- Zum Beispiel das Projekt „Ausbildungsorientierte Elternarbeit mit Migrantenfamilien“ des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt/Main, in dem Multiplikatoren für die Aufklärung ihrer Zielgruppe über Berufe und Berufsausbildungswege unter hohem Mittelaufwand geschult und eingesetzt werden. Auch hier ergibt sich ein interethnischer Vernetzungseffekt unter den beteiligten Migrantenorganisationen.
- Die Leitstelle für Zusammenleben der Stadt Offenbach bildet unter anderem auch Multiplikatoren der Vereine als interkulturelle Mediatoren aus.
- Das Kulturzentrum „Schlachthof“ in Kassel bildet ehrenamtliche Mediatorinnen und interkulturelle Mittlerinnen aus.

Aus Anlass des neuen Staatsbürgerschaftsrechtes wurde von der Fachhochschule Köln mit Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung

(Fachbereich Sozialarbeit, Prof. H. Storz) ein „Multiplikatoren-Seminar zum neuen Staatsbürgerschaftsrecht“ (MUSSTAR) durchgeführt, bei dem auch gezielt Vereinsvertreter angesprochen wurden (Reißlandt 2002, S. 187 f.). Die Bundeszentrale will sich überhaupt in Zukunft stärker an die Migranten-selbstorganisationen wenden und stellt Überlegungen an, sie als Träger politischer Bildung anzuerkennen – vorausgesetzt, sie halten sich an „einen demokratischen Minimalkonsens“ (Gröf 2002, S. 143).

Zum Schluss möchte ich noch einige Empfehlungen aus meiner Analyse und anderen, aus Zeitmangel hier nicht referierten Überlegungen ableiten.

Zur familiären Selbsthilfe

- Die Tragfähigkeit familiärer Netzwerke wird durch die überdurchschnittlichen materiellen und psychosozialen Belastungen von Migranten zunehmend in Frage gestellt. Hier müsste natürlich global gegengesteuert werden – durch eine zielgerichtete Arbeitsmarkt-, Wohnungs- und Sozialpolitik.
- Darüber hinaus begünstigt eine sozialverträgliche Stadtentwicklungspolitik, die Umsetzungen in infrastrukturarmer Problemgebiete vermeidet, den Ausbau von Zonen der Erholung und Begegnung und die Einrichtung niedrigschwelliger Nachbarschaftszentren die Stärkung und Vernetzung familiärer und nachbarschaftlicher Netzwerke.

Zur Freiwilligenarbeit und posttraditionalen Selbsthilfe

- Es gibt ein wachsendes Potential vor allem gebildeterer Einwanderer, die an Freiwilligenarbeit interessiert sind. Bisher wurde aber nicht systematisch auf sie zugegangen. Auch müssten die Freiwilligenorganisationen eine größere Vielfalt der Helferstile in ihrer Organisationskultur zulassen. Zum Beispiel bevorzugen viele Migranten eher eine offene, kommunikativ auszuhandelnde Hilfeplanung, die viel Raum für Spontaneität lässt (Münz 2001).
- Aus vielen Bildungs- und gruppenpädagogischen Angeboten der migrantenspezifischen beziehungsweise interkulturell geöffneten Sozialen Dienste entwickeln sich langfristig autonome multifunktionale Selbsthilfegruppen. Die Zuschussgeber sollten deshalb die von Professionellen durchgeführten Anschubveranstaltungen nicht dem Sparstift opfern – zugunsten der Einzelberatung und Hilfe für Härtefälle –, sondern sie vielmehr großzügiger unterstützen. Dazu gehört auch die Finanzierung von Kinderbetreuung und der sehr effektiven Wochenendseminare.

Zu den Selbstorganisationen

- Die Reserve der Politik und der Verwaltung gegenüber den Migranten-selbstorganisationen resultiert aus einem impliziten assimilationistischen Integrationsverständnis. Aus der Perspektive der Betroffenen ergibt

sich kein Widerspruch zwischen der doppelten Aufgabe, das kulturelle Erbe weiterzugeben beziehungsweise den Kontakt zum Herkunftsland zu pflegen und sich an die Überlebens-Imperative der aufnehmenden Gesellschaft anzupassen beziehungsweise sich aktiv in das politische Gemeinwesen einzubringen. In den Köpfen der Kommunalpolitiker sollte der fällige Paradigmenwechsel endlich vollzogen werden – weg von der Assimilationsideologie, hin zu einer Akzeptanz vielfältiger Subkulturen und Identitäten in einer multikulturellen Demokratie. In Anbetracht der Globalisierung sollten die Einwanderer-Communities auch als wichtige Brückenköpfe transnationaler Netzwerke erkannt und gefördert werden.

- Kriterium für die Förderung sollte die Empowerment-Wirkung sein, die Aktivität, die individuelle und/oder kollektive Handlungsfähigkeit stärkt, und nicht allein der Beitrag zu einer Integration, wie sie von der Mehrheitsgesellschaft einseitig definiert wird. Natürlich zählt auch die Identifikation mit Rechtsstaat und Demokratie. Letzter Maßstab darf aber nicht enger ausgelegt werden als bei deutschen Vereinen und Initiativen.
- Migrantenselbstorganisationen wurden bisher von der Politik stiefmütterlich behandelt. Bisher war eher ein paternalistisches Verhältnis zu den Migrantenselbstorganisationen vorherrschend. Sie wurden für internationale Stadteilfeste und Begegnungen kontaktiert, aber bei der Entscheidungsfindung über Belange, die sie stark betreffen, wenig einbezogen. Der Mangel an Anerkennung durch die politischen Instanzen spiegelt sich auch wider in der spärlichen finanziellen Unterstützung, die keinen Vergleich aushält zu den von Deutschen initiierten interkulturellen Einrichtungen.
- Die Partizipationsdefizite sind auch und vor allem eine Folge der bis zum Ende des Jahrtausends gepflegten Lebenslüge, wir seien „kein Einwanderungsland“, und eine Folge der im Vergleich zu den Niederlanden und Großbritannien schwierigeren Einbürgerungsmöglichkeiten – nicht zuletzt durch die Verweigerung der Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft. In den Niederlanden gibt es zudem das kommunale Wahlrecht auch für Nicht-EU-Nationalitäten. Dass in einer Stadt wie Frankfurt am Main die Kommunalpolitik von zwanzig Prozent seiner eingewanderten Bevölkerung nicht mitbestimmt werden kann, ist und bleibt ein Skandalon. Wie viel ernster Migranten und ihre Organisationen genommen werden, wenn sie über ein Stimmenpotential verfügen, konnte man nach der Einführung des europäischen Kommunalwahlrechtes in Frankfurt beobachten. Auf einmal erschien zum Beispiel die Oberbürgermeisterin Frankfurts auf der jährlich durchgeführten Kulturwoche der Griechischen Vereine, und auf den Kandidatenlisten erschienen erstmals nichtdeutsche EU-Europäer. Aber auch türkische Kandidaten setzen sich langsam durch, da bei ihnen die Zahl der Einbürgerungen relativ groß ist.

Es bleibt zu hoffen, dass der Trend zur Einbürgerung weiter zunimmt und sich damit die politischen Rahmenbedingungen für die Entfaltung der partizipativen und integrationsfördernden Potentiale der Selbsthilfeorganisationen verbessern. Dazu kann auch eine in diese Organisationen hineingetragene

Einbürgerungskampagne beitragen, genauso wie eine Anbindung der geplanten Sprach- und Orientierungskurse an Migrantenselbstorganisationen.

Anlässe zu einer stärkeren Einbeziehung von Migrantenselbstorganisationen geben auch die zukünftige Umsetzung der EU-Antidiskriminierungsrichtlinie und des Einwanderungsgesetzes. Warum nicht Beiräte in den zuständigen Ministerien beziehungsweise hierzu geschaffenen Institutionen einrichten, in denen auch Sprecher von repräsentativen Vereinen vertreten sind? Es sind wiederum die Niederlande, die hier mit gutem Beispiel schon vor zwanzig Jahren vorangegangen sind.

Literatur

AEF – Spanische Weiterbildungsakademie (2001): *IMPULSO* – Nutzung interkultureller Kompetenzen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Gründung von kleinen und mittleren Unternehmen. Bonn

AKA – Aktiv für interkulturellen Austausch (2000): Vier Jahre Türkischer Seniorentreff des AKA. In: *team* (Hauszeitung des AKA) Nr. 12, Oktober 2000

AriC (Antirassistisch-interkulturelles InformationsCentrum Berlin) (2001): *Integration – 204 Berliner ausländischer Herkunft geben Auskunft*. Berlin

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2000): *Familien ausländischer Herkunft in Deutschland*. Sechster Familienbericht. Berlin

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2000b) (Hg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland*. Freiwilligen-Survey 1999. Band 1-3. Stuttgart

Deutsches Rotes Kreuz (2000): *ADENTRO*. Maßnahmen zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe von spanisch sprechenden Seniorinnen und Senioren in Deutschland. Abschlussbericht eines Modellprojektes. Bonn

FES/SIGMA – Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung und Forschungsinstitut SIGMA, Bundesarbeitsministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hg.) (1996): *Repräsentativuntersuchung '95, Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland*. Bonn

Fijalkowski, Jürgen/Gillmeister, Helmut (1997): *Ausländervereine – ein Forschungsbericht. Über die Funktion von Selbstorganisationen für die Integration heterogener Zuwanderer in eine Aufnahmegesellschaft – am Beispiel Berlins*. Reihe Völkervielfalt und Minderheitenrechte in Europa. Band 5. Berlin

Gaitanides, Stefan (1992): *Psychosoziale Versorgung von Migrantinnen und Migranten in Frankfurt*, Gutachten im Auftrag des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt. In: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V., Frankfurt am Main, Informationsdienst zur Ausländerarbeit 3 + 4/ 1992, S. 127-146

Gaitanides, Stefan/Kirchlechner, Bernd (1996): Deutsche und Ausländer im Studium. Eine Befragung deutscher und ausländischer Studenten ausgewählter Fachbereiche der Fachhochschule Frankfurt. In: Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit 3 + 4/1996, S. 72-75

Gaitanides, Stefan (1999): Aus-, Fort- und Weiterbildung im Bereich der interkulturellen Sozialarbeit/Sozialpädagogik mit dem Schwerpunkt „interkulturelle Jugendarbeit“, Expertise im Auftrag des Deutschen Jugendinstitutes, DJI-Arbeitspapiere Nr. 1-154. München

Gaitanides, Stefan (1999b): Arbeit mit Migrantenfamilien – Aktivitäten der Wohlfahrtsverbände und der Selbstorganisationen. Unveröfftl. Expertise zum 6. Familienbericht der Bundesregierung. Kurzfassung in: Sachverständigenkommission 6. Familienbericht (Hg.) (2000): Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Materialien Band II: „Lebensalltag“. Opladen, S. 107-144

Gröf, Heino (2002): Migration – Integration – Herausforderung für's Lernen. In: Storz, Henning/Reißlandt, Carolin (2002): Staatsbürgerschaft im Einwanderungsland Deutschland. Opladen, S. 139-144

Hadeed, Anwar (2000): Migrantenselbstorganisationen in Niedersachsen. Ihre Selbsthilfe- und Partizipationspotenziale (Forschungsbericht im Auftrag der „Arbeitsgemeinschaft Migrantinnen und Migranten und Flüchtlinge in Niedersachsen“ – AMFN), hektographiert

Jungk, Sabine (2001): Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten – Instanzen gelingender Partizipation? In: Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, 3 + 4/ 2001, S. 82-85

Koopmans, Ruud/Statham, Paul (1998): Challenging the Liberal Nation-State? Postnationalism, Multiculturalism and the Collective Claims-Making of Migrants and Ethnic Minorities in Britain and Germany. Berlin (WZB)

MASSKS (Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport) NRW (Hg.), Zentrum für Türkeistudien, Essen/Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster (1999): Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten in NRW. Düsseldorf

Münz, Angelika (2001): Freiwilligenarbeit und Migranten in den Niederlanden. Unveröfftl. Vortrag auf der Internationalen Fachtagung „Integration von Familien ausländischer Herkunft“, Berlin 11.-12. Dezember 2001, Veranstalter: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Nauck, Bernhard (2000): Eltern-Kind-Beziehungen in Migrantenfamilien – ein Vergleich zwischen griechischen, italienischen, türkischen und vietnamesischen Familien in Deutschland. In: Sachverständigenkommission 6. Familienbericht (Hg.): Familien ausländischer Herkunft in Deutschland: Empirische Beiträge zur Familienentwicklung und Akkulturation. Materialienband I. Opladen, S. 347-392

Rauschenbach, Thomas (1994): Inszenierte Solidarität: Soziale Arbeit in der Risikogesellschaft. In: Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hg.): Riskante Freiheiten. Frankfurt am Main, S. 89-114

Reißlandt, Carolin (2002): Staatsangehörigkeitsrecht in der interkulturellen Praxis. In: Storz, Henning/Reißlandt, Carolin (2002): Staatsbürgerschaft im Einwanderungsland Deutschland. Opladen, S. 177-200

Sauer, Martina (2001): Lebenssituation türkischer Migranten in NRW. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung des Zentrums für Türkeistudien im Auftrag des MASSKS NRW (1999). In: Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, 3 + 4/2001, S. 66-71

Schweitzer, Helmuth (2001): Partizipation von Migranten an kommunalen Planungsprozessen. Das Beispiel der Stadt Essen. In: Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, 3 + 4/2001, S. 39-43

Storz, Henning/Reißlandt, Carolin (2002): Staatsbürgerschaft im Einwanderungsland Deutschland. Opladen

Walzer, Michael (1998): Über Toleranz. Von der Zivilisierung der Differenz. Hamburg

IV. Migrantenselbsthilfeinitiativen und -selbstorganisationen stellen sich vor

Vicente Riesgo Alonso, Bund der Spanischen Elternvereine in der Bundesrepublik Deutschland e. V., Vorsitzender der Spanischen Weiterbildungsakademie, Bonn

Bund der Spanischen Elternvereine in der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Der Bund der Spanischen Elternvereine in der Bundesrepublik Deutschland (Confederación de Asociaciones Españolas de Padres de Familia en la R.F.A., abgekürzt: Confederación) gilt heute in der Fachliteratur¹ als ein sehr gelungenes Beispiel für das identitäts- und zugleich gesellschaftsstiftende Potential des freiwilligen Engagements von Migranten zum Zweck der Selbsthilfe. Zuerst möchten wir uns hier mit den Ursprüngen und Hauptzielen dieser Migrantenselbstorganisation beschäftigen. Danach werden wir ihre Arbeitsmethodik sowie einige der wichtigsten Schwierigkeiten, die sie auf ihrem Weg gefunden hat, vorstellen, und zuletzt werden wir einen Blick auf ihre wichtigsten Errungenschaften werfen.

Ursprünge und Ziele

Nach fast einem Jahrzehnt² der Zuwanderung nach Deutschland begannen die spanischen Zuwanderer („Gastarbeiter“) Ende der sechziger Jahre ihre ersten Elternvereine zu gründen. Damals waren die Begriffe vom „freiwilligen Engagement“ oder von der „Selbsthilfe“ sowohl in der gesellschaftspolitischen als auch – und vor allem – in der migrationspolitischen Diskussion so gut wie unbekannt. Für die Migranten („Gastarbeiter“) war bereits die „Betreuung“ durch die Wohlfahrtsverbände vorgesehen. Als die spanischen Migranten ihre Elternvereine gründeten, konnten sie deshalb nicht auf akademisch etablierte Konzepte oder politisch modische Vorstellungen zurückgreifen; sie handelten vielmehr aus eigener Not und mit wenigen Verbündeten³, um sich selbst zu helfen.

Bereits seit der Gründungsphase zeichnet sich eine Stärke der Elternvereine deutlich ab, nämlich ihre Fähigkeit, strategische Ziele zu formulieren, die ein hohes Mobilisierungspotential bei ihren Mitgliedern haben. Die Schulsituation der nachgereisten und zum Teil bereits in Deutschland geborenen Kinder

1 Siehe zum Beispiel Cornelia Schmalz-Jacobsen/Georg Hansen (Hg.): *Ethnische Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Lexikon*, München 1995, S. 471-476.

2 Das Anwerbeabkommen zwischen Spanien und der Bundesrepublik Deutschland wurde bereits am 29. März 1960 abgeschlossen.

3 Auf lokaler Ebene erfuhren die Elternvereine häufig Unterstützung von den Katholischen Missionen, von einigen Sozialarbeitern des Caritas-Verbandes und von Experten verschiedener Provenienz.

war in dieser Phase die überaus mobilisierende Thematik. Mit der Gründung des Bundes der Spanischen Elternvereine im November 1973 in der Stadt Wiesbaden⁴ versetzten sich die Elternvereine in die Lage, lokal erfahrene Bedürfnisse und Anliegen gemeinsam und überregional zu analysieren und auf diesem Weg in strategische Optionen zu bündeln.

Die strategischen Grundoptionen des Bundes der Spanischen Elternvereine lassen sich folgendermaßen charakterisieren:

Eingliederung der Kinder in das deutsche Schulsystem unter Beibehaltung ihrer kulturellen Identität, was vor allem in der Forderung und Förderung des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts zum Ausdruck kam. Diese Entscheidung beinhaltete eine klare Option für die Integration der Kinder in die deutsche Schule und damit in die hiesige Gesellschaft. In einer Zeit, in der die offizielle Politik sowohl des Herkunfts- als auch des Aufnahmelandes Konzepte wie „Rotation“ oder „Rückkehrfähigkeit“ in den Vordergrund der migrationspolitischen Auseinandersetzung stellte, zeugte diese Entscheidung der Elternvereine von starkem analytischen Pragmatismus und von Weitsicht⁵. Damit war die Grundlage für die Entwicklung einer zweisprachigen und bikulturellen zweiten Generation gelegt, die heute die Früchte dieses Entschlusses der Eltern erntet.

Für ihre Arbeit hat der Bund der Spanischen Elternvereine vor allem auf die Mobilisierung der eigenen Ressourcen, auf das Interesse der Mütter und Väter für die Zukunft ihrer Kinder gesetzt. Selbstorganisation in den lokalen Vereinen, später auch in den Landesverbänden und im Dachverband selbst, bot die Voraussetzung, um die eigenen Bedürfnisse zu artikulieren und partizipative Lösungsstrategien zu formulieren.

Die Arbeit an der Selbstorganisation wurde durch die (Erwachsenen-)Bildungsarbeit⁶ ergänzt und ständig begleitet, wofür das Motto „Organisationsarbeit ist immer Bildungsarbeit und umgekehrt“ Pate stand. Dieses pädagogische Moment, das Ehrenamt oder freiwilliges Engagement mit professioneller Begleitung und Unterstützung in der Arbeit verbindet und damit die Kontinuität und Fortentwicklung der Organisation von Anfang an

4 An der Gründungsveranstaltung beteiligten sich über dreißig Elternvereine aus dem ganzen Bundesgebiet. Siehe Vicente Riesgo: Selbsthilfepotentiale nutzen und Migrantenvereine fördern: Das Beispiel der Spanier in Deutschland; in: Friedrich-Ebert-Stiftung: Integration und Integrationsförderung in der Einwanderungsgesellschaft, Bonn 1999, S. 123-132.

5 Das Mitteilungsblatt CARTA A LOS PADRES (Brief an die Eltern), 1972 gegründet, hat mit ihren argumentativen sozialkritischen und pädagogisch fundierten Artikeln einen maßgeblichen Einfluss auf diese Entscheidung gehabt. Das Blatt diente zur Vernetzung zwischen den lokal agierenden Vereinen und entwickelte sich zu einem Forum, in dem die Eltern ihre Sorgen ausdrückten und neue Perspektiven entdecken konnten.

6 Die Bildungsarbeit der Confederación erfuhr eine wesentliche Erweiterung und Vertiefung durch die Gründung der Spanischen Weiterbildungsakademie – Academia Española de Formación (AEF) im Jahr 1984. An dieser Gründung waren erfahrene Mitglieder der Elternvereine aktiv beteiligt. Confederación und AEF teilen die gleichen migrationspolitischen Zielsetzungen, und zwischen beiden Organisationen besteht eine enge institutionelle Zusammenarbeit.

sicherte, ist ein sehr kennzeichnendes Merkmal des Bundes der Spanischen Elternvereine.

In diesen drei genannten strategischen Entscheidungen können wir ein übergeordnetes Hauptziel des Handelns der Elternvereine erkennen. Dabei steht die **Verbesserung der Lebensqualität** ihrer Mitglieder im Mittelpunkt, wofür deren **Handlungsfähigkeit in der Aufnahmegesellschaft durch Selbstorganisation** – und nicht etwa durch externe, fremdbestimmte Betreuung – gefördert und gestärkt werden soll.

Die verfolgte Methodik

Wichtigster Ausgangspunkt der angewandten Methodik waren – basierend auf der engen Verknüpfung von Organisations- und Bildungsarbeit – die Bestimmung und Definition der „generativen Themen“⁷, die die Formulierung von Alternativen ermöglichen und daher mobilisierenden Charakter haben (so zum Beispiel die „Verbesserung der Lebensqualität“ und die „Zukunft der Kinder“). Indem die Widersprüche des Systems (zum Beispiel des politischen Diskurses über Migration) und die eigenen Widersprüche darin (zum Beispiel das Sparverhalten der Familie oder die Rückkehrpläne) erkannt und „verarbeitet“ werden, wird das dialektische Denken geübt und die eigene Situation als veränderbar wahrgenommen.

Auf diese Weise wird der Migrant befähigt, selbst das Wort als Subjekt zu ergreifen, um seine eigenen, persönlichen und kollektiven, Bedürfnisse zu artikulieren sowie Ziele und alternative Handlungsvorschläge zu formulieren.

Die richtige Auswahl der Themen gewinnt in dieser Methodik eine außergewöhnliche Bedeutung. Darin liegt sicherlich einer der Hauptgründe für den Erfolg des Bundes der Spanischen Elternvereine. Es wurden immer wieder neue, den Bedürfnissen der Gruppe entsprechende und daher einen hohen Mobilisierungseffekt erreichende Themen entdeckt. In der Anfangsphase war das Grundthema, wie schon genannt, die Verbesserung der Schulsituation der Kinder, später kamen die Fragen der Berufsausbildung und der Frauenförderung in den Vereinen hinzu; heute sind die Fragen der älteren Migranten oder die beruflichen Perspektiven der bilingualen und bikulturellen Fachkräfte der zweiten und dritten Generation besonders relevant. Auch für diese beiden letzten Themen hat die Confederación mit den europaweit bekannten Projekten ¡Adentro!® und Impulso®⁸, zusammen mit anderen Partnern, einen prägnanten Namen und ein innovatives Handlungskonzept entwickelt.

Das dialektische Denken macht es immer wieder möglich, durch Partizipation und Selbsthilfe aus den Schwächen Stärken zu machen. So entdecken die

7 Zum Begriff der „generativen Themen“ vgl. Paulo Freire: Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit, Reinbek bei Hamburg 1985, S. 79 ff.

8 Vgl. Deutsches Rotes Kreuz: ¡ADENTRO!® Maßnahmen zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe von spanischsprachigen Seniorinnen und Senioren in Deutschland. Abschlußbericht über das Modellprojekt, Bonn 2000; sowie AEF – Spanische Weiterbildungsakademie: IMPULSO – Nutzung interkultureller Kompetenzen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Gründung von kleinen und mittleren Unternehmen, Bonn 2001.

älteren Migranten in ¡Adentro!® viele während des Arbeitslebens verborgene Möglichkeiten und Facetten ihrer Persönlichkeit. Und durch Impulso® lernen die Jüngeren, zahlreiche von den Migrantenkindern in ihrer Biographie erlebte bildungspolitische Benachteiligungen durch die Aufwertung ihrer bikulturellen und bilingualen Kompetenzen mit persönlichem Gewinn auszugleichen. In diesem Zusammenhang wird in den Bildungsveranstaltungen der Confederación für Jugendliche bereits seit Jahren von „Bikulturalität als Migrationsgewinn“ gesprochen.

Die richtige Auswahl der Themen ermöglicht auch die Konkretisierung von Teil-Zielen innerhalb desselben Themas sowie die Entdeckung von anderen, verwandten Themen, deren Bearbeitung für das Hauptthema förderlich ist. So konnte in verschiedenen, an die Eltern gerichteten Informationskampagnen über das deutsche Schulsystem die Verbesserung der Schulsituation der Kinder mit zwei klaren Teil-Zielen verbunden werden: Verminderung der Zahl spanischer Kinder in den Sonderschulen und Erhöhung ihres Anteils in den Realschulen und Gymnasien. Andererseits wurde gerade in Zusammenhang mit den schulischen Fragen die Bedeutung der Wohnqualität für die Kinder und für die gesamte Familie thematisiert und am Ziel ihrer Verbesserung gearbeitet. Sowohl die Schulstatistiken, die zeigen, dass die Spanier die Migrantengruppe mit dem höchsten Gymnasiastenanteil in Deutschland sind, als auch die seit Mitte der achtziger Jahre erheblich verbesserte Wohnsituation zeigen, dass diese Methodik der Confederación ein guter Weg zur gesellschaftlichen Normalisierung der spanischen Population in der Bundesrepublik Deutschland war.

Die Bildungsarbeit des Bundes der Spanischen Elternvereine erstreckte sich in den drei Jahrzehnten seiner Existenz – und seit der Gründung der AEF in enger Kooperation mit dieser – auf sehr viele Felder. Ausgehend von der persönlichen Erfahrung der Teilnehmer an den Bildungsveranstaltungen wurde eine problemformulierende und kritische Sichtweise der politikökonomischen Bedeutung des Migrationsprozesses herausgearbeitet. So wurde die eigene persönliche Geschichte in den größeren Rahmen der zeitgenössischen Geschichte Spaniens, Deutschlands und Europas gestellt. Dabei wurde und wird großer Wert darauf gelegt, die Grenzen der pädagogischen Arbeit nicht zu überschreiten und besonders traumatische Migrationserfahrungen von therapeutisch ausgebildetem Fachpersonal verarbeiten zu lassen.

Weitere Inhalte der Bildungsarbeit der Confederación waren von Anfang an die Fragen der besonderen Lage der Migrantenfamilie zwischen Instabilität und Desintegration⁹, die Konflikte zwischen den Generationen sowie die Stärkung der Position der Frau in der Familie und in der Gesellschaft.

Die identitätsstiftende Bedeutung und der Wert der Herkunftskultur mit ihren positiven und weiterzugebenden Aspekten (vor allem die Sprache) sowie

9 Siehe Vicente Riesgo/Jesús Hernández: Die spanische Auswanderer-Familie in der Bundesrepublik. Situationsanalyse und Versuch einer soziologischen Interpretation, in: Caritas, Zeitschrift für Caritasarbeit und Caritaswissenschaft, 1982, 4.

mit ihren Disfunktionalitäten und Unzulänglichkeiten für das Leben im Aufnahmeland waren ebenfalls Gegenstand der kritischen Betrachtung in der Bildungsarbeit.

Die Fragen der Selbstorganisation gewannen mit der Zeit zunehmend an Bedeutung in der Bildungsarbeit. So fördert die Confederación mit gezielten Maßnahmen die Qualifizierung von Vorstandsmitgliedern aus den Vereinen in den Methoden des modernen Vereinsmanagements und dadurch die Herausbildung von neuen demokratischen Kadern. Eine bessere Kenntnis des gesellschaftspolitischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, seiner Strukturen und Funktionsweisen bildet hierfür eine gute Grundlage. In diesem Sinne unterstützt die Confederación auch durch ihre Bildungsarbeit diejenigen Mitglieder der lokalen Vereine, die sich aktiv am kommunalpolitischen Leben beteiligen, und ermuntert die spanische Wohnbevölkerung in Deutschland, jede politische Partizipationschance hier, in Spanien oder auf europäischer Ebene voll auszuschöpfen.

Schwierigkeiten und Herausforderungen auf dem Weg

Die Confederación musste immer mit der Ignoranz der Umwelt kämpfen. Nicht nur, dass viele Politiker und öffentliche Akteure weiterhin die Bedeutung der Migrantenselbstorganisationen für das Gelingen des Migrations- und Integrationsprozesses verkennen. Auch die strategischen Grundentscheidungen der Confederación stoßen immer wieder auf den durch Vorurteile und Unkenntnis über Wesen und Prozesse der Migration verursachten Widerstand. Damals, vor dreißig Jahren, gab es viele Politiker und „Experten“, die zum Beispiel den Sinn des muttersprachlichen Unterrichts und der Weitergabe der Muttersprache in Frage stellten. Heute gibt es wieder Politiker, so zum Beispiel in der hessischen Landesregierung, die einen Gegensatz zwischen Erlernen der Muttersprache und Integration von Migrantenkindern zu konstruieren versuchen, obwohl das Beispiel der Spanier in Deutschland unter anderem genau das Gegenteil lehrt.

Die Confederación, die im Geist des Widerstands gegen den Frankismus entstanden war, musste – vor allem in den ersten Jahren nach der Wiedereinführung der Demokratie in Spanien (Transición) – eine schwierige Gratwanderung machen zwischen der Militanz vieler ihrer Mitglieder in den politischen Parteien und der notwendigen parteipolitischen Unabhängigkeit. Das erwünschte politische Engagement darf einer unzulässigen Politisierung oder Instrumentalisierung der eigenen Verbandsarbeit durch politische Parteien keine Tür öffnen. Die Confederación hat den migrationspolitischen Diskurs von Parteien und Regierungen stets kritisch begleitet und Vereinnahmungsversuche durch politische Gruppen erfolgreich abgewehrt. Diese bejahte und erkämpfte Unabhängigkeit brachte nicht nur Anfeindungen von außen, sondern auch Spannungen innerhalb der Confederación.

Eine der schwierigsten Herausforderungen, denen die Confederación begegnen musste, war nach der Euphorie der ersten Jahre die Definition einer mittel- und langfristigen Strategie, um die Kontinuität der Organisation und

ihrer Arbeit zu gewährleisten. Wegweisend hierfür war nicht nur die Entdeckung von neuen Themen (Familien- und Erwachsenenbildung, Frauen- und Jugendarbeit, Senioren- und Kulturarbeit) und die damit einhergehende Neudefinition von Zielen, sondern ebenso der rechtzeitige Personalwechsel in den Führungsgremien. In der Organisationssoziologie hat man inzwischen gelernt, die wichtige Rolle der Nachfolger, die die begonnene Arbeit fortsetzen und weiterentwickeln, zu würdigen, nachdem lange Jahre die Hauptaufmerksamkeit fast ausschließlich auf die Gründer gerichtet war. Diese Erfahrung hat auch die Confederación gemacht.

Die Confederación verdankt ihre Existenz der schwer auszuhaltenden, aber kreativen Spannung zwischen den eigenen Integrationszielen und dem kräftigen Assimilationsdruck, der gerade durch den Erfolg ihrer Arbeit erzeugt und ständig verstärkt wird.

Das bisher Erreichte

Unter den Errungenschaften der Arbeit des Bundes der Spanischen Elternvereine stehen die schulischen und beruflichen Erfolge der Kinder und Jugendlichen an erster Stelle. Zur Zeit versucht die Confederación, wie bereits erwähnt, gerade durch das Projekt Impulso® das Hauptergebnis dieser schulpolitischen Leistung, nämlich die Bilingualität als Migrationsgewinn, einer breiten Öffentlichkeit in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bekannt zu machen. Impulso® versucht das Humankapital der bilingualen und biculturalen Fachkräfte der zweiten und teilweise auch der dritten Generation zu visualisieren und seine Bedeutung für transnational und transkulturell handelnde Unternehmen hervorzuheben.

Für die Generation der Eltern – und inzwischen der Großeltern – waren die Elternvereine und ihr Dachverband wahre Schulen, in denen Demokratie und Toleranz praktiziert und gelernt wurden.

Die Delegierten der XXIII. Generalversammlung der Confederación, die vom 31. Mai bis zum 2. Juni 2002 in Bensberg stattgefunden hat¹⁰, fassten das von den Elternvereinen und ihrem Dachverband bisher Erreichte unter folgenden drei Aspekten zusammen:

- Im Hinblick auf die Aufnahmegesellschaft in Deutschland
- Im Hinblick auf die eigene Migrantenkolonie
- Im Hinblick auf die Herkunftsgesellschaft in Spanien

Im Hinblick auf die Aufnahmegesellschaft in Deutschland wird betont, dass durch die Arbeit der Confederación die spanische Gruppe Achtung und Respekt verdient und gewonnen hat. Dadurch konnten auch Klischees und Stereotype über Migranten allgemein und über Spanier insbesondere abgebaut werden. Die Arbeit der Elternvereine und ihrer Familien hat auch zu einer

10 Siehe Bund der Spanischen Elternvereine in der Bundesrepublik Deutschland, Dokumente der XXIII. Studientagung und Generalversammlung, Bonn 2002.

„Humanisierung“ der Gepflogenheiten in Deutschland beigetragen. Dieser Beitrag wird an einem neuen Umgang in der Familie, weniger Formalität und mehr Lebensfreude festgemacht.

Die Arbeit der Confederación hatte einen gewissen exemplarischen//Modellcharakter für andere ethnische Gruppen und trug so zur interkulturellen Solidarität bei.

Im Hinblick auf die eigene Migrantenkolonie wird der Gewinn an Selbstachtung und Selbstwert betont, der mit der erfolgreichen Arbeit der Confederación einhergeht.

Als besonderer historischer Lerneffekt werden von den Delegierten der XXIII. Generalversammlung Erfahrung und Wissen über den Aufbau und die Erhaltung von Organisationen (Organisationswissen) festgehalten.

Im Hinblick auf die Herkunftsgesellschaft betonen die Delegierten das geringe Interesse der spanischen Gesellschaft allgemein für die Leistungen der Migranten und ihrer Organisationen. Andererseits wird unterstrichen, dass die Erfahrungen und Erkenntnisse und vor allem das Organisationswissen vieler zurückgekehrter Mitglieder der Elternvereine ihren Heimatgemeinden zugute gekommen sind. Sogar einige Länderregierungen sowie andere Institutionen in Spanien versuchen zur Zeit, aus dem Erfahrungsschatz der Confederación für die Gestaltung der Immigrationspolitik und insbesondere für die Schaffung neuer Partizipationsmöglichkeiten für Immigranten zu lernen.

Die Geschichte und die Erfahrungen des Bundes der Spanischen Elternvereine zeigen, dass freiwilliges Engagement zur Selbsthilfe in offenen, demokratischen Migrantenorganisationen gleichzeitig zwei Effekte erreicht, die wiederum in einer positiven Wechselwirkung zueinander stehen: Durch ihre identitätsstabilisierende und identitätsstiftende Funktion tragen die Migrantenorganisationen zu einer gestiegenen Selbstachtung und zu einem höheren Selbstwertgefühl ihrer Mitglieder bei. Die dadurch entstandenen positiven psychischen Energien zusammen mit den in den Organisationen gewonnenen sozialen Kompetenzen befähigen die Migranten für eine offene und partizipative Rolle in der Aufnahmegesellschaft. Daraus wachsen wiederum Impulse, die gesellschaftsstiftenden Charakter haben und dem Gemeinwesen zugute kommen.

Es ist zu hoffen, dass bald die Zeit kommt, in der die gesellschaftlichen und politischen Akteure diesen Reichtum der Migrantenselbstorganisationen erkennen, um ihn anzuerkennen und effektiv zu fördern.

Dr. Ertekin Özcan, Bundesvorsitzender der Föderation Türkischer Elternvereine in Deutschland, Berlin

Föderation Türkischer Elternvereine in Deutschland e.V. (FÖTED)

Vorbemerkung

In der Bundesrepublik Deutschland leben etwa 2,5 Millionen Menschen türkischer Herkunft. Im Schuljahr 1998/99 besuchten 502.750 Schülerinnen und Schüler türkischer Herkunft die Schule. Davon waren 408.712 Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden Schulen. Die Erziehungs-, Bildungs- und außerschulischen Probleme türkischer Kinder und Jugendlicher gehören immer noch zu den größten Problemen der türkischen Minderheit in Deutschland.

Trotz eines positiven Trends ist ihre Erziehungs- und Bildungssituation im Vergleich zu den deutschen Schülerinnen und Schülern und den Schülerinnen und Schülern einiger Minderheitengruppen immer noch äußerst schlecht.

Nach den Zahlen des Schuljahres 1997/98 verließen 19,5 Prozent der nicht-deutschen Schülerinnen und Schülern die Schule ohne Abschluss, 41,9 Prozent erlangten den Hauptschulabschluss, 28,9 Prozent den Realschulabschluss, 8,8 Prozent die Hochschulreife sowie 0,9 Prozent die Fachhochschulreife. Noch schlechter im Vergleich zum Durchschnitt nichtdeutscher Schülerinnen und Schüler waren die Abschlüsse der türkischen Schülerinnen und Schüler.

1. Ziele der FÖTED – Föderation Türkischer Elternvereine in Deutschland

Um einen Beitrag zur Lösung der Erziehungs- und Bildungsprobleme türkischer Kinder und Jugendlicher leisten zu können und eine bessere Interessenvertretung auf Landes- und Bundesebene zu ermöglichen, haben die türkischen Elternvereine am 5. November 1995 in Berlin die Föderation Türkischer Elternvereine in Deutschland (FÖTED) gegründet.

FÖTED verfolgt das Ziel,

- zur Lösung der Probleme von Kindern türkischer Herkunft im vorschulischen, schulischen und außerschulischen Bereich beizutragen;
- die Verbesserung ihrer Schul-, Bildungs- und Berufsbildungssituation zu fördern;
- dafür zu sorgen, dass Eltern und Erziehungsberechtigte an der Lösung der Probleme in der Erziehung, Bildung und Berufsbildung der Kinder und Jugendlichen türkischer Herkunft auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene mitwirken und Einfluss nehmen;
- die notwendigen Aktivitäten zu entwickeln, damit die Kinder türkischer Herkunft sowohl die Möglichkeiten und Erfahrungen aus ihrer Herkunft-

kultur als auch die ihres Umfeldes nutzen können und somit in physischer und psychischer Gesundheit aufwachsen sowie zweisprachig und interkulturell erzogen und ausgebildet werden;

- sich bundesweit für die Interessen türkischer Eltern und Kinder einzusetzen, sowohl im Hinblick auf die Bundesrepublik Deutschland als auch auf die Türkei, Forderungen aufzustellen und Vorschläge zu unterbreiten, um gleiche Rechte und Gleichbehandlung zu erreichen.
- FÖTED arbeitet überparteilich.

An der Gründungsversammlung der FÖTED haben zwanzig Elternvereine aus verschiedenen Bundesländern teilgenommen. Heute hat die FÖTED über sechzig Mitgliedsvereine in acht Bundesländern. Etwa 4.000 Eltern türkischer Herkunft auf Bundesebene sind in den Mitgliedervereinen der FÖTED organisiert.

Diese Vereine haben auch Kontakte zu deutschen Elternvereinen beziehungsweise zu Elternbeiräten auf örtlicher und auf Landesebene. Da viele Elternvereine in der Aufbauphase sind, versuchen sie, je nach Gegebenheiten in der Stadt oder dem Bundesland, sowohl mit den Elterngremien in den Schulen und in der Stadt als auch mit den Verbänden der Lehrerinnen und Lehrern (zum Beispiel GEW, ATÖF – Bund der Türkischen Lehrervereine in Deutschland) und sonstigen Verbänden, die im Erziehungs- und Bildungsbereich tätig sind, zusammenzuarbeiten.

2. Die Situation der Schülerinnen und Schüler türkischer Herkunft in Deutschland

Vor 17 Jahren verließen über 50 Prozent der türkischen Schülerinnen und Schüler die Schule in Berlin ohne Abschluss, heute sind dies 28 Prozent.

Seit Jahrzehnten versuchen wir die Aufmerksamkeit der verantwortlichen Politikerinnen und Politiker auf dieses Thema zu lenken. Nun wissen die Politiker und sonstige Verantwortliche, dass die Probleme der Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache, insbesondere türkischer Herkunftssprache, zu lösen sind. Auf Bundesebene besuchen etwa eine Million Kinder und Jugendliche nichtdeutscher Herkunftssprache Schulen in Deutschland. Über 90 Prozent dieser Kinder und Jugendlichen sind in Deutschland geboren.

Wir stellen folgende Probleme der Kinder und Jugendlichen türkischer Herkunft fest, die ich hier zusammenfassend aufzählen möchte:

- Die multikulturelle Struktur der Kinder und der Schülerschaft sowie die Muttersprachen werden in den Kindertagesstätten, Schulen, Jugendeinrichtungen wie auch in kinder- und jugendpsychiatrischen Diensten, in schulpsychologischen Beratungsstellen etc. grundsätzlich nicht berücksichtigt.
- Nach vierzig Jahren Migration aus der Türkei wurde Türkisch als Muttersprache und zeugnis- und versetzungsrelevantes Fach noch nicht in

den Rahmenplan integriert, sondern wird in vielen Bundesländern nur als muttersprachlicher Ergänzungsunterricht außerhalb der deutschen Schulaufsicht angeboten.

- Aus finanziellen, familiären bzw. kulturellen Hintergründen beginnt ein erheblich größerer Teil türkischer Kinder mit der Grundschule häufig ohne Vorbereitung auf das Schulleben, das heißt ohne vorschulische Einrichtungen besucht zu haben. Dies führt dazu, dass diese Kinder entweder gar keine oder sehr geringe Deutschkenntnisse haben.
- Die Konzentration der Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache in bestimmten Einzugsgebieten und Schulen, zum Beispiel der Anteil nichtdeutscher Einwohnerinnen und Einwohner in Berlin-Kreuzberg, in Nord-Neukölln, in Nord-Schöneberg, im Beussel-Kiez, im Tiergarten wie im Wedding und in Hamburg-Veddel, ist sehr hoch.
- Ein kleiner Teil der Kinder sind die nachgezogenen Kinder. Sie haben entweder keine oder sehr geringe Deutschkenntnisse.
- Auffallend ist, dass die Zahl türkischer Kinder, die in die Sonderschule für Lernbehinderte gehen, zunimmt.
- Der größte Teil der Schülerinnen und Schüler türkischer Herkunft braucht Hausaufgabenhilfe und Nachhilfeunterricht, da der größte Teil der Eltern nicht in der Lage ist, ihren Kindern bei den Hausaufgaben zu helfen.

3. Die Situation der Eltern türkischer Herkunft

Da die Eltern für die Verbesserung der Schulsituation ihrer Kinder viel leisten können, möchte ich an dieser Stelle auch kurz auf die Situation türkischer Eltern/Familien und ihre Probleme eingehen:

- Der größte Teil der Eltern türkischer Herkunft bildet die **sozial schwächste Gruppe** in der Bevölkerung. Arbeitslosigkeit ist bei ihnen zweimal höher als bei Deutschen.
- Die **Sprachbarriere** verhindert die Teilnahme des größten Teils der türkischen Eltern an Elternabenden und sonstigen Sitzungen der Schulgremien.
- Der größte Teil türkischer Eltern hat **unzureichende Informationen über das deutsche Schulsystem**.
- Der **Vertrauensbruch** und der **Vertrauensverlust** türkischer Eltern an den Schulen und deutschen Institutionen nehmen zu, da überproportional viele Kinder türkischer Herkunft an den Schulen Misserfolge haben und die Sonderschule für Lernbehinderte besuchen. Eltern türkischer Herkunft müssen häufig von der Schule Klagen über die Misserfolge ihrer Kinder hören.
- **Konfliktsituationen zwischen Eltern und Lehrerinnen und Lehrern nehmen zu.** In der Spannungssituation des verletzten Vertrauens werden den Eltern manche Entscheidungen von der Schule (bzw. den Lehrerinnen und Lehrern) aufgezwungen.

- Weitere Probleme resultieren im weitesten Sinne aus **sozialer, kultureller und politischer Diskriminierung/Ausgrenzung**: So wird zum Beispiel die Anerkennung der türkischen Muttersprache als eine der deutschen Sprache gleichwertige Muttersprache verweigert. Wie ist das Verhältnis zum „Wert“ bei englisch- oder französischsprachigen Kindern, die kein Deutsch können?
- **Arbeitslosigkeit** fördert vor allem bei den **Müttern die Isolation in der Familie** und behindert die Kontaktaufnahme zur „deutschen Welt“. Darunter leidet natürlich auch die Entwicklung der Kinder.
- **Mangel an interkultureller psychosozialer Versorgung für Familien und Kinder** nichtdeutscher beziehungsweise türkischer Herkunft, zum Beispiel völlig unzureichende Stellenbesetzungen mit muttersprachlichen Fachkräften in den psychosozialen Fachdiensten.
- **Hilflosigkeit und Ratlosigkeit bei der Lösung der innerfamiliären und der Generationskonflikte**, die wiederum die Öffnung erschweren. Die sozialen Strukturen des Herkunftslandes mit ihren Strategien zur Konfliktlösung, in denen die Elterngeneration aufwuchs, sind hier in Deutschland nicht mehr oder nur bruchstückhaft vorhanden. Daher fruchten Lösungsstrategien für bekannte Probleme oft nur unzureichend. Durch die Migration und ihre Folgen entstehen neue Problembereiche, für die neue Lösungen entwickelt werden müssen, zum Beispiel wenn eine Tochter von zu Hause wegläuft. Es entstehen Ohnmachtsgefühle, Ratlosigkeit und Hilflosigkeit, weil einerseits die eigene Sozialisation und Lebenserfahrung nicht mehr ausreichen und andererseits die Hilfsangebote aus Kita, Schule und staatlicher Jugendhilfe aus den verschiedenen genannten Gründen als nicht vertrauenswürdig erscheinen.
- Die **Zunahme der Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus verunsichert den größten Teil der türkischen Eltern**, da sie trotz langjährigen Aufenthalts immer noch einen ungesicherten Rechtsstatus haben. Nach dem Inkrafttreten des neuen Einbürgerungsgesetzes wurden die Einbürgerungsvoraussetzungen der ersten und zum Teil der zweiten Generation unter anderem wegen des Sprachtests sehr erschwert und die Hinnahme der Mehrstaatsangehörigkeit der türkischen Staatsbürger abgelehnt. Über zwei Millionen Spätaussiedler aus den ehemaligen Ostblockländern haben nach der Einreise in die Bundesrepublik Deutschland gleichzeitig die deutsche Staatsbürgerschaft erworben. Diese Ungleichbehandlung zeigt, wie weit die Mehrheitsgesellschaft gegenüber bestimmten Minderheitengruppen akzeptanz- und toleranzfähig ist.
- Die **fehlende Akzeptanz und Toleranz gegenüber den Nichtdeutschen** (insbesondere gegenüber der türkischen Minderheit) in Deutschland nimmt nach der CDU-Kampagne gegen die Mehrstaatsangehörigkeit enorm zu. Man hat nach vierzig Jahren Migration im Hinblick auf die Türkei endlich angefangen, über ein Zuwanderungsgesetz zu diskutieren, obwohl Herr Heinz Kühn, erster Ausländerbeauftragter der Bundesregierung, schon vor 24 Jahren gesagt hat, dass die Bundesrepublik Deutschland faktisch

ein Einwanderungsland sei, das jungen Menschen ausländischer Herkunft die doppelte Staatsangehörigkeit anbieten sollte.

4. Forderungen und Vorschläge

Um die deutschen Sprachkenntnisse der Kinder zu verbessern, schlagen wir folgende konkrete Maßnahmen vor:

- Die Sprachförderung soll im Kindergarten beginnen. Daher soll ab dem dritten Lebensjahr Schritt für Schritt die Kita-Pflicht für die Kinder sozial schwacher und bildungsschwacher Familien eingeführt werden. Man soll im nächsten Schuljahr mit einem obligatorischen Vorschuljahr anfangen.
- Die Erzieherinnen und Erzieher sollen durch Aus-, Fort- und Weiterbildung entsprechend der Vielfältigkeit der Gesellschaft und Kitas befähigt werden, frühzeitig den Kindern im Kindergarten Sprachen zu vermitteln. Dies muss im Rahmen der interkulturellen und zweisprachigen Erziehung in Kitas ausgebaut werden.
- Kindertagesstättengebühren für die sozial schwachen und kinderreichen Familien müssen abgeschafft werden.
- Die vorhandenen Konzeptionen der interkulturellen und zweisprachigen Kindertagesstätten müssen erweitert und neue zweisprachige und interkulturelle Kitas im städtischen Bereich eröffnet und gefördert werden.
- Die Einstellung von Erzieherinnen und Erziehern der größten Minderheitensprachen (insbesondere türkischer) mit gleicher Qualifikation muss gewährleistet werden.

Unsere Kinder werden zugleich in türkischer und deutscher Sprache und Kultur sozialisiert.

- Deshalb ist für ihre kognitive und emotionale Entwicklung auch die Förderung ihrer Muttersprache und Kultur unverzichtbar. Türkisch als Muttersprache ist erforderlich, damit die türkischen Kinder ihre Persönlichkeit sowie ihre deutsch-türkische Identität und Kultur weiter entwickeln und festigen können. Türkisch ist auch als Kommunikationssprache mit den Eltern, Großeltern und den Verwandten in Deutschland und in der Türkei unverzichtbar.

Daher fordern wir:

- Der muttersprachliche Unterricht muss Bestandteil des regulären Stundenplans und zeugnis- und versetzungsrelevant werden. Das heißt, dass das Fach „Türkische Sprache und Kultur“ als abwählbares versetzungsrelevantes Regelfach ab der ersten Klasse neben der Schulsprache Deutsch in den Schulen angeboten werden muss. Der Türkischunterricht soll in der ersten und zweiten Klasse mit fünf und in den folgenden Klassen mindestens mit vier Wochenstunden angeboten werden.

- Die türkische Sprache muss als zweite und/oder dritte Fremdsprache in den Real- und Gesamtschulen und den Gymnasien anerkannt werden und als Leistungs- und Prüfungsfach im Abitur belegt werden können.
- In den Hauptschulen muss das Fach Türkisch als muttersprachlicher Unterricht erteilt werden. Die erste Fremdsprache Englisch bleibt hiervon unberührt.
- Für die Ausbildung des Lehrpersonals im Hinblick auf das Fach Türkisch als Fremdsprache, als Muttersprache und zweisprachige Erziehung müssen an den Universitäten Studienfächer „Lehramt für Türkisch“ eingerichtet werden. In diesem Zusammenhang danken wir dem Ministerium für Schule, Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung in NRW und der Universität Essen für die Einrichtung des „Lehramts für Türkisch“. Wir hoffen, dass das Ministerium die Aufgabe des „Lehramts für Türkisch“ nicht auf die Ausbildung des Lehrpersonals in der Sekundarstufe einschränkt. Vielmehr sollte die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer auch die Primarstufe (das heißt Türkischlehrerinnen und -lehrer mit Türkisch als Muttersprache, zweisprachige Erziehung etc.) erfassen.

Unter welchen Voraussetzungen kann ein sinnvolles Lernen in Stadtvierteln bzw. Schulen mit hohem Anteil an Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache überhaupt stattfinden?

- Wie bereits erwähnt, soll die Sprachförderung im Rahmen der frühkindlichen Erziehung im Kindergarten beginnen.
- Die Einzugsbereiche der Schulen in diesen Stadtvierteln sollen neu festgestellt und erweitert werden. Sowohl deutsche als auch nichtdeutsche Schülerinnen und Schüler sollen in den Schulen möglichst so verteilt werden, dass deutsche und nichtdeutsche Schülerinnen und Schüler gemeinsam unterrichtet werden.
- Für die Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache, die zu Beginn der Schulzeit kaum oder sehr wenig Deutschkenntnisse haben, müssen zusätzliche Förderkurse „Deutsch als Zweitsprache“ angeboten werden.
- Man muss auch interkulturelle Erziehung für alle Schülerinnen und Schüler im Rahmen des Lehrplans einführen, damit interkulturelles Verständnis sowohl zwischen den Schülerinnen und Schülern als auch zwischen den Eltern verschiedener Herkunft erreicht und bessere Elternarbeit gemacht werden kann.
- Hausaufgabenhilfe und Nachhilfeunterricht für Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache und insbesondere türkischer Herkunft müssen durch öffentliche Mittel gefördert werden.
- Um die Aufklärungs- und Informationsarbeit für türkische Eltern und Schülerinnen und Schüler sowohl in Deutsch als auch in der Muttersprache zu erweitern, sollen türkische Elternvereine und die Vereine, die im Erziehungs- und Bildungsbereich tätig sind, durch öffentlich-rechtliche

Finanzmittel gefördert werden. Auch soll die Zusammenarbeit mit Elternvereinen der Minderheiten und deren Projekten intensiviert werden.

5. Welche Aktivitäten führt die FÖTED durch, um diese Barriere der Eltern zu überwinden?

Neben den schulpolitisch bedingten Faktoren spielen wirtschaftliche, soziale, kulturelle und rechtliche Voraussetzungen eine große Rolle für den erfolgreichen Schulbesuch und für die berufliche Integration. Türkische Eltern der ersten und zum Teil auch der zweiten Generation verfügen oftmals nur über unzureichende Informationen über das deutsche Schulsystem. Die Unsicherheit gegenüber der deutschen Schule, die Angst vor Behörden, die sprachlichen Defizite, der ungesicherte Rechtsstatus und/oder die jeweiligen alltäglichen Lebens- und Arbeitsbedingungen bilden Hemmschwellen, die verhindern, dass sich türkische Eltern aktiv in die Elternarbeit einbringen und in Schulgremien einsetzen.

Um die Situation unserer Kinder und Jugendlichen zu verbessern, haben wir als FÖTED mit der Türkischen Gemeinde Deutschland, ATAK, BTS und ATÖF im April 2000 eine bundesweite Erziehungs- und Bildungskampagne initiiert unter dem Motto: Schulsprache Deutsch! Muttersprache Türkisch! Das ist eine Bereicherung! Recht auf Muttersprache!

Ziel der Kampagne ist es, einerseits die türkischen Eltern dazu zu motivieren, ihren Kindern frühzeitig das Erlernen der deutschen Sprache zu ermöglichen; andererseits werden die Schulbehörden der Länder aufgefordert, die Muttersprache der türkischen Kinder in allen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen zu fördern. Somit müssen die vorhandenen interkulturellen Kompetenzen und das Potential an Zwei- bzw. Mehrsprachigkeit bei unseren Kindern und Jugendlichen in Erziehung und Bildung anerkannt und gefördert werden.

Wir führen seit zwei Jahren Bildungskonferenzen und Veranstaltungen auf Länder- und Bundesebene in Kooperation mit der Akademie Klausenhof, dem ATÖF (Bund der Türkischen Lehrervereine in Deutschland) und mit den Mitgliedsorganisationen der Türkischen Gemeinde in Deutschland sowie den Mitgliedsorganisationen der FÖTED durch, um Elternvertreterinnen und -vertreter, Lehrerinnen und Lehrer sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu motivieren und zu befähigen.

Im folgenden möchte ich am Beispiel der Aktivitäten des Türkischen Elternvereins in Berlin-Brandenburg die Bedeutung der Migrantenselbstorganisation darstellen.

6. Die Aktivitäten des Türkischen Elternvereins in Berlin-Brandenburg als Selbsthilfeorganisation

Um die Probleme der Kinder türkischer Herkunft zu lösen, bietet der Türkische Elternverein folgende Dienstleistungen und Aktivitäten an: Beratungsstunden für Eltern sowie Schülerinnen und Schüler, Infoveranstaltungen,

Hausaufgabenhilfe und Nachhilfeunterricht für Schülerinnen und Schüler, Vermittlung von Nachhilfelehrern, Berufsbildungsberatung für Jugendliche, Alphabetisierungskurse für türkische Frauen, die Kita „Kleiner Frosch“, den Mete-Ekşi-Fonds, Maßnahmen zur Integration von türkischen Familien und Eltern sowie Schülerinnen und Schülern, Arbeitsgruppen für Vorschulernziehung, muttersprachlichen Unterricht, Jugend- und Berufsbildung, Elternarbeit, Mütterarbeit, Beratung bei Schulproblemen.

Projekt „Treff-, Beratungs- und Kommunikationszentrum für türkische Eltern und SchülerInnen“

Durch die Senatsverwaltung für Soziales und Gesundheit erhält der Türkische Elternverein in Berlin-Brandenburg e. V. seit dem Jahr 1988 kontinuierliche finanzielle Unterstützung, die 1991 durch die Finanzierung des Projektes „Treff-, Beratungs- und Kommunikationszentrum für türkische Eltern und SchülerInnen“ verfestigt wurde. Im Rahmen dieses Projektes sind drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig.

Die Angebote des Projektes richten sich in erster Linie an türkische Schülerinnen und Schüler, Jugendliche und Eltern sowie auch an Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Sozialpädagoginnen und -pädagogen und andere im Sozial- und Bildungsbereich tätige Personen.

Im Rahmen dieses Projektes bietet der Türkische Elternverein folgende Dienstleistungen an:

Beratung für türkische Eltern und Schülerinnen und Schüler

Dieses Angebot umfasst zehn Stunden pro Woche offene Beratung, die sich hauptsächlich an türkische Eltern und Schülerinnen und Schüler richtet. Schwerpunktmäßig geht es hier um Schwierigkeiten und Konflikte in den folgenden Themenbereichen: vorschulische Erziehung, Grundschule, zweisprachige Erziehung, Wahl der Fremdsprache, Wahl des Oberschulzweiges, Hauptschule, Gesamtschule, Realschule, Gymnasium, Probezeit an Realschule und Gymnasium, Problembereich Sonderschule, Nachhilfe- und Fördermaßnahmen, Ordnungsmaßnahmen, familiäre Konflikte, Nachholen des Schulabschlusses, Bereich der beruflichen Bildung usw.

Ziel der Beratung ist, neben Information und Aufklärung, in Konfliktfällen zu vermitteln und für alle Beteiligten tragbare Lösungsmöglichkeiten zu finden. Im Mittelpunkt der Beratung steht das Wohl der Schülerinnen und Schüler, das in Konfliktfällen gegenüber allen beteiligten Seiten gewahrt werden soll. Es existiert eine weitverzweigte Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und Einrichtungen, wie zum Beispiel Senatsdienststellen, bezirklichen Behörden, Schulen, Kitas, schulpsychologischen sowie jugendpsychiatrischen Diensten (insbesondere in Kreuzberg, Neukölln, Schöneberg und Wedding), anderen Beratungsstellen wie ANE, Kumulus, Berliner Gesellschaft Türkischer

Mediziner, Kotti e. V., ORA 34, diversen Frauenläden usw., DPW, GEW etc. Diese Zusammenarbeit bildet einen wichtigen Bestandteil unserer Arbeit.

Gruppenarbeit (Arbeitsbereiche)

Zur Zeit existieren fünf Arbeitsbereiche, in denen ehrenamtlich tätige Vereinsmitglieder in Zusammenarbeit mit den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Aktivitäten durchführen. Sie dienen der langfristigen Förderung der Kinder und Jugendlichen im Berliner Schulsystem und in der Gesellschaft sowie der Befähigung der Eltern zur Beteiligung, Mitwirkung und Einflussnahme in Fragen der Erziehung und Bildung ihrer Kinder. Gegenwärtig hat der Verein folgende Arbeitsbereiche: Vorschulische Erziehung; Jugend – Hausaufgabenhilfe - Nachhilfeunterricht; Allgemeinbildende Schulen; Muttersprachlicher Unterricht; Elternarbeit.

Informationsveranstaltungen und Seminare

Die Informationsveranstaltungen und Seminare richten sich nach dem Schulkalender und wenden sich an die türkischen Eltern, Elternvertreterinnen und Elternvertreter, Schülerinnen und Schüler sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren als Zielgruppe.

Sie finden – mit anschließender Diskussion – in türkischer Sprache statt. Ziel ist, die Eltern und Schülerinnen und Schüler über aktuelle Themen in Vorschule, Schule und Berufsbildung sowie über ihre Rechte, Pflichten und Handlungsmöglichkeiten im deutschen Schulsystem zu informieren. Neben dem Informationsgehalt bieten diese Veranstaltungen den Eltern die Möglichkeit, ihre Fähigkeit zur aktiven Teilnahme an Gruppenversammlungen auszubilden bzw. zu stärken.

Die Veranstaltungen finden ebenfalls regelmäßiges Interesse in der Fachöffentlichkeit und führen häufig zu Fachveranstaltungen in deutscher Sprache.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit ist ein wichtiger Bestandteil des Projektes. Sie dient einerseits dem Ziel, der breiten Öffentlichkeit die Situation der türkischen Kinder und Jugendlichen im Berliner Bildungssystem zu vermitteln, und stellt andererseits eine weitere Informationsmöglichkeit für die türkischen Familien dar.

Sie wird getragen durch die rege Zusammenarbeit mit den Massenmedien, Presse, Radio und Fernsehen. Hier sind besonders die Kontakte zu den regionalen türkischen Kabelsendern hervorzuheben, in denen wir regelmäßige Informationsprogramme in Anlehnung an den Schulkalender durchführen.

Weiterhin sind Gruppengespräche, Besuche und Veranstaltungen zu erwähnen, die das Projekt mit den verschiedenen Institutionen und Interessenten aus dem In- und Ausland durchführt. Hierzu zählen neben der breiten Fachöffentlichkeit auch Kontakte mit Journalistinnen und Journalisten, Filmemacherinnen und Filmemachern, Professorinnen und Professoren und Politikerin-

nen und Politikern aus dem In- und Ausland, wie zum Beispiel aus Dänemark, Schweden, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, den USA, Japan, Russland und der Türkei.

Kita Kleiner Frosch – Küçük Kurbağa Yuvası

Die Idee, eine Kindertagesstätte zu eröffnen, wurde dem Türkischen Elternverein in Berlin-Brandenburg e. V. Anfang 1991 von der Stadtteilerneuerungsgesellschaft S.T.E.R.N. vorgeschlagen. Dieses Angebot von Räumlichkeiten im Rahmen eines Sanierungsprojektes in Moabit war die Grundlage für die Realisierung eines Projektes, das für den Verein eine qualitativ bedeutende Erweiterung seiner Aktivitäten mit sich brachte.

Die Kita Kleiner Frosch des Türkischen Elternvereins in Berlin-Brandenburg e. V. bietet Plätze an für 35 Kinder im Alter von zwei bis sechs Jahren.

Die Einrichtung ist als Eltern-Initiativ-Kita organisiert. Sie wird durch die Senatsverwaltung für Jugend und Bildung über Platzgeld finanziert. Dies bedeutet, dass pro Kind und Öffnungstag eine bestimmte Summe zur Verfügung gestellt wird. Weitere Einnahmequellen sind die Elternbeiträge, die sich wie in öffentlichen Kitas nach dem Gesetz zur Elternkostenbeteiligung richten und an das Einkommen der Eltern gebunden sind. Da die Platzgeldfinanzierung die laufenden Kosten nur zu etwa 67 Prozent abdeckt, sind die finanziellen Beiträge der Eltern wie auch ihr Engagement in aktiver Mitarbeit wie Reinigung, Reparaturen etc. sowie ihr Interesse für pädagogische Belange für den Verein von großer Bedeutung. Gleichzeitig beinhaltet das Angebot der Kita jedoch auch die kontinuierliche Zusammenarbeit mit den Eltern sowie Beratung und Unterstützung der Familien in Kontakten zur Schule und anderen Fragen in Erziehung und Bildung.

Das Konzept der Kita sieht zweisprachige interkulturelle Erziehung vor; die vier zur Verfügung stehenden 75-Prozent-Stellen sind mit zwei deutschen und zwei türkischen Erzieherinnen und Erziehern besetzt.

Durch die Gleichwertigkeit der Sprachen und die Mischung von türkischsprachigen und deutschsprachigen Kindern erhalten sowohl die türkischsprachigen Kinder Gelegenheit, ihre Deutschkenntnisse zu verbessern bzw. solche zu erwerben, wie auch die deutschsprachigen Kinder Gelegenheit erhalten, sich Türkischkenntnisse anzueignen.

Die Öffnungszeiten der Kita beträgt täglich acht Stunden von 8.00 bis 16.00 Uhr. Das Angebot teilt sich in drei Altersgruppen auf: die Kitakinder, vier bis fünf Jahre, die Vorschulkinder, fünf bis sechs Jahre, und die Schulkinder (Hortkinder), sechs bis zwölf Jahre. Für die Vorschulkinder gibt es ein den Vorklassen in den Schulen entsprechendes Lernangebot, das in den Tagesablauf integriert ist. Für die Hortkinder gibt es nach der Schule Zeit, unter Betreuung Hausaufgaben zu machen wie auch mit den anderen Kindern gemeinsam an Aktivitäten teilzunehmen.

Dieser Ansatz des Türkischen Elternvereins, deutsche und nichtdeutsche Kinder gemeinsam zu erziehen und ihnen von klein auf die Gleichwertigkeit

der jeweils anderen Sprache(n) und Kultur(en) zu vermitteln, ist ein weiterer Beitrag des Vereins zum friedlichen Zusammenleben der Kulturen in Berlin.

Der Türkische Elternverein fordert, dass die Senatsverwaltung für Jugend in der Versorgung der Stadt die Bedürfnisse der Bevölkerung nach zweisprachigen bzw. multikulturellen Einrichtungen ausreichend berücksichtigt.

Mete-Ekşi-Fonds

Die in der Wiedervereinigungsphase gewachsenen rassistischen und ausländerfeindlichen Übergriffe beeinflussten am stärksten die Jugend als dynamischste Gruppe in der Gesellschaft. Die Gruppenbildung der Jugendlichen, die in allen Zeitperioden existiert, wandelte sich hier in eine Gegenwehr gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Manche rechtsextremen und fanatisch politischen Jugendgruppen wollten sie für ihre Zwecke nutzen. Sie drängten die Jugendlichen zu Gewalttaten. Während dieser Periode, insbesondere in den Jahren 1989 bis 1993, musste der Türkische Elternverein einen erheblichen Teil seiner Kraft dieser Problematik widmen.

Zu den Themen Jugendgruppen und zur Gewaltproblematik haben die Vertreterinnen und Vertreter des Vereins an hunderten von Veranstaltungen teilgenommen. Sie haben versucht, die politisch Verantwortlichen, Schulleiterinnen und Schulleiter, Lehrerinnen und Lehrer und Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie die türkische und deutsche Öffentlichkeit im Sinne der Vermeidung von Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Gewalt zu beeinflussen. Man konnte aber nicht verhindern, dass ein ehrenamtlicher Mitarbeiter des Türkischen Elternvereins (der 19-jährige Mete Ekşi) bei der Hausaufgabenhilfe am 13.11.1991 durch die Eskalation der Gewalt an den Folgen der tätlichen Auseinandersetzung getötet wurde.

Nach dem Tod von Mete Ekşi hat der Türkische Elternverein in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft Erziehung und **Bildung (GEW) im Jahr 1992 zum Andenken an Mete Ekşi den METE EKŞI FONDS gegründet. Der Fonds vergibt seit 1992 jährlich einen Preis in Höhe von 5.000,- DM für Jugend- und Kindergruppen, die einen Beitrag für das friedliche, tolerante und gleichberechtigte Zusammenleben von deutschen und nichtdeutschen Jugendlichen leisten.**

Schlussbemerkung

Diese Ausführungen zeigen, dass die FÖTED und der Türkische Elternverein in Berlin-Brandenburg e. V. durch die Aktivitäten und Dienstleistungen ihrer Projekte zur Motivation und zum Ausbau des Selbsthilfeansatzes von türkischen Eltern sowie zur Lösung der Probleme ihrer Kinder beigetragen haben und noch beitragen. Diese Sozial- und Dienstleistungen können durch die traditionellen sozialarbeiterischen Institutionen nicht geleistet werden.

Durch kontinuierliche Aktivitäten haben die FÖTED und ihre Mitgliedsvereine sowie der Türkische Elternverein in Berlin-Brandenburg die politischen

Parteien, insbesondere die Verantwortlichen in den Bildungsministerien und Senatsverwaltungen in verschiedenen Bundesländern, in den Länderparlamenten und anderen Organisationen positiv beeinflussen können. Beispielsweise hat der Türkische Elternverein in Berlin-Brandenburg durch 5.000 Unterschriften den wichtigsten Beitrag zur Fortführung der zweisprachigen Alphabetisierung und Erziehung im Jahr 1993 in Berlin geleistet.

Abgesehen davon hat der Türkische Elternverein seit seiner Gründung dazu beigetragen, den § 35a des Berliner Schulgesetzes abzuschaffen. Damit wurden 1995 die Ausländerregelklassen und die Quotenregelung aufgehoben.

Schließlich gelang es dem Türkischen Elternverein im Jahre 1998, durch seine Unterstützung der Eltern und ständige politische Arbeit im Rückert-Gymnasium die Abschaffung des Faches Türkisch als zweite Fremdsprache zu verhindern.

Der Türkische Elternverein in Berlin-Brandenburg e. V. wuchs durch seine bisher durchgeführten Aktivitäten zu einer Institution heran, die sowohl von den deutschen als auch türkischen offiziellen Stellen, von der Öffentlichkeit und von den Eltern anerkannt und akzeptiert wird.

Wie der Türkische Elternverein leistet die FÖTED auf Bundesebene durch überparteiliche Aktivitäten sowie Dienstleistungen von ihren über 60 Mitgliedervereinen einen wichtigen Beitrag zur Integration türkischer Familien in das schulische, politische und gesellschaftliche System der Bundesrepublik Deutschland. Wenn Bundesregierung und Landesregierungen den Integrationsprozess der türkischen Minderheit beschleunigen wollen, sollten sie ihre finanzielle und politische Unterstützung für die FÖTED – Föderation Türkischer Elternvereine in Deutschland – und ihre Mitgliedsvereine intensivieren.

V. Best Practice-Beispiele stellen sich vor

Ursula Müller Alarcón, Caritasverband für den Landkreis Peine

Qantara – Ausbildung von bleibeberechtigten Flüchtlingen zu Mediatorinnen und Mediatoren im Jugendhilfe- und Schulbereich

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin eingeladen worden, um über das Projekt Qantara zu berichten, welches wir als Pilotprojekt der Europäischen Union beim Caritasverband Peine durchgeführt haben. Doch vielleicht sollte ich Ihnen zuerst etwas über Peine erzählen. Peine liegt in Niedersachsen, an der A 2 zwischen Hannover und Braunschweig. Der Landkreis hat 170.000, die Stadt 50.000 Einwohner, der Anteil der ausländischen Bevölkerung liegt bei 7 Prozent, vorwiegend türkischer Nationalität. Dies sind größtenteils ausländische Arbeitnehmer, die durch die Stahlwerke Salzgitter AG angeworben wurden.

Der Migrationsdienst des Caritasverbandes ist in Peine die einzige Beratungsstelle für Zuwanderer, also für Arbeitsmigrantinnen und -migranten, Flüchtlinge, Aussiedlerinnen und Aussiedler und Menschen in binationalen Familien oder Partnerschaften. Im Migrationsdienst arbeitet zur Zeit ein Team von sieben Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern. Die Dienste umfassen Beratung, Integrationsangebote wie Sprachkurse und Bildungsmaßnahmen, Jugendsozialarbeit, Projekte in und mit Institutionen sowie Gemeinwesenarbeit.

Doch nun zu Qantara. Qantara stammt aus dem Arabischen und bedeutet übersetzt Brückenbogen. Das erschien uns ein gutes Bild für das Ziel unseres Projektes – der Ausbildung von bleibeberechtigten Flüchtlingen zu Mediatorinnen und Mediatoren im Jugendhilfe- und Schulbereich. Es war eins von sechs bundesdeutschen Pilotprojekten der Europäischen Union unter dem Titel „Ressourcenaktivierung zur Förderung der gesellschaftlichen Partizipation“ der EU-Haushaltlinie B3-4113. Transnationaler Partner war EnAip – Emilia Romagna, ein Berufsbildungswerk in Bologna in Italien. Das Gesamtprojekt wurde wissenschaftlich begleitet und evaluiert vom Institut für Angewandte Forschung, Entwicklung und Weiterbildung (IAF) der Katholischen Fachhochschule Freiburg und dem Deutschen Caritasverband, Referat Migration und Integration.

Das Peiner Projekt Qantara startete im März 1999 mit zwölf Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus neun verschiedenen Ländern. Es waren acht Frauen und vier Männer im Alter zwischen 26 und 42 Jahren, Flüchtlinge mit Asylberechtigung oder Bleiberecht. Der größte Teil lebte bereits viele Jahre in diesem Land und verfügte über gute bis ausreichende Sprachkenntnisse. Fast alle hatten in ihrer Heimat eine Berufsausbildung abgeschlossen und in verschiedenen Berufen gearbeitet. Nach einem Monat schieden zwei Teilnehmerinnen und zwei Teilnehmer aus, die verbliebenen acht blieben bis zum Ende der Maßnahme im Dezember 1999 im Projekt.

Als Motivation für die Teilnahme an dem Projekt wurden unter anderem genannt: Aufbrechen der Isolation, Interesse an intellektueller Herausforderung, Chancen für eigene Weiterbildung, Möglichkeiten der Partizipation in dieser Gesellschaft, Erweiterung der sprachlichen und sozialen Fähigkeiten.

Welches war unsere Motivation für dieses Projekt, der Ausbildung von Mediatorinnen und Mediatoren im Jugendhilfe- und Schulbereich?

Die intensive Zusammenarbeit mit Schulen im Landkreis Peine mit einem hohen Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler sowie dem Jugendamt führte zu der Beobachtung, dass es große Probleme bei der sprachlichen und kulturellen Verständigung gibt. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Lehrerinnen und Lehrer haben oftmals aufgrund fehlender interkultureller Kompetenzen Schwierigkeiten, ausländische Eltern zu erreichen, oder können ihnen nicht deutlich machen, welche Erwartungen und Anforderungen diese Institutionen beziehungsweise die Gesellschaft an sie stellt. Ausländische Eltern wiederum haben kaum oder keinen Zugang zu Informationen und können ihre Kinder nicht adäquat unterstützen. Probleme im familiären oder schulischen Bereich können wegen sprachlicher oder kultureller Verständigungsschwierigkeiten nicht bearbeitet werden. Kinder aus Migrantenfamilien leben häufig in verschiedenen Kulturen, mit unterschiedlichen Deutungs- und Bewertungsmustern. Wenn es zwischen den Akteuren keine Kommunikation gibt, besteht die Gefahr, dass Konflikte zu Lasten der Kinder ausgetragen werden. Deutschen Pädagogen fehlt oft das Wissen über kulturelle, soziale und religiöse Werte und Normen der Zuwanderergesellschaften, die das Handeln von Menschen bestimmen. Erziehungsziele und -stile differieren. So wird zum Beispiel in der deutschen Gesellschaft die Erziehung zu Autonomie, Selbstständigkeit, Unabhängigkeit und Emanzipation gefördert; andere Gesellschaften sehen die Einbindung in das familiäre Wertesystem als wichtigste Erziehungsaufgabe. Ob eine Gesellschaft individualistisch oder kollektivistisch organisiert ist, beeinflusst die Lösungsstrategien bei der Regelung in Konfliktsituationen.

Mangels qualifizierter Dolmetscher werden oftmals Kinder aus Zuwandererfamilien als Übersetzer eingesetzt. Diese sind jedoch aufgrund ihres Alters und angesichts der komplexen Problematik mit diesen Aufgaben überfordert und geraten häufig in Interessenkonflikte.

Die gezielte Beteiligung und Einbeziehung von geschulten Mediatorinnen und Mediatoren im Jugendhilfe- und Schulbereich eröffnet die Möglichkeit, vorstehend beschriebene Defizite und Problemlagen reduzieren zu können. Aufgrund persönlicher Kompetenzen und eigener Migrationserfahrungen sowie einer spezifischen Ausbildung wie zum Beispiel im Projekt Qantara können Zuwanderer in die Lage versetzt werden, als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zwischen ausländischen Familien und Schule und Jugendamt in Konfliktfällen zu vermitteln, zu unterstützen und eigenverantwortlich mit den entsprechenden Einrichtungen zusammenzuarbeiten.

In den verschiedenen Zuwanderergruppen können die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Projektes als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und

qualifizierte Schlüsselpersonen Informationen und ihre Erfahrungen einbringen und als kompetente Ansprechpartner ihre Landsleute beraten und unterstützen. Damit kann ein Dialog beginnen, der eine Integration und die damit verbundenen Veränderungen in der Gesellschaft gleichberechtigt und demokratisch ermöglicht.

Im Projekt Qantara arbeiteten eine Diplom-Pädagogin mit einer Zusatzausbildung als Mediatorin, die den Bereich des Fachunterrichts abdeckte, eine Lehrerin für Deutsch für den Sprachunterricht sowie eine Diplom-Übersetzerin, die mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Grundlagen des Übersetzens erarbeitete. Am Ende der Maßnahme hatten sieben Teilnehmerinnen und Teilnehmer das Europäische Sprachenzertifikat Deutsch erworben.

Zur Erweiterung der Strukturkompetenz wurden im Fachunterricht wesentliche Grundlagen in Bezug auf Kultur, Staatsaufbau, Kommunen und Schulen einschließlich Inhalte, Verantwortung und Zuständigkeiten sowie eine Einführung in fachspezifische Elemente des Jugendhilfe- und Schulrechts vermittelt. Informationen über Methoden und Handlungsansätze in der Jugendarbeit, der sozialpädagogischen Arbeit mit Familien und in Schulen sollten auf den Einsatz in Praktika in Schule und Jugendamt vorbereiten.

Außerdem wurden zu unterschiedlichen Themen verschiedene Referentinnen und Referenten eingeladen. Dies waren Fachleute aus dem Jugendamt (Bezirkssozialarbeit, Sozialpädagogische Familienhilfe, Jugendgerichtshilfe), der Polizei aus dem Bereich Jugendschutz, dem Kinderschutzbund, Heckenrose – einem Verein gegen sexuellen Missbrauch –, dem Familiengericht, der Erziehungsberatungsstelle, der allgemeinen Lebens- und Sozialberatung und sozialen Trainingskursen, die alle über ihre Arbeit berichteten, Einblicke in vorhandene Strukturen gaben und gern zu Diskussionen zur Verfügung standen.

Die Verstärkung der sozialen Kompetenz durch die intensive Auseinandersetzung mit der Definition der eigenen Rolle als Mediatorin oder Mediator sowie die Einführung in die Methodik von Mediationsprozessen und Kommunikationstechniken nahmen einen breiten Raum im Projekt ein.

In den Praktika von jeweils zwei Wochen in verschiedenen Schulen und im Jugendamt hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, die Funktion, das Innenleben von Institutionen und die handelnden Personen kennen zu lernen und Handlungsabläufe begleiten zu können. In diesem Bereich gab es die deutlichsten Reaktionen sowohl bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern als auch in den Institutionen, zum Beispiel Veränderungen von (Vor-)Urteilen, Sichtweisen, Wertschätzungen.

Seitens der Projektleitung des Caritasverbandes erfolgte eine intensive Betreuung durch Begleitung und Supervision der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und der Lehrkräfte im Projekt, ebenso der Kontakt zu den jeweiligen Referentinnen und Referenten, den Behörden und den Praxisstellen. Um Müttern eine Teilnahme zu ermöglichen, war die Betreuung der Kinder

durch eine Erzieherin eine wichtige Voraussetzung für die Durchführung des Projektes.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass das Projekt Qantara, die Ausbildung von Mediatorinnen und Mediatoren an der Schnittstelle Jugendhilfe und Schule einerseits und ausländischen Familien andererseits, Flüchtlingen die Möglichkeit bietet, ihre persönlichen Kompetenzen unter Beweis zu stellen und durch ihren Einsatz aktiv die Integration anderer Migrantinnen und Migranten zu fördern. Den beteiligten Institutionen bietet das Projekt eine Erweiterung der interkulturellen Kompetenzen und eröffnet Möglichkeiten, in Kooperation mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern bei der Zusammenarbeit mit ausländischen Familien adäquater deren kulturelle Hintergründe zu berücksichtigen und damit auch besser beraten und unterstützen zu können. Durch die Einführung einer Person als Mediatorin oder Mediator aus dem gleichen Kulturkreis kann das Vertrauen der zugewanderten Familien gewonnen und können die Chancen zur Zusammenarbeit verbessert werden.

Die Ausbildung zugewanderter Menschen zu Mediatorinnen und Mediatoren eröffnet Migrantinnen und Migranten Perspektiven der Partizipation, der gestaltenden Teilnahme, weil sie aktiv an gesellschaftlichen Prozessen teilnehmen, Einfluss nehmen und gleichzeitig ein Teil des Systems werden. Die Förderung der Integration und der Partizipation von Flüchtlingen in der deutschen Gesellschaft durch die Aktivierung des Selbsthilfepotentials soll durch den zentralen ressourcenorientierten Ansatz zum einen den Flüchtlingen die Möglichkeit geben, am eigenen Integrationsprozess gestaltend mitzuwirken; auf Seiten der Aufnahmegesellschaft ermöglicht er Kompetenzerweiterung und Qualifizierung für einen Strukturwandel.

Indem die Flüchtlinge Einfluss nehmen auf Gestaltungsprozesse und -inhalte der Integration, wird der emanzipatorische Ansatz des Projektes deutlich. Durch Multiplikatoren in den jeweiligen Zuwanderergruppen können notwendige Veränderungen in den gesellschaftlichen Beziehungen bearbeitet und ein interkultureller Dialog eröffnet werden.

In Peine hat Qantara große Zustimmung gefunden. Einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer arbeiten als Mediatorinnen und Mediatoren in unterschiedlichen Bereichen, unter anderem in Schulen bei Informationstagen für zugewanderte Eltern in deren Muttersprache. Das findet zum Teil in den Schulen, aber auch in den ausländischen Vereinen statt. Wir wünschen uns aber noch ein stärkeres Engagement der Kommunen.

In dem bei der Kreisvolkshochschule Peine entstandenen Netzwerk „Kibi“ um die „Verlässliche Grundschule“ sind die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Projektes aufgenommen und werden über eine Homepage im Internet als Betreuungskräfte den Schulen in der Region Peine angeboten. Eine Teilnehmerin arbeitet in diesem Bereich.

Zwei Teilnehmerinnen arbeiten in einem weiteren Projekt des Caritasverbandes, in der „Deutschförderung in Kindertagesstätten“. Hier lernen Kinder mit

ihren Müttern und Vätern gemeinsam Deutsch. Die Mediatorinnen funktionieren als Bindeglied zwischen Elternhaus und Kita.

Mit der Kreisvolkshochschule Peine wird zur Zeit ein Weiterbildungsangebot „Interkulturelle Mediation“ entwickelt, in dem der Einsatz der Mediatorinnen und Mediatoren als Co-Trainer geplant ist.

Durch den Erwerb des Zertifikates „Deutsch“ haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wesentlich bessere Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt und bei dem Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit. Zwei Teilnehmerinnen haben einen Arbeitsplatz gefunden, zwei Teilnehmerinnen durchlaufen eine Umschulung durch das Arbeitsamt beziehungsweise eine die Ausbildung als Krankenpflegerin. Dies kann durchaus mit als ein Resultat der Maßnahme gewertet werden, denn durch die Einbindung in Strukturen, Verbesserung der Sprachkompetenz und Informationen sind die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch auf Anforderungen in anderen Bereichen vorbereitet worden.

Am 3. Juni 2002 haben wir mit dem zweiten Qantara-Projekt begonnen. Es wird vom Europäischen Flüchtlingsfonds gefördert und richtet sich an Flüchtlinge während des Aufnahmeverfahrens. 16 Personen, acht Frauen und acht Männer aus neun Ländern, werden bis Ende 2003 an der Maßnahme teilnehmen, die um den Bereich Gesundheitswesen erweitert wurde.

Dieses neue Projekt wird sich vermutlich anders gestalten. Da es sich um Flüchtlinge mit einer Aufenthaltsgestattung oder einer Duldung handelt, ist der Aufenthalt in Deutschland nicht gesichert. Die Rückkehr in die Heimat oder Abschiebungen sind möglich. Dennoch sind wir guten Mutes, denn es wurde bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern trotz dieser Perspektive eine hohe Motivation deutlich. Da der größte Teil über einen überdurchschnittlich guten Bildungshintergrund verfügt, wird im Augenblick allein die Möglichkeit einer intellektuellen Betätigung als Chance gesehen, um zeitweise dem Heimalltag zu entkommen. Ich wage es dennoch schon jetzt zu behaupten, dass die Ausbildung und der Einsatz dieser Menschen in den von uns beschriebenen Arbeitsfeldern zu Veränderungen in den Institutionen und der in ihnen handelnden Personen führen werden.

Dokumentationen

Qantara – Eine Brücke zwischen den Kulturen. Dokumentation eines Pilotprojektes der Europäischen Union für bleibeberechtigte Flüchtlinge. Ausbildung von Mediatorinnen und Mediatoren im Jugendhilfe- und Schulbereich. Caritasverband für den Landkreis Peine e. V., Am Amthof 3, 31224 Peine, Telefon 05171/700 332, migration@caritaspeine.de

Promoting Participation. Ressourcenaktivierung zur Förderung der gesellschaftlichen Partizipation von bleibeberechtigten Flüchtlingen. Dokumentation eines Projektes, gefördert durch die EU-Kommission unter der Haushaltslinie B3-4113.

Phuong Kollat, *Leiterin der vietnamesischen Begegnungsstätte des Vereins Diên Hồng, Rostock*

Verein Diên Hồng – Gemeinsam unter einem Dach e. V., Rostock

Die Entstehung des Vereins

Seit 1979 sind vietnamesische Frauen und Männer auf der Basis eines Regierungsabkommens zwischen der SR Vietnam und der ehemaligen DDR zumeist als Hilfsarbeiter nach Rostock gebracht worden. Das „abgegrenzte Leben“ in Wohnheimen machte es ihnen fast unmöglich, mit der Bevölkerung in Kontakt zu treten und eine persönliche Beziehung aufzubauen.

Nach den Angriffen auf das Lichtenhager Wohnheim im August 1992 beschlossen Vietnamesen, die sich nach der Flucht zusammen in einer Notunterkunft befanden, ihr Schicksal selbst aktiv zu beeinflussen und vor allem den Kontakt zu deutschen Einwohnern in der Hansestadt Rostock zu suchen. Der Verein „Diên Hồng – Gemeinsam unter einem Dach“ wurde am 24. Oktober 1992 (zwei Monate nach den Pogromen) im Lichtenhager „Sonnenblumenhaus“ in Rostock gegründet und hat seit September 1999 seinen Sitz im Rostocker Stadtteil Kröpeliner Tor-Vorstadt. Mitglieder sind zur Zeit rund vierzig Einzelpersonen, vorwiegend vietnamesischer und deutscher Staatsangehörigkeit.

Der Verein arbeitet für ein besseres Zusammenleben und Chancengleichheit zwischen Deutschen, Vietnamesen und anderen Zugewanderten. Dabei liegen besondere Schwerpunkte des Engagements in der sprachlichen und beruflichen Qualifizierung Zugewandelter sowie in vielfältigen Begegnungen zwischen Einheimischen und Zugewanderten. Zu diesem Zweck haben wir im Februar 1994 eine deutsch-vietnamesische Begegnungsstätte eröffnet, in der die unterschiedlichsten Kultur-, Bildungs- und Freizeitveranstaltungen stattfinden.

Die unterschiedlichen Bereiche

Die vietnamesische Begegnungsstätte

Die Satzung des Vereins hatte bei der Gründung im Oktober 1992 folgendes Ziel: „Für die in Rostock lebenden Vietnamesen trägt dieser Verein zur Wahrung ihrer Interessen und Kultur bei. Der Verein bemüht sich darum, Voraussetzungen und Möglichkeiten für eine soziale und gesellschaftliche Integration der Vietnamesen zu schaffen. Gleichzeitig öffnet er sich den deutschen und Bürgern anderer Nationalitäten. Sie können mitwirken und Mitglieder werden. Das wichtigste Projekt des Vereins ist die Schaffung einer vietnamesisch-deutschen Begegnungsstätte im Sonnenblumenhaus, jenem Haus, das in den Krawallnächten angegriffen und in Brand gesetzt wurde. Für unser Projekt hat gerade dieses Haus Symbolcharakter, denn hier es-

kalierte die nackte Gewalt gegen Ausländer und hier soll praktiziert werden, dass Deutsche und Ausländer ihre gegenseitigen Vorurteile abbauen und ein friedliches Miteinander durch Kommunikation möglich ist.“

Zur Verbesserung der sozialen Integration und zur Stärkung der interkulturellen Beziehungen von Migrantinnen und Migranten wurden von der Begegnungsstätte vielfältige Angebote unterbreitet. Insbesondere durch die kontinuierlichen Begegnungen und Veranstaltungen konnten gleichberechtigte Beziehungen aufgebaut und gefestigt sowie die Fremdenfurcht zwischen Deutschen und Zugewanderten, zumeist Vietnamesinnen und Vietnamesen, abgebaut werden.

Offizielle Ziele und Aufgabenfelder der Begegnungsstätte sind:

- Führung der vietnamesisch-deutschen Begegnungsstätte als Ort des interkulturellen Austauschs zwischen Bürgern unterschiedlicher Herkunft sowie als Treffpunkt für in Rostock lebende Vietnamesen
- Organisation und Durchführung von Informations- und Kulturveranstaltungen für Vietnamesen, Deutsche und andere Bürger
- Informationsangebote und -veranstaltungen für Vietnamesen, die der Integration in die hiesige Gesellschaft dienen
- Fortsetzung der Erziehungs- und Bildungsarbeit mit allen Altersgruppen in Zusammenarbeit mit Kindergärten, Schulen, Hochschulen und Trägern der politischen Bildung
- Anbieten von Freizeit- und Sportaktivitäten, die auch das gegenseitige Kennenlernen fördern, zum Beispiel Musikgruppen, Frauencafé, Familien- und Stadtteilstefte, Erlebnisfahrten, Tischtennis, Fußball, Kraftsport

Projekt für berufliche Beratung und Qualifizierung von Zugewanderten MIGRA

Es wird über das Land Mecklenburg-Vorpommern aus Mitteln des *Europäischen Sozialfonds (ESF)* finanziert und hatte zuerst eine Laufzeit von zwei Jahren (April 2000 bis März 2002). Das Projekt wurde bis Ende Oktober 2002 verlängert.

Außer Mitteln für Personal- und Sachkosten wurden erstmals Gelder für projektinterne Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt, über deren Verwendung wir gemeinsam mit dem Kooperationspartner, der *Europäischen Wirtschafts- und Sprachenakademie in Rostock (EWS)*, eigenverantwortlich entscheiden können.

Zu den verschiedenen Projektbausteinen zählen:

- berufsbezogene Einzelberatung
- allgemeinsprachliche und berufsbezogene Deutschkurse
- Orientierungs- und Feststellungsmaßnahmen
- berufliche Qualifizierungsmaßnahmen (Fortbildung und Umschulung)
- sozialpädagogische Begleitung der einzelnen Maßnahmen.

Bereich Kinder- und Jugendarbeit

Der Verein Diên Hông ist ein anerkannter Träger der freien Jugendhilfe und hat seit der Vereinsgründung 1992 die Arbeit mit deutschen und nichtdeutschen Kindern und Jugendlichen als notwendigen Bestandteil der Bemühungen zur Überwindung von Berührungängsten verstanden. Der Verein misst diesem Bereich große Bedeutung bei und plant, auch angesichts der stetig steigenden Zahlen nichtdeutscher Kinder und Jugendlicher in Rostock, seine Jugendarbeit mit Unterstützung der Kommune kontinuierlich fortzusetzen und auszubauen.

Seit Mai 1998 wurde die Jugendarbeit in der Offenen Jugendarbeit durch einen Sozialpädagogen, der gleichzeitig Jugendprojektleiter ist, koordiniert und mit den Kolleginnen der Begegnungsstätte des Vereins gemeinsam realisiert.

Bereich der allgemeinen und politischen Weiterbildung

Seit April 2001 ist Diên Hông staatlich anerkannter Bildungsträger und bietet im Rahmen der allgemeinen und politischen Weiterbildung Sprachkurse, Seminare, Vorträge und Informationsveranstaltungen für Zugewanderte und Einheimische an.

In den vier Bereichen des Vereins Diên Hông arbeiten zur Zeit 13 Menschen unterschiedlicher Herkunft: Vietnamesen, Deutsche, eine Spätaussiedlerin, ein Syrier, ein Kubaner und eine Ungarin.

Die Vernetzung

Die zuvor erwähnten vier Hauptbereiche des Vereins Diên Hông können nur auf der Basis einer vernetzten Zusammenarbeit untereinander sowie der kontinuierlichen Kooperation mit folgenden Institutionen so erfolgreich arbeiten:

- dem Ausländerbeauftragten der Hansestadt Rostock
- dem Büro des Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern
- Kommunalpolitikerinnen und -politiker
- Landespolitikerinnen und -politiker
- dem Arbeitsamt, der Ausländerbehörde, dem Sozial- und Jugendamt sowie der Abteilung Wohnungswesen der Hansestadt Rostock
- Sprachverbänden
- der IHK und der Handwerkskammer (Anerkennung der Berufsabschlüsse)

Weiterhin ist die Zusammenarbeit mit anderen gemeinnützigen Trägern sowie mit anderen Institutionen der Ausländerarbeit und Sozialen Diensten in der Hansestadt Rostock wichtig und notwendig.

Die Zusammenarbeit mit der Vietnamesischen Botschaft in Berlin, den Ausländerbeauftragten anderer Bundesländer sowie mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Studentinnen und Studenten anderer Universitäten gewinnt zunehmend eine große Bedeutung.

Die Kooperation mit Projekten anderer Migranteninitiativen in und außerhalb der Hansestadt Rostock, insbesondere der Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit mit vietnamesischen Vereinen und Initiativen in anderen Städten, trägt ebenfalls zur Realisierung gemeinsamer Ziele bei.

Was ist an dem Verein am wichtigsten für die Vietnamesen?

Als wir den Verein gegründet hatten, stand für uns die wichtigste Aufgabe fest: Schutz für die Vietnamesen zu bieten. Hier können sie die Traumata der fremdenfeindlichen Übergriffe verarbeiten und die Ängste abbauen. Außerdem wollte der Verein den Kontakt zwischen Deutschen und Vietnamesen herstellen, um Fremdenfurcht abbauen zu können.

Das Einsetzen für das Bleiberecht der Vietnamesen sowie die Bewältigung anderer Probleme, wie Sprache, Beruf, Sozialprobleme und das Zurechtkommen in dem komplizierten behördlichen Dschungel und zum späteren Zeitpunkt die Unterstützung bei dem Nachzug Familienangehöriger, sind wichtige Aufgaben des Vereins Diên Hồng.

Die Schwierigkeiten im Verein

- Die Vietnamesen haben ein Identitätsproblem mit der Öffnung des Vereins im Jahr 1998. Mit der Änderung der Vereinssatzung ist Diên Hồng ein Ansprechpartner für die berufliche und soziale Integration von Migrantinnen und Migranten in der Region.
- Die Vietnamesen haben andere Vorstellungen von Integration, zum Beispiel das Problem mit dem langfristigen Denken und Planen.

Einerseits richten Vietnamesen ihr Leben in Deutschland dauerhaft ein, so dass sie wahrscheinlich ihr gesamtes Leben in der deutschen Gesellschaft verbringen werden. Grundlage dafür ist die ihnen zugeteilte unbefristete Aufenthaltserlaubnis. Dieser Status ermöglichte es ihnen, ihre engsten Familienangehörigen nachzuholen. Sie haben sich somit für Deutschland als ihren Lebensmittelpunkt entschieden.

Andererseits sind die meisten Vietnamesen in ihren Vorstellungen von einer funktionierenden Gesellschaft stark an ihr Herkunftsland Vietnam gebunden. Es herrscht relative Unwissenheit über die in Deutschland existierenden sozialen Systeme, wie zum Beispiel das Bildungs-, Arbeits- und Gesundheitssystem. Durch die starke Ausprägung der vietnamesischen Familienzugehörigkeit werden Erwartungen an die Familienmitglieder – vor allem an die Kinder – gestellt, wie sie in Vietnam üblich sind, aber in Deutschland kaum

realisiert werden können. Dies stellt ein erhebliches Konfliktpotential für die in Rostock lebenden Vietnamesen dar.

Ähnliche Konflikte können sich auch im Verhältnis zwischen Vietnamesen und dem Verein Diên Hồng feststellen lassen.

Zum Teil verstehen die Vietnamesen aus den oben genannten Gründen nicht, wie wichtig und sinnvoll die Angebote des Vereins zur Integration in Deutschland sind. Zum anderen Teil ist anzunehmen, dass der Verein Diên Hồng Angebote der Integrationshilfe gemacht hat, die nicht exakt genug auf die Bedürfnisse der vietnamesischen Bürger zugeschnitten waren.

Eine Konzentration auf folgende Zielgruppen erscheint notwendig: **Eltern, Kinder und Jugendliche, Selbstständige und nachgereiste Ehefrauen.**

Förderung der Selbsthilfe

Eltern

Einerseits muss den Eltern klar gemacht werden, dass sie nicht ihre gesamte Energie in die Kinder stecken können. Es genügt nicht, dass nur die Kinder und Jugendlichen gute Deutschkenntnisse erwerben. Durch die unterschiedlichen Familienbeziehungen in Deutschland werden auch die Eltern gezwungen sein, ihre Sprachfähigkeiten entscheidend zu verbessern.

Andererseits ist es aufgrund der starken Hierarchie in der vietnamesischen Familie für den Verein Diên Hồng über die Eltern besser möglich, den Kontakt zu den Kindern und Jugendlichen herzustellen.

Kinder und Jugendliche

Wichtigste Aufgabe für den Verein wird es sein, verbesserte Sprach- und Bildungsangebote zu machen. Da für die vietnamesischen Kinder und Jugendlichen Schulpflicht besteht, ob sie die deutsche Sprache beherrschen oder nicht, ist es nötig, Sprachkurse anzubieten, die parallel zum Schulunterricht durchgeführt werden können. Auch eine Form von Hausaufgabenhilfe, die von den Eltern meist nicht geleistet werden kann, müsste angeboten werden.

Ein weiterer wichtiger Aspekt zur Integration der Kinder und Jugendlichen in das deutsche Gesellschaftssystem ist es, sie in ihrem Prozess der Identitätsfindung zu unterstützen. Der Verein bietet ihnen einen Ort der Sicherheit in dem Sinne, dass sie hier ihre Herkunftskultur weiter leben können. Es ist wichtig, dass sie hier ihre Muttersprache weiterhin sprechen und gewohnte Umgangsformen ausüben können. Aus dieser Position heraus können sie sicherer dem täglichen Ansturm von Neuem begegnen.

Gleichzeitig müsste der Verein ein Ort der Begegnung mit gleichaltrigen deutschen Kindern und Jugendlichen werden. Ein hier gleichberechtigter, aber trotzdem alltäglicher Umgang mit ihnen kann den Prozess der Identitätsfindung erheblich unterstützen.

Selbstständige

Für die große Anzahl von vietnamesischen beruflich Selbstständigen stellt sich auch hier das Sprachproblem als ein gravierendes dar.

Die Informationsdefizite in den unterschiedlichsten Bereichen, wie zum Beispiel im Steuerrecht, in der Finanzplanung, im Versicherungsschutz usw., können nicht durch entsprechende Weiterbildungsangebote in deutscher Sprache behoben werden. Es ist wichtig, die benötigten Informationen in ihrer Muttersprache anzubieten. Dies könnte entweder in Form von Trainingsseminaren in vietnamesischer Sprache geschehen oder als Informationsbroschüre ebenfalls in ihrer Muttersprache. Letzteres erscheint aufgrund des knappen Zeitbudgets der vietnamesischen „Ein-Mann-Betriebe“ als die realistischere Möglichkeit.

Nachgereiste Ehefrauen

Das Hauptproblem für die nachgereisten vietnamesischen Ehefrauen besteht in der Tatsache, dass sie in den ersten drei Jahren ihres Aufenthaltes in Deutschland keiner selbstständigen oder vergleichbaren Erwerbstätigkeit nachgehen dürfen und ihre sozialen Kontakte damit sehr eingeschränkt sind. Auch haben sie keinen Zugang zu den (Regel-)Fördermaßnahmen der beruflichen Integration. Ein Modellprojekt des Vereins Diên Hồng zeigt allerdings vielversprechende Ergebnisse. Die Umschulung von zwanzig Frauen zur Obst- und Gemüsehändlerin mit kaufmännischen und Betriebskenntnissen bietet ihnen zugleich Integration, ein geringes Einkommen und in Zukunft verbesserte Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Diesem und ähnlichen Projekten muss in Zukunft verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Gleichzeitig müsste der Verein verstärkt die Gelegenheit bieten, dass diese Frauen sich regelmäßig treffen. Austausch untereinander, aber auch Information von außen kann die Integrationsfähigkeit dieser vietnamesischen Frauen erheblich verbessern. Die Ergebnisse kommen dann auch wieder der Erziehung ihrer Kinder zugute.

Schlussbetrachtung

Integrationsarbeit heißt, die Lebensqualität der Zugewanderten und ihre Beteiligung am gesellschaftlichen Leben zu verbessern. Eine gelungene Integration für die in Rostock lebenden Vietnamesen lässt sich nur realisieren, wenn die Themen für den Integrationsprozess auf die Alltagsorgen der Zugewanderten ausgerichtet sind. Dabei sollten verstärkt die Selbsthilfepotentiale der Migranten mit einbezogen werden.

Diên Hồng ist weiterhin der Interessenvertreter der vietnamesischen Community und der Migrantinnen und Migranten der Region hinsichtlich beruflicher Bildung und Qualifizierung. Gleichzeitig sieht sich der Verein verantwortlich für die Weiterführung der Begegnungsstätte, um das Zusammenleben zwischen Deutschen, Vietnamesinnen und Vietnamesen und anderen

Migrantinnen und Migranten zu gestalten und zu verbessern. Durch die stetig wachsende Anzahl von nach Rostock ziehenden Angehörigen ehemaliger vietnamesischer Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter im Zuge der Familienzusammenführung erwartet der Verein einen weiteren Zuwachs an Besuchern und einen größeren Bedarf an fachlich kompetenter, generationsübergreifender und interkultureller Beratung. Nach dem aktuellen Stand der Ausländerbehörde der Hansestadt Rostock vom 2. Januar 2002 leben 864 Vietnamesinnen und Vietnamesen in Rostock. Davon haben 94 Prozent einen auf Dauer angelegten Aufenthalt und gehören zur zahlenmäßig am stärksten vertretenen ausländischen Gruppe in Rostock.

In erster Linie sollen die bestehenden Angebote des Vereins als Möglichkeit zur pädagogischen Integrationshilfe von Vietnamesinnen und Vietnamesen und deren zugewanderten Familienangehörigen fortgeführt werden, um sie bei dem sozialen Integrationsprozess in die hiesige Gesellschaft zu begleiten und zu unterstützen. Unter pädagogischer Integrationshilfe kann die Hilfe für diese Gruppe mit einer besonderen Migrationsgeschichte verstanden werden. Diese Integrationshilfe soll durch soziale Netzwerke eine Unterstützung der Migranten mit speziellen Problemen geben, welche durch die Differenzen zwischen südostasiatischer und westeuropäischer Kultur bedingt sind. Im Zentrum dieser Hilfe müssen die Vermittlung der deutschen Sprache und die Beförderung der beruflichen Entwicklung sowie die Vermittlung gesellschaftlicher Basiskenntnisse zur Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland stehen.

Die umfassende individuelle Beratung zur weiteren persönlichen und beruflichen Perspektiventwicklung muss damit gekoppelt werden, um die Ziele von „Sich-zurecht-Finden“ im öffentlichen Leben und von Förderung der Selbstständigkeit schneller erreichen zu können. Fachlich-kompetente Beratung muss hierbei die innerfamiliäre Situation sowie die veränderten kulturellen Lebensbedingungen der Zugewanderten berücksichtigen und hat somit ein breit gefächertes Aufgabenspektrum abzudecken, zum Beispiel von Individualbetreuung bis hin zu Familienhilfe/Kinder- und Jugendarbeit.

Gleichzeitig versteht sich die Begegnungsstätte weiterhin als Ort des Zusammentreffens für die in Rostock lebenden Angehörigen der vietnamesischen Community. Sie soll zur Stärkung der eigenen oder der doppelten Identität beitragen, indem sie als Lokalität des Rückzuges sowie der Bewahrung und Pflege eigener Traditionen, Bräuche und Kultur dient, damit hier lebende Zuwanderer aus Vietnam, aus dieser Erfahrung heraus gestärkt, sich selbstbewusst in den Prozess der Integration in die deutsche Gesellschaft weiter einlassen und einbringen können.

Gegenseitiger Respekt und Chancengleichheit zwischen Einheimischen und Zugewanderten wird durch die Begegnungsstätte selbst glaubhaft vorgelebt, um ihre Beteiligung am interkulturellen gesellschaftlichen Leben zu verbessern, aber auch eingefordert, um den inneren Frieden zwischen Angehörigen unterschiedlicher Ethnien in der Hansestadt Rostock zu stabilisieren.

Als Schlusswort möchte ich Ihnen folgendes Bild unserer Vereinszukunft vermitteln: Wir möchten den Vietnamesen eine breite, stabile und sichere Brücke anbieten. Eine Brücke zwischen zwei sehr befahrenen Straßen; eine Brücke zwischen zwei Kulturen, so dass die Vietnamesen sicher die befahrenen Straßen überqueren können. Oder aber auch einfach stehen bleiben können, wenn ihnen danach ist.

Sie sollen Zeit und Möglichkeit erhalten, sich zu besinnen, ohne sich der Gefahr auszusetzen, von beiden Seiten angefahren zu werden.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

Albina Nazarenus, 2. Vorsitzende des Verbandes der Deutschen Jugend aus Russland e. V. und Koordinatorin des Projektes „Auf- und Ausbau eines Netzes von Multiplikatoren zum Zweck der Verstärkung der Integrationsarbeit mit jugendlichen Russlanddeutschen in Hessen“, Frankfurt am Main

Jugendliche Russlanddeutsche auf dem Weg zur Selbsthilfe

Bestandsaufnahme

In der öffentlichen Diskussion um die Integration jugendlicher Russlanddeutscher ist in der letzten Zeit wiederholt die Frage gestellt worden, ob diese Gruppe auch ausreichend motiviert ist, sich aktiv bei der Integration in die deutsche Gesellschaft zu engagieren. Denn es kommt in der Praxis immer häufiger vor, dass sich die jugendlichen Russlanddeutschen in ihre eigene Gruppe zurückziehen und damit den Kontakt zu einheimischen Gruppen so gut wie unmöglich machen.

Zuerst wäre also die Frage zu klären, aus welchem Grund diese Jugendlichen eine Mauer um sich aufbauen.

Die Übersiedlung in einen anderen kulturellen Kontext ist für die jugendlichen Spätaussiedler mit vielen Veränderungen in ihrer Entwicklung, ihrem Selbstbild und ihren Vorstellungen über den weiteren Lebensweg verbunden. Sie finden in der deutschen Gesellschaft enorme Unterschiede in **Wertvorstellungen, Traditionen und Sprache** vor, die ein großer Nachteil bei der schulischen, beruflichen und sozialen Integration sind. Dazu kommt noch, dass die Akzeptanz von Spätaussiedlern unter der einheimischen Bevölkerung dramatisch gesunken ist. Zur Zeit prägen mehr denn je Vorurteile das Bild der russlanddeutschen Jugendlichen in der Öffentlichkeit. Das ist eine Entwicklung, unter der die jugendlichen Spätaussiedler am meisten zu leiden haben. Verunsicherung macht sich breit, gefolgt von Angst, der neuen Lebenssituation nicht gewachsen zu sein. Als Folge kommen die meisten in eine **Identitätskrise**, die oft zur Desorientierung, Isolierung und sogar zur Selbstverleugnung führen kann.

Hilfe zur Selbsthilfe

Obwohl es in den Orten mit einem hohen Spätaussiedleranteil ein relativ gut ausgebautes Netz von Betreuern gibt, die ihre Aufgabe darin sehen, den russlanddeutschen Jugendlichen bei der Lösung der Integrationsprobleme Hilfe zu leisten, zeigt sich, dass diese Angebote nur einen winzigen Teil der Jugendlichen erreichen. Dies liegt, meiner Meinung nach, nicht nur an den sprachlichen Problemen der jugendlichen Russlanddeutschen oder gar an ihrem „Nichtwillen“, sich zu integrieren. Vielmehr muss man nach dem Grund für die mangelnde Akzeptanz der Angebote in der teilweise verfehlten Integrationspolitik der vergangenen Jahre suchen.

Integration kann nicht von oben verordnet werden, genauso wie man niemanden integrieren kann, wenn er es nicht will. Und weil Integration nur dann am wirksamsten ist, wenn sie von den Migranten selbst ausgeht, entstand vor einigen Jahren in der Gruppe junger Russlanddeutscher der Wunsch nach Selbstbeteiligung bei der Integrationsarbeit. Durch den Zusammenschluss von Menschen mit einem ähnlichen Sozialisationschicksal, die bereits in Deutschland Fuß gefasst haben und bereit waren, mit positiven Beispielen und aktiver Hilfe den anderen bei der Lösung der Integrationsprobleme beiseite zu stehen, hat die Idee der „Hilfe zur Selbsthilfe“ eine reale Gestalt angenommen, und es kam nach einer gewissen Anlaufzeit zur Gründung der Jugendorganisation der **Deutschen Jugend aus Russland e. V. (DJR)**. Die Ausrichtung der Arbeit wurde vor allem durch eigene Erfahrungen geprägt, die jeder Einzelne im Laufe seiner eigenen Integration gemacht hat.

Da wir uns von Anfang an darin einig waren, dass das **Unwissen über den eigenen Kulturkreis** eine große Gruppe der russlanddeutschen Jugendlichen in die Isolation drängt und der Hauptauslöser der Identitätskrise ist, nutzten wir alle uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten (Integrationsseminare, Weiterbildungen usw.), um das Defizit an Wissen über den eigenen Kulturkreis abzubauen. Die in dieser Zeit entstandene Theorie, dass eine erfolgreiche Integration neben der Bereitschaft, die Normen und Werte der Aufnahmegesellschaft zu übernehmen, auch das Wissen über den eigenen Kulturkreis voraussetzt, ist in der Sozialforschung allgemein bekannt.

Es kam innerhalb unserer Gruppe zur Zeit des Herausbildens der eigenen DJR-Philosophie auch sehr oft zu heftigen Diskussionen, wenn es um Begriffe wie **Integration** und **Assimilation** ging. Einig wurden wir uns jedenfalls darin, dass, obwohl unsererseits eine konsequente Integration in sprachlicher, schulischer, beruflicher, sozialer Hinsicht angestrebt wird, wir unsere kulturelle Eigenheit (zum Beispiel Freizeitverhalten, Feiern, Kochen, Beziehungsstrukturen innerhalb des Freundeskreises und der Familie, Sprache) gerne beibehalten würden. Diese in unseren Herkunftsgebieten erworbene Prägung durch andere Kulturen empfinden wir als eine Bereicherung und sind (wie auch die Fachwelt) der Überzeugung, dass dies nicht nur für uns selbst von Vorteil ist, sondern auch für die gesamte deutsche Gesellschaft, deren Teil wir bereits geworden sind.

Neben der Überwindung der Identitätskrise bei den jugendlichen Russlanddeutschen verfolgen wir in unserer Integrations- und Jugendarbeit folgende Ziele:

- Stärkung des Selbstwertgefühls der Jugendlichen
- Vorbereitung und Schulung von ehrenamtlichen Multiplikatoren der Integrations- und Jugendarbeit
- Verwirklichung von eigenen Vorstellungen in der Sozialpolitik
- Öffentlichkeitsarbeit mit Aufzeigen von positiven Beispielen der Integration und Förderung positiver Integrationsentwicklung

- Einbringen und Aktivwerden als mündige Bürger der deutschen Gesellschaft
- Vertretung der Jugendlichen auf der politischen Ebene
- Kooperation mit allen Trägern der Integrations- und Jugendarbeit und Einbindung der eigenen Angebote in das kommunale Gemeinwesen

Unsere Arbeit und vor allem unser Erfolg in den letzten Jahren zeigt mit aller Deutlichkeit, dass die Ausrichtung unserer Arbeit richtig ist. Die Theorie – wer kann uns besser helfen, wenn nicht wir selbst – wurde von der Praxis bestätigt! Die Kombination der vorhandenen Angebote mit dem Aufbau eigener Schutzfelder zur Stärkung des Selbstbewusstseins trug sehr schnell Früchte.

Von der Theorie zur Praxis

Einen weiteren Grund für den Rückzug der jugendlichen Russlanddeutschen in die eigene Gruppe sehen wir seitens der DJR vor allem in der mangelnden Freizeitbeschäftigung der Jugendlichen. Im Laufe unserer Arbeit haben wir beobachtet, dass nur ein sehr geringer Teil in die reguläre Jugendarbeit eingebunden ist, und wenn, dann handelt es sich häufig um die Arbeit mit einer „sozialen Randgruppe“. Der Grund, warum die reguläre Jugendarbeit die russlanddeutschen Jugendlichen selten erreicht, sind wiederum das mangelnde Selbstbewusstsein der Jugendlichen und das Fehlen von „Bezugspersonen“ in den bestehenden Strukturen der Jugendarbeit. Nur wenige überwinden die Hemmschwelle und trauen sich, in den ersten Jahren ihres Lebens in Deutschland in einem „einheimischen“ Verein mitzumachen. Die meisten suchen jedoch sehr oft nach einem **Schutzfeld**, wo sie sich auch als Wert erleben und ihr Selbstvertrauen aufbauen können.

Von unseren ehrenamtlichen Multiplikatoren bekommen diese Jugendlichen Unterstützung bei der Gründung von solchen Schutzfeldern, sei es in Form einer Musikband, Tanz-, Sport- oder Malergruppe. Es gibt bereits sehr viele Beispiele, wo die jugendlichen Russlanddeutschen, nachdem sie sich in einer Gruppe zusammengefunden und in kultureller oder sportlicher Hinsicht gewisse Leistungen erbracht haben, sehr gerne auch die „anderen“ in ihren Kreis aufnehmen beziehungsweise sich selbst mit geringeren Berührungsängsten den regulären Einrichtungen öffnen. Um das „Schmoren im eigenen Saft“ zu vermeiden, sorgen die Multiplikatoren für die Einbindung der DJR-Aktivitäten in das Gemeinwesen. Dies kann, unserer Meinung nach, am besten durch die Mitgliedschaft in den Jugendringen und Kooperation mit anderen Jugendverbänden geschehen. Der Verein wurde zwar von den russlanddeutschen Jugendlichen gegründet, steht aber Jugendlichen der Aufnahme-gesellschaft sowie anderer Migrantengruppen offen gegenüber, sprich: Jeder kann Mitglied werden und die Angebote nutzen.

Sehr viel Wert legen wir auf die **Öffentlichkeitsarbeit**. Wir fragen uns ständig, wie es eigentlich zu den Vorurteilen, die das Bild der Russlanddeutschen in der Öffentlichkeit prägen, kommt und was wir tun können, um sie zu über-

winden oder wenigstens zu verringern. Um die bestehenden Vorurteile abzubauen, müssen wir auch positive Bilder in die Öffentlichkeit transportieren. Über die Probleme wissen alle relativ viel, über die Erfolge recht wenig. Es gibt sie aber. Diese **positiven Beispiele** möchten wir nutzen, um einerseits das Selbstwertgefühl der Jugendlichen zu stärken und andererseits der einheimischen Bevölkerung zu vermitteln, dass wir eine Bereicherung für die gesamte Gesellschaft sind. Letztendlich profitieren wir alle davon. Wie bereits erwähnt, ist das Ziel des Jugendverbands unter anderem, die Jugendlichen zu aktiven und mündigen Bürgern der deutschen Gesellschaft zu erziehen und somit den Dialog zwischen den Russlanddeutschen und der gesamten Bevölkerung zu ermöglichen.

Die Betreuung der Jugendlichen geschieht in unserer Jugendorganisation neben den bereits erwähnten Maßnahmen durch

- Beratung und Hilfe bei persönlichen, schulischen und beruflichen Fragen und Problemen,
- kulturelle Veranstaltungen,
- Gruppen- und Freizeitangebote,
- Begegnungsabende,
- Informations- und Orientierungsseminare,
- Multiplikatorenschulungen,
- verschiedene Sport- und Kulturprojekte.

Diese Vielfalt an Angeboten macht die Jugendarbeit in unserem Verein immer attraktiver. Auf diese Weise ist es uns in kurzer Zeit gelungen, mehr als **5.000 aktive Jugendliche** für die Mitarbeit in unserem Verein zu motivieren.

Es gibt bereits in über 35 Orten, die flächendeckend in Deutschland verteilt sind, Ortsgruppen der DJR. Koordiniert wird die gesamte Arbeit durch den Bundesvorstand und den ehrenamtlichen Geschäftsführer.

Wir sind in unserer Jugendarbeit selbstverständlich auf die **Kooperation mit allen Partnern**, die bei der Integration der Russlanddeutschen mitwirken, angewiesen. Auch wenn der Prozess der Vernetzung mit den bestehenden Angeboten nicht immer einfach ist und bei einigen Institutionen mit Ängsten und Widerstand besetzt ist, erfreut die Tatsache, dass die Notwendigkeit einer Selbsthilfegruppe von vielen Institutionen eingesehen und unsere ehrenamtliche Arbeit dementsprechend unterstützt wird. In relativ kurzer Zeit entwickelte sich eine produktive Zusammenarbeit mit Wohlfahrts-, Sport- und Jugendverbänden, dem Jugendgemeinschaftswerk, Schulen, Jugend- und Sozialämtern, Bildungsträgern, Städte- und Kreisverwaltungen.

Fazit

Geht man von dem Modell eines gut funktionierenden Integrationsnetzwerkes aus, so sollten die „Betroffenen“, also in unserem Fall die Russlanddeutschen, in die Arbeit eingebunden werden. Dann bleiben die Integrationsbe-

mühungen keine Einbahnstraße, sondern funktionieren auf Gegenseitigkeit und werden in ihren Ergebnissen erfolgreicher sein.

Betrachtet man aber die heutige Situation, so muss mit Bedauern festgestellt werden, dass die jugendlichen Russlanddeutschen in die Arbeit des integrativen Netzwerkes überwiegend als passive Subjekte eingebunden sind.

Die Selbsthilfeorganisation der Deutschen Jugend aus Russland als ein gut funktionierendes Selbsthilfe-Netzwerk, das sich als Bindeglied zwischen den jugendlichen Russlanddeutschen und der deutschen Gesellschaft versteht, strebt als nächstes Ziel die verstärkte Vernetzung mit den bereits bestehenden Strukturen und Institutionen an. Der Vernetzungsprozess ist bereits angelaufen und wird von uns auch weitergeführt, braucht aber weiterhin die Förderung durch staatliche und private Träger.

VI. Zusammenfassung der Podiumsdiskussion

Hermann Scheib, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V., Frankfurt am Main

Teilnehmer der Podiumsdiskussion

<i>Udo Kollenberg</i>	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin
<i>Dr. Martin Schenkel</i>	Leiter der Arbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement im BMFSFJ, auf dem Podium als Vertreter der Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, Berlin
<i>Dr. José S. Otero</i>	Stellvertretender Leiter des Landesentrums für Zuwanderung in NRW, Solingen
<i>Dr. Wolfgang Richter</i>	Ausländerbeauftragter der Hansestadt Rostock
<i>Dr. Nadeem Elyas</i>	Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland e. V., Eschweiler
<i>José Povedano</i>	Leiter der zentralen Koordinierungsstelle für Ausländerarbeit des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Bonn
<i>Heinrich Funk</i>	Bundvorsitzender des Verbandes der Deutschen Jugend aus Russland e. V., Berlin

Moderation

<i>H.-Georg Weigel</i>	Direktor des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V., Frankfurt am Main
------------------------	--

Zentrale Themen der Podiumsdiskussion waren die Bedeutung des freiwilligen Engagements und der Selbstorganisationen für die Migranten und für die Mehrheitsgesellschaft sowie der Unterstützungs- und Förderbedarf von Migrantenselbsthilfeinitiativen und -organisationen.

In der ersten Diskussionsrunde zur Bedeutung des freiwilligen Engagements von Migrantinnen und Migranten betonten die Podiumsteilnehmer übereinstimmend die Brückenfunktion der Migrantenselbstorganisationen zur Mehrheitsgesellschaft und zu ihren Institutionen.

So versteht sich der Verband der Deutschen Jugend aus Russland, wie ihr Vorsitzender *Heinrich Funk* erläuterte, als Verband mit „Brückenfunktion“ zwischen zuwandernden Menschen aus Russland und den Institutionen in

der Bundesrepublik Deutschland. Eine besondere Chance für die Mehrheitsgesellschaft wird darin gesehen, dass die Russlanddeutschen ihr Know-how im Rahmen der EU-Osterweiterung einbringen und ihr Verband eine wichtige „Brückenrolle“ zu den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion übernehmen kann.

Auch *Dr. Nadeem Elyas*, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland, unterstrich die Brückenfunktion seines Verbandes zur Mehrheitsgesellschaft. Nach einer Phase der „Abschottung“ der Muslime in den vergangenen Jahrzehnten versuchen die Gemeinden, sich zunehmend zu öffnen und in den Dialog mit der Mehrheitsgesellschaft zu treten. Da der Verband der Muslime in Deutschland bislang nicht den Status als Körperschaft öffentlichen Rechts erreicht hat, ist er auf das freiwillige Engagement und die Selbsthilfeorganisationen der Muslime angewiesen. In den ca. 2.000 Moscheen in Deutschland sind nur etwa 200 bis 300 Festangestellte tätig. Die Arbeit in den vielen Einzelvereinen und Initiativen vor Ort wird von freiwilligen Mitarbeitern geleistet, deren Anzahl auf 40.000 bis 50.000 geschätzt wird. Die vielen Aktivitäten der islamischen Vereine können nicht durch staatliche Institutionen oder nichtmuslimische Initiativen ersetzt werden. Diese finden keinen Zugang zu den Muslimen, da die Vertrauensbasis fehlt. Allerdings können die islamischen Gemeinden eine Brückenfunktion zu den öffentlichen Strukturen und den gemeinnützigen Institutionen Sozialer Arbeit übernehmen.

José Povedano, Leiter der zentralen Koordinierungsstelle für Ausländerarbeit des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, verwies darauf, dass sich der DPWV auch als Dachverband für die auf verschiedenen Ebenen tätigen Initiativen und Selbstorganisationen im Migrantebereich versteht. Mitglied können nur demokratisch organisierte Organisationen werden, die dem Gemeinwohl dienen und deren Hauptaufgabe im Bereich der Sozialen Arbeit liegt. Organisationen, deren Hauptaufgabe in der religiösen oder parteipolitischen Arbeit liegt, können dagegen nicht Mitglied werden. Aus diesen Gründen wurden auch einige Anfragen islamischer Gemeinden auf Mitgliedschaft im DPWV abgelehnt. Selbsthilfeinitiativen und Selbstorganisationen sind für die Zugewanderten deshalb von besonderer Bedeutung, weil dadurch ihr Selbstwertgefühl gestärkt wird und weil „in den Selbstorganisationen ein demokratisches Gefühl und Bewusstsein gelebt werden kann, wie es oft in der Gesellschaft an anderen Orten nicht möglich ist“. Selbsthilfe und Selbstorganisation können so auch ein wichtiger Schritt zu mehr Partizipation der engagierten Menschen im Gemeinwesen sein.

Der Ausländerbeauftragte der Hansestadt Rostock, *Dr. Wolfgang Richter*, verwies auf das sehr schwierige Umfeld für Migrantinnen und Migranten in Rostock, einer Stadt mit einem sehr geringen Migrantenanteil von 2,5 Prozent. Gerade deswegen ist die freiwillige Arbeit von Migranten und ihren Selbstorganisationen von besonderer Bedeutung, da sie so auch als Akteure bei der Gestaltung des Gemeinwesens wahrgenommen werden sowie Vorurteile und Vorbehalte bei der einheimischen Bevölkerung abgebaut werden

können. Durch die verstärkte Einbeziehung der Migranten in die Gestaltung des Gemeinwesens konnte, nach den schrecklichen Ereignissen vom August 1992, im vergangenen Jahrzehnt das friedliche Zusammenleben zwischen Zugewanderten und einheimischer Bevölkerung befördert werden.

Dr. José S. Otero, stellvertretender Leiter des Landesentrums für Zuwanderung in NRW, wies darauf hin, dass in Nordrhein-Westfalen 1997 erstmals in der Geschichte der Migration eines Bundeslandes 19 Migrantenorganisationen in die Förderung übernommen wurden. Bei der Evaluation der Arbeit dieser Migrantenorganisationen wurde deutlich, dass Migrantenorganisationen nicht nur eine wertvolle soziale und pädagogische Arbeit leisten, sondern auch eine wichtige Beraterfunktion für Institutionen der Mehrheitsgesellschaft, für Kommunen und für Länder- und Bundesministerien ausüben. „Migrantenorganisationen stellen auch Formen der politischen Partizipation dar. Migranten lernen in diesen Organisationen vielfältig die Spielregeln der Meinungs- und Willensbildung und ihre Akteure, ihre Verantwortlichen transportieren diese Wünsche auch an die Institutionen der Einheimischen.“

Dr. Martin Schenkel wies als Vertreter der Enquête-Kommission zur Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements darauf hin, dass sich die Kommission auch zum bürgerschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten geäußert und dazu Empfehlungen entwickelt hat. Deutlich wird von der Kommission gesehen, „dass bürgerschaftliches Engagement die Selbsthilfe und die Integrationspotentiale der Migrantinnen und Migranten braucht, wie umgekehrt Integrationsprozesse nur in einem zivilgesellschaftlichen Rahmen gelingen können“. Ebenso offenkundig ist, dass die deutsche Zivilgesellschaft neben den Eigenpotentialen auch die Vielfalt der Formen innerhalb der Migrationsbewegung braucht. Selbsthilfe wird von der Enquête-Kommission unter dem weiteren Begriff des bürgerschaftlichen Engagements subsumiert. „Selbsthilfe ist lebensnotwendig, um überhaupt letztlich eine demokratisch verfasste Gesellschaft funktionieren und glücken zu lassen.“

Als Vertreter des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wies *Udo Kollenberg* darauf hin, dass bürgerschaftliches Engagement die einzige Möglichkeit ist, um die Integration der Migrantinnen und Migranten in unserer Gesellschaft zu erreichen. Zukunftsbezogen ist es besonders wichtig, dass auf allen Ebenen und in allen Bereichen mit den Ausländerorganisationen zusammengearbeitet wird und sie in die Planungen einbezogen werden. Dies ist bislang zu wenig geschehen; so hätten aus heutiger Sicht beispielsweise die Ausländerorganisationen auch in die Arbeit des Beirats zur Planung des Internationalen Jahres der Freiwilligen einbezogen werden müssen, was seinerzeit nicht geschehen ist.

Bei der Gründung des Netzwerkes zum bürgerschaftlichen Engagement wurden jedoch auch Ausländerorganisationen wie zum Beispiel der Islamrat eingeladen, und es wäre wünschenswert, wenn diese Organisation Mitglied im Netzwerk wird. Es ist ein weiterer großer Fortschritt, dass demnächst, wie

von *Peter Haupt*, dem Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, auf der Tagung angekündigt, auch ausländische Gruppen in die Förderung des Ministeriums einbezogen werden sollen.

Die Leitfrage für die zweite Diskussionsrunde lautete: „Was muss getan werden zur Verbesserung der Förderung des freiwilligen Engagements von Migrantinnen und Migranten“?

Heinrich Funk plädierte im Interesse der Ausländerinnen und Ausländer sowie den Aussiedlerinnen und Aussiedler für eine Veränderung des sogenannten Wohnortzuweisungsgesetzes, nach dem eine gleichmäßige Zuweisung auf alle Bundesländer erreicht werden soll. Faktisch ist es jedoch oft so, dass Aussiedler solchen Regionen zugewiesen werden, in denen eine hohe Arbeitslosigkeit besteht und damit massive Integrationshemmnisse aufgebaut werden. Bei der Entwicklung und Realisierung von Förderprogrammen zur Integration von Migrantinnen und Migranten ist künftig besonders darauf zu achten, dass die Mitbestimmung der Selbstorganisationen gewährleistet und sichergestellt wird. Denn wirkliche Integration verlangt die aktive Mitwirkung der zu Integrierenden und ihre Beteiligung bei der Planung von Förderprogrammen.

Für den Zentralrat der Muslime forderte *Dr. Nadeem Elyas* mehr organisatorische und finanzielle Unterstützung des freiwilligen Engagements sowie mehr politische Teilhabe. Konkret bedeutet mehr politische Teilhabe auch die Aufnahme in vorhandene Strukturen und bestehende Gremien wie beispielsweise Ausschüsse und Beiräte. Wichtig dabei ist, dass die Politik und die Behörden von sich aus an ihre muslimische Bevölkerung denken und sie in die Planungsprozesse einbeziehen. Erwartet wird zudem mehr Unterstützung der islamischen Vereine, sowohl in organisatorischer Hinsicht als auch durch die Einbeziehung in zukünftige respektive bestehende Förderprogramme. Da die islamischen Vereine vielfach nicht über mögliche Förderprogramme informiert sind, sollten die zuständigen Gremien diese Gruppierungen unterstützen und Möglichkeiten zur Projektfinanzierung aufzeigen.

Dr. Wolfgang Richter als Vertreter der kommunalen Ebene wies unter dem Stichwort Partizipation und Teilhabe an der politischen Meinungsbildung auf das langfristig zu erreichende Ziel des Kommunalwahlrechtes hin. Unabhängig von dieser Zielerreichung gilt es, Migrantinnen und Migranten an der politischen Meinungsbildung in der Kommune zum Beispiel über Ortsbeiräte, Ausschüsse oder den Ausländerbeirat teilhaben zu lassen. Wichtig ist, dass die Stadtverwaltung, die Ausschüsse und die Fraktionen immer wieder das Gespräch mit den Migrantenorganisationen suchen und Kooperationen initiieren. Das freiwillige Engagement von Migranten muss auch finanziell unterstützt werden. Migrantenorganisationen brauchen für ihre Kernaufgaben eine feste und stabile Finanzierung. Darüber hinaus sollten sie bei der Erschließung neuer Geldquellen zum Beispiel zur Projektrealisierung durch

die Kommune unterstützt und über kommunale Förderprogramme informiert werden.

José Povedano stellte in einer kritischen Einschätzung fest, dass es auch nach vierzig Jahren Migration noch keine Integrationspolitik gibt, die zwischen Bund, Ländern und Kommunen abgestimmt ist und dementsprechend schlüssige Programme zur Förderung der Selbstorganisationen von Migranten enthält. Hervorzuheben ist hier, dass das Land Nordrhein-Westfalen ein Programm zur Förderung der Migrantenorganisationen entwickelt hat. Eine Vergleichsstudie auf europäischer Ebene ergab unter anderem, dass in Deutschland die Förderung von Selbstorganisationen am wenigsten entwickelt ist. In dieser Studie wurde auch festgestellt, dass die Identifikation von Migranten mit der Gesellschaft in den Ländern größer ist, in denen es eine stärkere Anerkennung und Förderung ihrer Selbstorganisationen gibt. Dementsprechend gilt es, in Deutschland die Leistungen der Migrantenorganisationen anzuerkennen und entsprechende Förderprogramme auf allen Ebenen zu entwickeln.

Dr. Martin Schenkel verwies auf die Vielfalt von Empfehlungen der Enquête-Kommission auch zur Förderung des freiwilligen Engagements von Migrantinnen und Migranten. Außerdem hob er hervor, dass zum Thema bürgerschaftliches Engagement von staatlicher Seite ein übergreifender Politikansatz zur nachhaltigen Strukturentwicklung gewählt wurde. Dies drückt sich unter anderem darin aus, dass im Juni 2002 ein bundesweites Netzwerk zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements gegründet wurde. Ferner hat das BMFSFJ selbst eine Arbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement geschaffen. Weiterhin hat die Enquête-Kommission vorgeschlagen, beim Deutschen Bundestag eine Kommission zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements analog zur Kinderkommission einzurichten.

Dr. José S. Otero trug folgende zentrale Empfehlungen vor:

- Etablierung von Förderprogrammen für Migrantenorganisationen und Entwicklung von Förderrichtlinien auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene.
- Migrantenorganisationen müssen ebenso wie die herkömmlichen Träger der sozialen, kulturellen und pädagogischen Arbeit gleichberechtigt an öffentlichen Fördermitteln partizipieren können. Dies bedeutet zum Beispiel finanzielle Förderung fachlich guter Projekte von Migrantenorganisationen und deren Anerkennung als Träger der Jugendhilfe, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind.
- Zur Gewährleistung der politischen Partizipation ist die Einführung des Wahlrechtes für alle Bürgerinnen und Bürger, die länger hier im Lande leben, unerlässlich.
- Die politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland müssen sich interkulturell öffnen. Wünschenswert wäre, dass bei einem Ausländeranteil von ca. acht Prozent jedes achte zu vergebende Mandat einem

Zugewanderten übertragen würde. Dadurch könnten die Partizipation der Migrantinnen und Migranten und ihr freiwilliges Engagement deutlich gefördert werden.

- Notwendig ist die interkulturelle Öffnung der Erziehungs-, Bildungs- und Ausbildungssysteme. „Das Charakteristische der deutschen Gesellschaft als Zuwanderungsgesellschaft muss im Bildungs- und Ausbildungssystem Eingang finden. Geschieht dies nicht, gehen der Zuwanderungsgesellschaft wertvolle Potentiale verloren, die bei der Gestaltung einer zivilen und Zuwanderungsgesellschaft unabdingbar sind.“

